



DOKUMENT

DES KOPENHAGENER TREFFENS DER KONFERENZ ÜBER DIE
MENSCHLICHE DIMENSION DER KSZE



DOCUMENT

OF THE COPENHAGEN MEETING OF THE
CONFERENCE ON THE HUMAN DIMENSION OF THE CSCE



DOCUMENTO

DE LA REUNION DE COPENHAGUE DE LA
CONFERENCIA SOBRE LA DIMENSION HUMANA DE LA CSCE



DOCUMENT

DE LA REUNION DE COPENHAGUE DE LA
CONFERENCE SUR LA DIMENSION HUMAINE DE LA CSCE



DOCUMENTO

DELLA RIUNIONE DI COPENHAGEN DELLA
CONFERENZA SULLA DIMENSIONE UMANA DELLA CSCE



ДОКУМЕНТ

КОПЕНГАГЕНСКОГО СОВЕЩАНИЯ
КОНФЕРЕНЦИИ ПО ЧЕЛОВЕЧЕСКОМУ ИЗМЕРЕНИЮ СБСЕ

COPENHAGEN 1990

DOKUMENT

DES KOPENHAGENER TREFFENS DER KONFERENZ ÜBER DIE MENSCHLICHE DIMENSION DER KSZE

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern, trafen sich in Kopenhagen vom 5. bis 29. Juni 1990 in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, die im Abschließenden Dokument des Wiener Folgetreffens der KSZE enthalten sind.

Der Vertreter Albaniens nahm am Kopenhagener Treffen als Beobachter teil.

Das erste Treffen der Konferenz fand in Paris vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 statt.

Das Kopenhagener Treffen wurde vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dänemarks eröffnet und geschlossen.

An der offiziellen Eröffnung des Kopenhagener Treffens nahmen Ihre Majestät die Königin von Dänemark und Seine Königliche Hoheit der Prinzgemahl teil.

Eröffnungserklärungen wurden von Ministern und Stellvertretenden Ministern der Teilnehmerstaaten abgegeben.

Auf einem Sondertreffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten, das am 5. Juni 1990 auf Einladung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dänemarks stattfand, wurde vereinbart, am 10. Juli 1990 in Wien einen Vorbereitungsausschuß für ein Gipfeltreffen der Staats- oder Regierungschefs in Paris einzuberufen.

Die Teilnehmerstaaten begrüßen mit großer Genugtuung die grundlegenden politischen Veränderungen in Europa, die seit dem ersten Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE 1989 in Paris stattgefunden haben. Sie stellen fest, daß der KSZE-Prozeß wesentlich zum Zustandekommen dieser Veränderungen beigetragen hat und daß diese Entwicklungen ihrerseits die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und der anderen KSZE-Dokumente in starkem Maße gefördert haben.

Sie erkennen an, daß pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wesentlich sind für die Gewährleistung der Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Weiterentwicklung menschlicher Kontakte und die Lösung anderer Fragen von gleichfalls humanitärer Art. Sie begrüßen daher das Bekenntnis aller Teilnehmerstaaten zu den Idealen der Demokratie und des politischen Pluralismus sowie ihre gemeinsame Entschlossenheit, demokratische Gesellschaftssysteme auf der Grundlage von freien Wahlen und Rechtsstaatlichkeit zu errichten.

Auf dem Kopenhagener Treffen prüften die Teilnehmerstaaten die Durchführung ihrer Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension. Sie stellten fest, daß der Grad der Erfüllung der in den einschlägigen Bestimmungen der KSZE-Dokumente enthaltenen Verpflichtungen eine wesentliche Verbesserung seit dem Pariser Treffen aufweist. Sie brachten aber auch ihre Ansicht zum Ausdruck, daß für die vollständige Verwirklichung ihrer Verpflichtungen betreffend die menschliche Dimension weitere Schritte erforderlich sind.

Die Teilnehmerstaaten bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Entwicklung von Gesellschaftssystemen auf der Grundlage von pluralistischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Vorbedingung für einen Fortschritt beim Aufbau jener dauerhaften Ordnung von Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit sind, die sie in Europa zu errichten wünschen. Sie bekräftigen daher ihre Verpflichtung, alle Bestimmungen der Schlußakte und der anderen KSZE-Dokumente betreffend die menschliche Dimension vollständig durchzuführen, und werden auf dem erzielten Fortschritt weiter aufbauen.

Sie erkennen an, daß ihre Zusammenarbeit sowie die aktive Einbeziehung von Personen, Gruppen, Organisationen und Institutionen wesentlich sein werden, um weitere Fortschritte im Hinblick auf ihre gemeinsamen Ziele zu gewährleisten.

Um die Achtung und den Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu festigen, menschliche Kontakte weiterzuentwickeln und Fragen von gleichfalls humanitärer Art zu lösen, vereinbaren die Teilnehmerstaaten folgendes:

I

- (1) Die Teilnehmerstaaten bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine der grundlegenden Aufgaben jeder Regierung ist, und bekräftigen, daß die Anerkennung dieser Rechte und Freiheiten die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden ist.
- (2) Sie sind entschlossen, die Grundsätze der Gerechtigkeit zu unterstützen und zu fördern, auf denen der Rechtsstaat aufbaut. Sie vertreten die Auffassung, daß Rechtsstaatlichkeit nicht nur formale Rechtmäßigkeit bedeutet, die Regelmäßigkeit und Schlüssigkeit bei der Errichtung und Durchsetzung der demokratischen Ordnung gewährleistet, sondern auch Gerechtigkeit, die auf der Anerkennung und der vollen Achtung der Persönlichkeit des Menschen als dem höchstem Gut beruht und durch Institutionen gesichert ist, die einen Rahmen für seine umfassende Selbstverwirklichung bieten.
- (3) Sie bekräftigen, daß die Demokratie ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsstaates ist. Sie erkennen die Bedeutung des Pluralismus für politische Organisationen an.
- (4) Sie bestätigen, daß sie in Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards das Recht eines jeden von ihnen achten werden, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln. In Ausübung dieser Rechte werden sie gewährleisten, daß ihre Gesetze und Verordnungen, ihre Praxis und Politik mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen übereinstimmen und mit den Bestimmungen der Erklärung über die Prinzipien und mit anderen KSZE-Verpflichtungen in Einklang gebracht werden.
- (5) Sie erklären feierlich, daß unter den Elementen, die die Gerechtigkeit ausmachen, die folgenden wesentlich für den umfassenden Ausdruck der dem Menschen innewohnenden Würde und der für alle Menschen gleichen und unveräußerlichen Rechte sind:
 - (5.1) — Freie Wahlen werden in angemessenen Zeitabständen in geheimer Abstimmung oder durch ein gleichwertiges freies Abstimmungsverfahren unter Bedingungen abgehalten, die die freie Äußerung der Meinung der Wähler bei der Wahl ihrer Vertreter tatsächlich gewährleisten;
 - (5.2) — Eine Regierungsform, die ihrem Wesen nach repräsentativ ist, bei der die Exekutive den gewählten gesetzgebenden Körperschaften oder der Wählerschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist;
 - (5.3) — Die Pflicht der Regierung und der öffentlichen Behörden, verfassungsgemäß und in Einklang mit den Gesetzen zu handeln;
 - (5.4) — Eine klare Trennung zwischen Staat und politischen Parteien; unzulässig ist insbesondere die Verschmelzung politischer Parteien mit dem Staat;
 - (5.5) — Regierung und Verwaltung sowie die Gerichte haben sich in ihren Handlungen an die Rechtsordnung zu halten. Die Achtung dieser Rechtsordnung ist zu gewährleisten;

- (5.6) — Die Streitkräfte und die Polizei sind den zivilen Behörden unterstellt und diesen gegenüber rechenschaftspflichtig;
- (5.7) — Die Menschenrechte und Grundfreiheiten sind durch Gesetz und in Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten zu gewährleisten;
- (5.8) — Die nach Abschluß einer öffentlichen Debatte angenommenen Gesetze sowie Verordnungen werden bekanntgemacht; diese Bekanntmachung ist Voraussetzung für ihre Anwendbarkeit. Die Texte müssen jedermann zugänglich sein;
- (5.9) — Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. In diesem Zusammenhang wird das Gesetz jede Diskriminierung untersagen und jedermann gleichen und wirkungsvollen Schutz gegen Diskriminierung gleich welcher Art angedeihen lassen;
- (5.10) — Jedermann verfügt über ein wirksames Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Verwaltung, so daß die Achtung der Grundrechte sichergestellt und die Rechtssicherheit gewährleistet ist;
- (5.11) — Verwaltungsentscheidungen gegen eine Person müssen zur Gänze zu rechtfertigen sein und in der Regel die verfügbaren üblichen Rechtsmittel anführen;
- (5.12) — Die Unabhängigkeit der Richter und das unparteiische Wirken der rechtsprechenden Gewalt werden gewährleistet;
- (5.13) — Die Unabhängigkeit der Anwaltschaft wird anerkannt und geschützt, insbesondere hinsichtlich der Zulassung und der Berufsausübung;
- (5.14) — Die Strafverfahrensregeln werden die Zuständigkeit im Rahmen der Strafverfolgung sowie für die dieser vorhergehenden und parallel zu dieser erfolgenden Maßnahmen eindeutig festlegen;
- (5.15) — Jeder, der unter dem Vorwurf einer strafbaren Handlung festgenommen worden ist oder in Haft gehalten wird, hat das Recht, zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit seiner Festnahme oder Haft unverzüglich einem Richter oder einer anderen gesetzlich zur Ausübung dieser Funktion ermächtigten Amtsperson vorgeführt zu werden;
- (5.16) — Jeder hat Anspruch darauf, daß über eine gegen ihn erhobene strafrechtliche Anklage oder seine zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen durch ein zuständiges, unabhängiges, unparteiisches und auf Gesetz beruhendes Gericht in billiger Weise und öffentlich verhandelt wird;
- (5.17) — Jede gerichtlich verfolgte Person hat das Recht, sich selbst zu verteidigen oder durch einen umgehend beigezogenen Verteidiger ihrer Wahl verteidigen zu lassen oder, wenn ihr die Mittel zur Bezahlung eines Verteidigers fehlen, unentgeltlich verteidigt zu werden, wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist;
- (5.18) — Niemand wird einer Straftat beschuldigt, angeklagt oder für diese verurteilt, wenn diese nicht Gegenstand eines Gesetzes ist, in dem der entsprechende Tatbestand klar und genau beschrieben ist;

- (5.19) — Jeder wird bis zum gesetzlichen Nachweis seiner Schuld als unschuldig angesehen;
- (5.20) — In Erwägung des wesentlichen Beitrags, den internationale Dokumente im Bereich der Menschenrechte zur Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene leisten, bekräftigen die Teilnehmerstaaten, daß sie den Beitritt zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und zu anderen einschlägigen internationalen Dokumenten erwägen, sofern ein solcher noch nicht erfolgt ist;
- (5.21) — Als Ergänzung der internen Rechtsmittel und um die Einhaltung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen internationalen Verpflichtungen wirksamer zu gewährleisten, werden sie erwägen, einer internationalen Konvention mit regionalem oder universellem Charakter über den Schutz der Menschenrechte wie der Europäischen Menschenrechtskonvention oder dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beizutreten, die Verfahren der Rechtsmitteleinlegung durch einzelne vor internationalen Instanzen vorsehen.
- (6) Die Teilnehmerstaaten erklären, daß der durch regelmäßige und unverfälschte Wahlen frei und gerecht zum Ausdruck gebrachte Wille des Volkes die Grundlage für die Autorität und Rechtmäßigkeit jeder Regierung bildet. Die Teilnehmerstaaten werden demnach das Recht ihrer Bürger achten, sich an der Führung ihres Landes entweder direkt oder durch in einem gerechten Wahlgang frei gewählte Vertreter zu beteiligen. Sie erkennen ihre Verantwortung an, in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen, ihren internationalen Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte und ihren anderen internationalen Verpflichtungen die durch den Willen des Volkes frei geschaffene demokratische Ordnung gegen Aktivitäten von Personen, Gruppen oder Organisationen zu verteidigen und zu schützen, die sich des Terrorismus oder der Gewalt zum Sturz dieser Ordnung oder der Ordnung eines anderen Teilnehmerstaates bedienen oder auf deren Anwendung nicht verzichten wollen.
- (7) Um zu gewährleisten, daß der Wille des Volkes die Grundlage für die Autorität der Regierung bildet, werden die Teilnehmerstaaten
- (7.1) — in angemessenen Zeitabständen freie Wahlen abhalten, wie das Gesetz es vorschreibt;
- (7.2) — zulassen, daß alle Vertreter in zumindest einer der Kammern des nationalen Gesetzgebungsorgans vom Volk frei gewählt werden;
- (7.3) — allen erwachsenen Staatsbürgern das allgemeine und gleiche Wahlrecht zusichern;
- (7.4) — sicherstellen, daß die Abstimmung geheim oder in einem gleichwertigen freien Abstimmungsverfahren durchgeführt wird, die Auszählung der Stimmen und die Weitergabe des Abstimmungsergebnisses wahrheitsgetreu erfolgen und die offiziellen Ergebnisse bekanntgegeben werden;
- (7.5) — das Recht der Bürger achten, sich ohne Benachteiligung um politische oder öffentliche Ämter zu bewerben, sei es als Einzelperson oder als Vertreter politischer Parteien oder Organisationen;

- (7.6) — das Recht von Einzelpersonen und Gruppen achten, eigene politische Parteien oder andere politische Organisationen in voller Freiheit zu gründen und solchen politischen Parteien und Organisationen die notwendigen gesetzlichen Garantien zusichern, damit diese auf der Grundlage der Gleichbehandlung durch das Gesetz und durch die Behörden miteinander in Wettstreit treten können;
- (7.7) — sicherstellen, daß Recht und öffentliche Ordnung es gestatten, daß politische Wahlkampagnen in einer Atmosphäre der Fairness und der Freiheit durchgeführt werden, in der weder administrative Maßnahmen noch Gewalt oder Einschüchterung die Parteien und die Kandidaten daran hindern, frei ihre Ansichten und Fähigkeiten darzulegen, oder die die Wähler daran hindern, diese zu erfahren und zu erörtern oder ihre Stimme frei von Angst vor Repressalien abzugeben;
- (7.8) — dafür zu sorgen, daß der Zugang zu den Medien für alle politischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ohne Diskriminierung möglich ist und nicht durch gesetzliche oder administrative Hindernisse eingeschränkt wird;
- (7.9) — sicherstellen, daß Kandidaten, die die gesetzlich erforderliche Anzahl von Stimmen erhalten haben, ihr Amt ordnungsgemäß antreten und dieses bis zum Ende ihrer Amtszeit innehaben können oder bis die Amtszeit anderweitig auf eine gesetzlich geregelte Weise in Übereinstimmung mit parlamentarisch-demokratischen und verfassungsmäßigen Verfahrensregeln beendet wird.
- (8) Die Teilnehmerstaaten vertreten die Auffassung, daß, wenn Wahlen abgehalten werden, die Anwesenheit von Beobachtern sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland für den Wahlprozeß von Vorteil ist. Aus diesem Grund werden sie Beobachter aus anderen KSZE-Teilnehmerstaaten sowie alle geeigneten privaten Institutionen und Organisationen, die dies wünschen, einladen, den Verlauf ihrer landesweiten Wahlen zu beobachten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Ebenso werden sie sich bemühen, einen gleichartigen Zugang zu Wahlen unterhalb der nationalen Ebene zu ermöglichen. Diese Beobachter verpflichten sich, nicht in das Wahlgeschehen einzugreifen.

II

- (9) Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, daß
- (9.1) — jeder Anspruch auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Rechts auf Kommunikation hat. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten und Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Die Ausübung dieses Rechts darf nur den Einschränkungen unterliegen, die im Gesetz vorgesehen sind und mit internationalen Standards in Einklang stehen. Es darf insbesondere der Zugang zu und die Verwendung von Mitteln zur Reproduktion von Dokumenten jeder Art nicht eingeschränkt werden, wobei allerdings Rechte im Zusammenhang mit geistigem Eigentum einschließlich des Copyright zu beachten sind;
 - (9.2) — jeder das Recht auf friedliche Versammlung und Demonstration hat. Die Ausübung dieser Rechte darf nur den Einschränkungen unterliegen, die im Gesetz vorgesehen sind und mit internationalen Standards in Einklang stehen;
 - (9.3) — die Vereinigungsfreiheit garantiert wird. Das Recht der Gewerkschaftsgründung und - vorbehaltlich des allgemeinen Rechts einer Gewerkschaft, ihre eigenen Beitrittsbedingungen festzulegen - das Recht, einer Gewerkschaft frei beizutreten, werden gewährleistet. Diese Rechte schließen jede vorherige Kontrolle aus. Die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter, einschließlich des Streikrechts, wird vorbehaltlich der im Gesetz vorgesehenen Einschränkungen und in Einklang mit internationalen Standards gewährleistet;
 - (9.4) — jedermann Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat; dieses Recht umfaßt die Freiheit des einzelnen zum Wechsel der Religion oder der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, durch die Ausübung und Beachtung religiöser Bräuche auszuüben. Die Ausübung dieser Rechte darf nur den Einschränkungen unterliegen, die im Gesetz vorgesehen sind und mit internationalen Standards in Einklang stehen;
 - (9.5) — sie das Recht eines jeden auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land in Einklang mit den internationalen und den KSZE-Verpflichtungen des Staates achten werden. Einschränkungen dieses Rechts tragen den Charakter äußerst seltener Ausnahmen, werden nur dann für erforderlich erachtet, wenn sie einem spezifischen öffentlichen Erfordernis entsprechen, einem legitimen Zweck dienen und verhältnismäßig sind, und werden nicht mißbräuchlich oder willkürlich angewendet;
 - (9.6) — jedermann das Recht hat, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen ungestört seines Eigentums zu erfreuen. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, daß das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den im Gesetz vorgesehenen Bedingungen und in Einklang mit internationalen Verpflichtungen;

- (10) In Bekräftigung ihrer Verpflichtung, das Recht des einzelnen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu kennen und danach zu handeln, und sein Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen aktiv zu deren Förderung und Schutz beizutragen, wirksam zu gewährleisten, verpflichten sich die Teilnehmerstaaten:
- (10.1) — das Recht eines jeden zu achten, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Ansichten und Informationen über Menschenrechte und Grundfreiheiten nach Belieben zu beschaffen, entgegenzunehmen und weiterzugeben, einschließlich des Rechts, solche Ansichten und Informationen zu verbreiten und zu veröffentlichen;
- (10.2) — das Recht eines jeden zu achten, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen die Einhaltung von Menschenrechten und Grundfreiheiten zu überprüfen und zu erörtern und Gedanken über den besseren Schutz der Menschenrechte sowie über bessere Mittel zu entwickeln und zu erörtern, durch die gewährleistet werden soll, daß Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards besteht;
- (10.3) — zu gewährleisten, daß Einzelpersonen ihr Recht auf Vereinigung ausüben dürfen, einschließlich des Rechts, nichtstaatliche Organisationen, die sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen, darunter Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen, zu bilden, diesen beizutreten und in diesen aktiv mitzuwirken;
- (10.4) — Mitgliedern solcher Gruppen und Organisationen ungehindert Zugang zu ähnlichen Vereinigungen im In- und Ausland und zu internationalen Organisationen zu ermöglichen und es ihnen zu gestatten, mit solchen Gruppen und Organisationen Verbindungen zu unterhalten, Austauschaktivitäten, Kontakte und Zusammenarbeit zu pflegen, und zu dem Zweck, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen, wie gesetzlich vorgesehen, freiwillige finanzielle Beiträge aus nationaler und internationaler Quelle zu erbitten, entgegenzunehmen und zu verwenden.
- (11) Ferner bekräftigen die Teilnehmerstaaten, daß dort, wo es zu Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten gekommen sein soll, unter anderem folgende wirksame Rechtsmittel zur Verfügung stehen:
- (11.1) — das Recht des einzelnen, angemessenen Rechtsbeistand zu suchen und zu erhalten;
- (11.2) — das Recht des einzelnen, zur Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten die Hilfe anderer zu suchen und in Anspruch zu nehmen und anderen bei der Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beizustehen;
- (11.3) — das Recht von Einzelpersonen bzw. Gruppen, die in deren Namen handeln, mit internationalen Gremien Verbindung aufzunehmen, die für die Entgegennahme und die Prüfung von Informationen über angebliche Mißstände auf dem Gebiet der Menschenrechte zuständig sind.
- (12) Die Teilnehmerstaaten, von dem Wunsche geleitet, eine größere Transparenz bei der Durchführung der im Abschließenden Dokument von Wien unter der Überschrift Menschliche Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen, beschließen, als vertrauensbildende Maßnahme von Teilnehmerstaaten entsandte Beobachter sowie Vertreter

nichtstaatlicher Organisationen und andere interessierte Personen gemäß den nationalen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht zu Gerichtsverfahren zuzulassen; es gilt als vereinbart, daß Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit nur unter den im Gesetz vorgesehenen Umständen und in Einklang mit völkerrechtlichen und anderen internationalen Verpflichtungen stattfinden dürfen.

- (13) Die Teilnehmerstaaten beschließen, der Anerkennung der Rechte des Kindes, seiner bürgerlichen Rechte und seiner individuellen Freiheiten, seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und seiner Rechte auf besonderen Schutz gegen jede Form von Gewalt und Ausbeutung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie werden erwägen, dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes beizutreten, das seit 26. Januar 1990 zur Unterzeichnung durch die Staaten aufliegt, sofern dieser Beitritt noch nicht erfolgt ist. Sie werden die in den für sie bindenden internationalen Vereinbarungen enthaltenen Rechte des Kindes in ihren nationalen Rechtsvorschriften anerkennen.
- (14) Die Teilnehmerstaaten kommen überein, in ihren Ländern die Schaffung von Bedingungen für die Ausbildung von Schülern, Studenten und Praktikanten aus anderen Teilnehmerstaaten zu ermutigen, einschließlich von Personen, die eine berufliche und technische Ausbildung absolvieren. Sie kommen ferner überein, Reisen von jungen Menschen aus ihren Ländern zum Zwecke der Ausbildung in anderen Teilnehmerstaaten zu fördern und zu diesem Zweck den Abschluß von bilateralen und multilateralen Abkommen zwischen ihren entsprechenden Regierungsstellen, Organisationen und Bildungseinrichtungen zu ermutigen, wo immer dies zweckmäßig erscheint.
- (15) Die Teilnehmerstaaten werden durch entsprechendes Vorgehen die Überstellung verurteilter Personen erleichtern und ermutigen diejenigen Teilnehmerstaaten, die dem am 21. November 1983 in Straßburg unterzeichneten Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen noch nicht beigetreten sind, dies zu tun.
- (16) Die Teilnehmerstaaten
- (16.1) — bekräftigen ihre Verpflichtung, Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zu verbieten, wirksame gesetzliche, administrative, gerichtliche und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um solche Praktiken zu verhindern und zu bestrafen, den einzelnen vor psychiatrischen oder anderen medizinischen Praktiken, die eine Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen, zu schützen, und wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung solcher Praktiken zu ergreifen;
- (16.2) — beabsichtigen, vordringlich den Beitritt zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zu prüfen, sofern ein solcher noch nicht erfolgt ist, die Befugnisse des Ausschusses gegen die Folter in Artikel 21 und 22 des Übereinkommens anzuerkennen und Vorbehalte gegen die in Artikel 20 vorgesehenen Befugnisse des Ausschusses zurückzuziehen;
- (16.3) — betonen, daß keine wie auch immer gearteten außergewöhnlichen Umstände, sei es Kriegszustand oder Kriegsdrohung, interne politische Instabilität oder irgendeine andere öffentliche Notstandssituation, als Rechtfertigung für Folter geltend gemacht werden dürfen;

- (16.4) — werden sicherstellen, daß bei der Ausbildung von zivilem oder militärischem Strafvollzugspersonal, von medizinischem Personal, von öffentlichen Bediensteten und anderen Personen, die unter Umständen mit der Bewachung, der Vernehmung oder der Behandlung von Personen zu tun haben, die irgendeiner Form der Festnahme, der Haft oder des Freiheitsentzugs unterworfen sind, das Verbot der Folter vollständig behandelt wird;
- (16.5) — werden die für Verhöre geltenden Regeln, Anweisungen, Methoden und Praktiken sowie die Vorkehrungen für die Bewachung und Behandlung von Personen, die auf ihrem Territorium irgendeiner Form der Festnahme, der Haft oder des Freiheitsentzugs unterworfen sind, einer regelmäßigen Überprüfung unterziehen, um jeden Fall von Folterung zu verhüten;
- (16.6) — werden zwecks Prüfung geeigneter Schritte gemäß den vereinbarten Maßnahmen und Verfahren für die wirksame Durchführung der Verpflichtungen betreffend die menschliche Dimension der KSZE mit Priorität jeden Fall der Folterung und anderer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe aufgreifen, der ihnen auf offiziellem Wege oder aus irgendeiner anderen verlässlichen Informationsquelle zur Kenntnis gebracht wird;
- (16.7) — werden davon ausgehen, daß die Bewahrung und Gewährleistung des Lebens und der Sicherheit jedes Menschen, der irgendeiner Form der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen ist, der einzige Maßstab sein werden, nach dem die Dringlichkeit und die Prioritäten bei der Ergreifung geeigneter Abhilfemaßnahmen beurteilt werden; daher kann die Prüfung irgendeines Falles der Folterung und anderer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe im Rahmen irgendeines anderen internationalen Gremiums oder Mechanismus nicht als Begründung dafür geltend gemacht werden, daß die Prüfung und geeignete Schritte gemäß den vereinbarten Maßnahmen und Verfahren für die wirksame Durchführung der Verpflichtungen bezüglich der menschlichen Dimension der KSZE unterlassen werden.
- (17) Die Teilnehmerstaaten
- (17.1) — erinnern an die im Abschließenden Dokument von Wien eingegangene Verpflichtung, die Frage der Todesstrafe weiterzuverfolgen und in einschlägigen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten;
- (17.2) — verweisen in diesem Zusammenhang auf das durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 1989 angenommene Zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe;
- (17.3) — nehmen Kenntnis von den Einschränkungen und Schutzmaßnahmen betreffend die Anwendung der Todesstrafe, die von der Staatengemeinschaft insbesondere in Artikel 6 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte angenommen wurden;
- (17.4) — nehmen Kenntnis von den Bestimmungen in Protokoll Nr.6 zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe;

- (17.5) — nehmen Kenntnis von den jüngsten Maßnahmen, die eine Reihe von Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die Abschaffung der Todesstrafe getroffen haben;
- (17.6) — nehmen Kenntnis von den Aktivitäten verschiedener nichtstaatlicher Organisationen zur Frage der Todesstrafe;
- (17.7) — werden im Rahmen der Konferenz über die Menschliche Dimension Informationen über die Abschaffung der Todesstrafe austauschen und die Frage weiterverfolgen;
- (17.8) — werden der Öffentlichkeit Informationen über die Anwendung der Todesstrafe zur Verfügung stellen.
- (18) Die Teilnehmerstaaten
 - (18.1) — stellen fest, daß die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen das Recht jedes einzelnen auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt hat;
 - (18.2) — nehmen Kenntnis von den jüngsten Maßnahmen, die in einer Reihe von Teilnehmerstaaten die Freistellung von der Wehrpflicht aus Gewissensgründen erlauben;
 - (18.3) — nehmen Kenntnis von den Aktivitäten verschiedener nichtstaatlicher Organisationen hinsichtlich der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen;
 - (18.4) — sind bereit, wo dies noch nicht geschehen ist, die Einführung verschiedener Formen des Ersatzdienstes zu erwägen, die mit den für die Wehrdienstverweigerung geltend gemachten Gewissensgründen vereinbar sind, wobei diese Arten des Ersatzdienstes grundsätzlich nicht-kriegsdienstlicher bzw. ziviler Natur sind, im Interesse der Öffentlichkeit stehen und keinen Strafcharakter haben;
 - (18.5) — werden der Öffentlichkeit Informationen zu dieser Frage zur Verfügung stellen;
 - (18.6) — werden im Rahmen der Konferenz über die Menschliche Dimension die einschlägigen Fragen betreffend die Freistellung von Einzelpersonen von der Wehrpflicht, wo eine solche besteht, auf der Grundlage der Verweigerung des Dienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen weiterverfolgen und Informationen zu diesen Fragen austauschen.
- (19) Die Teilnehmerstaaten stellen fest, daß eine größere Freizügigkeit und freiere Kontakte zwischen ihren Bürgern im Hinblick auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten wichtig sind. Sie werden gewährleisten, daß ihre Politik betreffend die Einreise in ihre Territorien mit den in den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte, des Abschließenden Dokuments von Madrid und des Abschließenden Dokuments von Wien festgelegten Zielen voll übereinstimmt. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, nicht hinter den in den KSZE-Dokumenten enthaltenen Verpflichtungen zurückzubleiben, und verpflichten sich, die bestehenden Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Kontakte unter anderem auch auf bilateraler und multilateraler Ebene vollständig durchzuführen und weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang werden sie

- (19.1) — danach trachten, die Verfahren für die Einreise in ihre Territorien einschließlich der Ausstellung von Visa und der Paß- und Zollkontrolle nach Treu und Glauben und ohne unangemessene Verzögerungen durchzuführen. Wo dies erforderlich ist, werden sie die Wartezeit für Visabescheide verkürzen und ihre Praxis betreffend Visaanträge vereinfachen sowie die diesbezüglichen Verwaltungserfordernisse reduzieren;
- (19.2) — bei der Behandlung von Visaanträgen gewährleisten, daß diese so rasch wie möglich bearbeitet werden, um unter anderem wichtige familiäre, persönliche oder berufliche Erwägungen gebührend zu berücksichtigen, vor allem in dringenden humanitären Fällen;
- (19.3) — sich bemühen, wo dies erforderlich ist, die Gebühren im Zusammenhang mit Visaanträgen auf das niedrigstmögliche Niveau herabzusetzen.
- (20) Die betreffenden Teilnehmerstaaten werden sich bei der Regelung von Problemen, die sich als Folge des verstärkten Personenverkehrs ergeben könnten, beraten und dabei, wo zweckmäßig, zusammenarbeiten.
- (21) Die Teilnehmerstaaten empfehlen, beim nächsten KSZE-Folgetreffen in Helsinki die Frage der Zweckmäßigkeit eines Expertentreffens über konsularische Angelegenheiten zu prüfen.
- (22) Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, daß dem Schutz und der Förderung der Rechte der Wanderarbeiter eine menschliche Dimension zukommt. In diesem Zusammenhang
- (22.1) — stimmen sie darin überein, daß der Schutz und die Förderung der Rechte von Wanderarbeitern ein Anliegen aller Teilnehmerstaaten sind und daß dies daher im Rahmen des KSZE-Prozesses angesprochen werden sollte;
- (22.2) — bekräftigen sie ihre Verpflichtung, die in den für sie bindenden internationalen Vereinbarungen enthaltenen Rechte der Wanderarbeiter in vollem Umfang in die nationalen Rechtsvorschriften zu übernehmen;
- (22.3) — sind sie der Ansicht, daß sie in zukünftigen internationalen Dokumenten über die Rechte von Wanderarbeitern die Tatsache berücksichtigen sollten, daß die Frage für sie alle von Bedeutung ist;
- (22.4) — erklären sie ihre Bereitschaft, bei künftigen KSZE-Treffen die entsprechenden Aspekte der weitergehenden Förderung der Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien zu prüfen.
- (23) Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihre im Abschließenden Dokument von Wien zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie der bürgerlichen und politischen Rechte für die Menschenwürde und die Verwirklichung der legitimen Bestrebungen jedes einzelnen von überragender Bedeutung ist. Sie bekräftigen darüberhinaus ihre im Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa eingegangene Verpflichtung betreffend die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Bei der Fortsetzung ihrer Bemühungen im Hinblick auf die schrittweise Erreichung der vollständigen Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte mit allen geeigneten Mitteln werden sie Problemen in den Bereichen Beschäftigung, Wohnungswesen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Kultur besondere Aufmerksamkeit widmen.

- (24) Die Teilnehmerstaaten werden gewährleisten, daß die Ausübung aller oben genannten Menschenrechte und Grundfreiheiten nur den Einschränkungen unterliegen darf, die im Gesetz vorgesehen sind und mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, und mit ihren anderen internationalen Verpflichtungen, insbesondere der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Einklang stehen. Diese Einschränkungen tragen den Charakter von Ausnahmen. Die Teilnehmerstaaten werden dafür sorgen, daß diese Einschränkungen nicht mißbräuchlich und willkürlich angewendet werden, sondern in einer Form, die die wirksame Ausübung dieser Rechte wahrt.
- In einer demokratischen Gesellschaft muß jede Einschränkung von Rechten und Freiheiten einem in den anzuwendenden Rechtsvorschriften genannten Zweck entsprechen und streng verhältnismäßig sein.
- (25) Die Teilnehmerstaaten bestätigen, daß jede Außerkraftsetzung von Verpflichtungen betreffend Menschenrechte und Grundfreiheiten während eines öffentlichen Notstandes streng im Rahmen der vom Völkerrecht, vor allem in den einschlägigen internationalen Dokumenten, an die sie gebunden sind, vorgesehenen Grenzen bleiben muß, insbesondere im Hinblick auf Rechte, die nicht außer Kraft gesetzt werden können. Sie bekräftigen ferner, daß
- (25.1) — Maßnahmen, die solche Verpflichtungen außer Kraft setzen, in voller Übereinstimmung mit den in diesen Dokumenten festgelegten Verfahren getroffen werden müssen;
 - (25.2) — die Verhängung eines öffentlichen Notstandes amtlich und öffentlich und in Übereinstimmung mit den vom Gesetz festgelegten Bestimmungen verkündet werden muß;
 - (25.3) — Maßnahmen, die Verpflichtungen außer Kraft setzen, auf den Umfang zu beschränken sind, den die Lage unbedingt erfordert;
 - (25.4) — solche Maßnahmen eine Diskriminierung allein aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der sozialen Herkunft oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit ausschließen werden.

III

(26) Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß eine lebendige Demokratie von der Existenz demokratischer Werte und Praktiken sowie von einer umfassenden Vielfalt demokratischer Institutionen als integralem Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens abhängt. Sie werden daher gemeinsame praktische Bemühungen und den Austausch von Informationen, Ideen und Fachwissen untereinander und durch direkte Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen in folgenden Bereichen ermutigen, erleichtern und, wo angemessen, unterstützen:

- Verfassungsrecht, -reform und -entwicklung,
- Wahlgesetzgebung, -durchführung und -beobachtung,
- Aufbau und Verwaltung von Gerichten und Rechtssystemen,
- Aufbau eines unparteiischen und tüchtigen öffentlichen Dienstes, in dem Einstellung und Beförderung nach dem Leistungsprinzip erfolgen,
- Gesetzesvollzug,
- Kommunalverwaltung und Dezentralisierung,
- Zugang zu Informationen und Schutz der Privatsphäre,
- Aufbau politischer Parteien und deren Rolle in pluralistischen Gesellschaften,
- freie und unabhängige Gewerkschaften,
- Genossenschaftsbewegungen,
- Aufbau anderer freier Vereinigungen und Interessenvertretungen,
- Journalismus, unabhängige Medien, geistiges und kulturelles Leben,
- Lehre demokratischer Werte, Institutionen und Praktiken in Bildungseinrichtungen und Förderung einer Atmosphäre, in der sich der Wissensdrang frei entfalten kann.

Solche Bemühungen können sich auf die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit im Rahmen der menschlichen Dimension der KSZE erstrecken, etwa auf Ausbildung, Austausch von Informationen, Büchern und Lehr- und Lernmittel, gemeinschaftliche Programme und Projekte, akademische und berufliche Kontakte und Konferenzen, Stipendien, Forschungszuschüsse, Bereitstellung von Fachwissen und Beratung sowie geschäftliche und wissenschaftliche Kontakte und Programme.

(27) Die Teilnehmerstaaten werden ebenso die Einrichtung und Festigung unabhängiger nationaler Institutionen für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erleichtern, die auch als Foren der Koordination und der Zusammenarbeit zwischen derartigen Institutionen in den Teilnehmerstaaten dienen können. Sie schlagen vor, daß die Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern aus den Teilnehmerstaaten, etwa über bestehende interparlamentarische Vereinigungen, und unter anderem über gemeinsame Kommissionen, Fernsehdiskussionen unter Teilnahme von Parlamentariern, Treffen und Diskussionen am Runden Tisch gefördert wird. Sie werden darüberhinaus bestehende Institutionen wie Organisationen der Vereinten Nationen oder den Europarat ermutigen, die von ihnen in diesem Bereich begonnene Arbeit fortzuführen und zu erweitern.

(28) Die Teilnehmerstaaten erkennen das umfangreiche Fachwissen des Europarates im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten an und sind bereit, weitere Mittel und Wege zu erwägen, die den Europarat in die Lage versetzen, einen Beitrag zur menschlichen Dimension der KSZE zu leisten. Sie stimmen darin überein, daß die Art dieses Beitrages auf einem zukünftigen KSZE-Forum weiter geprüft werden könnte.

- (29) Die Teilnehmerstaaten werden die Frage der Einberufung eines Expertentreffens oder -seminars prüfen, auf dem gemeinsame Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung lebensfähiger demokratischer Institutionen in den Teilnehmerstaaten, einschließlich vergleichender Studien zur Gesetzgebung in den Teilnehmerstaaten im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten geprüft und erörtert werden könnten, unter anderem durch die Nutzung der Erfahrung des Europarats in diesem Bereich und der Aktivitäten der Kommission "Demokratie durch Recht".

IV

- (30) Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß die Fragen der nationalen Minderheiten nur in einem demokratischen politischen Rahmen, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, und bei einem funktionierenden unabhängigen Gerichtswesen zufriedenstellend gelöst werden können. Dieser Rahmen gewährleistet die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Bürger, den freien Ausdruck all ihrer legitimen Interessen und Bestrebungen, den politischen Pluralismus, soziale Toleranz und die Verwirklichung der gesetzlichen Regeln, die wirksame Mittel gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt bieten.
- Sie erkennen ebenso die bedeutende Rolle nichtstaatlicher Organisationen an, und zwar einschließlich politischer Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und religiöser Gruppen, bei der Förderung von Toleranz, kultureller Vielfalt und der Lösung von Fragen betreffend nationale Minderheiten.
- Sie bekräftigen ferner, daß die Achtung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der international anerkannten Menschenrechte ein wesentlicher Faktor für Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie in den Teilnehmerstaaten ist.
- (31) Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.
- Die Teilnehmerstaaten werden, wo dies erforderlich ist, besondere Maßnahmen ergreifen, um die volle Gleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern bei der Ausübung und dem Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten.
- (32) Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen, und darf als solche für ihn keinen Nachteil mit sich bringen.
- Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, und ihre Kultur in all ihren Aspekten zu erhalten und zu entwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Insbesondere haben sie das Recht,
- (32.1) — sich ihrer Muttersprache sowohl privat als auch in der Öffentlichkeit frei zu bedienen;
- (32.2) — ihre eigenen Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen, -organisationen oder -vereinigungen zu gründen und zu unterhalten, die um freiwillige Beiträge finanzieller oder anderer Art sowie öffentliche Unterstützung in Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften ersuchen können;
- (32.3) — sich zu ihrer Religion zu bekennen und diese auszuüben, einschließlich des Erwerbs und Besitzes sowie der Verwendung religiöser Materials, und den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache abzuhalten;
- (32.4) — untereinander ungehinderte Kontakte innerhalb ihres Landes sowie Kontakte über die Grenzen hinweg mit Bürgern anderer Staaten herzustellen und zu pflegen, mit denen sie eine gemeinsame ethnische oder nationale Herkunft, ein gemeinsames kulturelles Erbe oder ein religiöses Bekenntnis teilen;

- (32.5) — in ihrer Muttersprache Informationen zu verbreiten und auszutauschen und zu solchen Informationen Zugang zu haben;
- (32.6) — Organisationen oder Vereinigungen in ihrem Land einzurichten und zu unterhalten und in internationalen nichtstaatlichen Organisationen mitzuarbeiten.

Angehörige nationaler Minderheiten können ihre Rechte einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ausüben und genießen. Aus der Ausübung oder Nichtausübung eines dieser Rechte darf kein Nachteil für Angehörige einer nationalen Minderheit erwachsen.

- (33) Die Teilnehmerstaaten werden die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen. Sie werden diesbezüglich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, und zwar nach entsprechenden Konsultationen in Einklang mit den Entscheidungsverfahren des jeweiligen Staates, wobei diese Konsultationen Kontakte mit Organisationen oder Vereinigungen solcher Minderheiten einschließen;

Jede dieser Maßnahmen wird mit den Prinzipien der Gleichheit und Nicht-Diskriminierung in bezug auf die anderen Bürger des betreffenden Teilnehmerstaates in Einklang stehen.

- (34) Die Teilnehmerstaaten werden sich darum bemühen, Angehörigen nationaler Minderheiten, ungeachtet der Notwendigkeit, die offizielle Sprache oder die offiziellen Sprachen des betreffenden Staates zu erlernen, in Einklang mit den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften entsprechende Möglichkeiten für den Unterricht ihrer Muttersprache oder in ihrer Muttersprache sowie, wo immer dies möglich und notwendig ist, für deren Gebrauch bei Behörden zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit dem Unterricht von Geschichte und Kultur in Bildungseinrichtungen werden sie auch die Geschichte und Kultur der nationalen Minderheiten berücksichtigen.

- (35) Die Teilnehmerstaaten werden das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten achten, wirksam an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen, einschließlich der Mitwirkung in Angelegenheiten betreffend den Schutz und die Förderung der Identität solcher Minderheiten.

Die Teilnehmerstaaten nehmen die Bemühungen zur Kenntnis, die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität bestimmter nationaler Minderheiten zu schützen und Bedingungen für ihre Förderung zu schaffen, indem sie als eine der Möglichkeiten zur Erreichung dieser Ziele geeignete lokale oder autonome Verwaltungen einrichten, die den spezifischen historischen und territorialen Gegebenheiten dieser Minderheiten Rechnung tragen und in Einklang mit der Politik des betreffenden Staates stehen.

- (36) Die Teilnehmerstaaten erkennen die besondere Bedeutung einer verstärkten konstruktiven Zusammenarbeit untereinander bei Fragen betreffend nationale Minderheiten an. Eine solche Zusammenarbeit soll das gegenseitige Verständnis und Vertrauen, die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen, den internationalen Frieden, die internationale Sicherheit und Gerechtigkeit fördern.

Jeder Teilnehmerstaat wird ein Klima der gegenseitigen Achtung, des Verständnisses, der Zusammenarbeit und Solidarität zwischen allen Bewohnern seines Territoriums fördern, ohne Unterschied der ethnischen oder nationalen Abstammung oder der Religion, und die Lösung von Problemen

durch einen auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit beruhenden Dialog ermutigen.

- (37) Keine dieser Verpflichtungen darf so ausgelegt werden, daß sie das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die in Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen oder den Bestimmungen der Schlußakte einschließlich des Prinzips der territorialen Integrität der Staaten steht.
- (38) Die Teilnehmerstaaten werden bei ihren Bemühungen, die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten zu schützen und zu fördern, ihre in den bestehenden Menschenrechtskonventionen und anderen einschlägigen internationalen Dokumenten eingegangenen Verpflichtungen voll achten und den Beitritt zu den einschlägigen Konventionen in Betracht ziehen, einschließlich jener, die ein Beschwerderecht von Einzelpersonen vorsehen, sofern ein solcher Beitritt noch nicht erfolgt ist.
- (39) Die Teilnehmerstaaten werden in den zuständigen internationalen Organisationen, denen sie angehören, einschließlich der Vereinten Nationen und, wo dies zweckmäßig erscheint, des Europarats, eng zusammenarbeiten und dabei deren laufende Arbeiten zu Fragen betreffend nationale Minderheiten berücksichtigen.
Sie werden die Einberufung eines Expertentreffens in Betracht ziehen, auf dem die Frage der nationalen Minderheiten ausführlich erörtert werden soll.
- (40) Die Teilnehmerstaaten verurteilen klar und unmißverständlich Totalitarismus, Rassenhaß und Haß zwischen Volksgruppen, Antisemitismus, Fremdenhaß und Diskriminierung irgendeines Menschen sowie die Verfolgung aus religiösen und ideologischen Gründen. In diesem Zusammenhang erkennen sie ebenfalls die besonderen Probleme der Roma (Zigeuner) an.
Sie erklären ihre feste Absicht, die Bemühungen zur Bekämpfung dieser Phänomene in all ihren Formen zu intensivieren und werden daher
- (40.1) — wirksame Maßnahmen ergreifen, einschließlich der Annahme von mit ihrer Verfassungsordnung und ihren internationalen Verpflichtungen in Einklang stehenden erforderlichen Gesetzen, um vor jeder Handlung zu schützen, die zu Gewalt gegen Personen oder Gruppen aufgrund nationaler, rassischer, ethnischer oder religiöser Diskriminierung, zu Feindseligkeit oder Haß einschließlich Antisemitismus aufhetzt;
- (40.2) — sich dazu verpflichten, geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen für den Schutz von Personen oder Gruppen, die Androhungen oder Handlungen von Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgrund ihrer rassischen, ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität ausgesetzt sein könnten, und zum Schutz von deren Eigentum zu ergreifen;
- (40.3) — auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wirksame Maßnahmen in Einklang mit ihrer Verfassungsordnung treffen, um Verständigung und Toleranz insbesondere in Erziehung, Kultur und Information zu fördern;
- (40.4) — nach Kräften gewährleisten, daß bei den Erziehungszielen dem Problem des Rassenvorurteils und des Rassenhasses und der Förderung der Achtung vor anderen Zivilisationen und Kulturen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt;

- (40.5) — das Recht des einzelnen auf wirksame Rechtsmittel anerkennen und sich in Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften bemühen, das Recht betroffener Personen und Gruppen anzuerkennen, Beschwerden wegen diskriminierender Handlungen einschließlich Handlungen aus Rassen- und Fremdenhaß einzulegen und zu unterstützen;
- (40.6) — den Beitritt zu internationalen Dokumenten, die sich mit dem Problem der Diskriminierung befassen, in Betracht ziehen, sofern ein solcher noch nicht erfolgt ist, und die volle Übereinstimmung mit den darin enthaltenen Verpflichtungen gewährleisten, einschließlich jener, regelmäßig Bericht zu erstatten;
- (40.7) — ferner erwägen, jene internationalen Mechanismen anzuerkennen, die es Staaten und Einzelpersonen ermöglichen, internationale Gremien mit Mitteilungen über Diskriminierung zu befassen.

- (41) Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihr Bekenntnis zur menschlichen Dimension der KSZE und betonen deren Bedeutung als integraler Bestandteil eines ausgewogenen Herangehens an die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie stimmen darin überein, daß die Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE und der im Kapitel über die menschliche Dimension der KSZE des Abschließenden Dokuments von Wien beschriebene Mechanismus der menschlichen Dimension ihren Wert als Mittel zur Förderung ihres Dialogs und ihrer Zusammenarbeit und zur Unterstützung bei der Lösung der entsprechenden konkreten Fragen bewiesen haben. Sie bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß diese als Teil eines sich erweiternden KSZE-Prozesses fortgeführt und ausgebaut werden sollten.
- (42) Die Teilnehmerstaaten erkennen die Notwendigkeit an, die Wirksamkeit der in den Absätzen 1 bis 4 des Kapitels über die menschliche Dimension der KSZE im Abschließenden Dokument von Wien beschriebenen Verfahren weiter zu erhöhen und beschließen zu diesem Zweck,
- (42.1) — Informationsersuchen und schriftlich eingebrachte Vorstellungen, die von anderen Teilnehmerstaaten gemäß Absatz 1 an sie herangetragen werden, so rasch wie möglich, jedoch spätestens binnen vier Wochen, in schriftlicher Form zu beantworten;
- (42.2) — daß die bilateralen Treffen gemäß Absatz 2 so schnell wie möglich, in der Regel innerhalb von drei Wochen ab dem Tag des Ersuchens, durchgeführt werden;
- (42.3) — bei einem bilateralen Treffen gemäß Absatz 2 auf die Behandlung von Situationen und Fällen zu verzichten, die mit dem Thema des Treffens nicht in Zusammenhang stehen, es sei denn, beide Seiten stimmen zu.
- (43) Die Teilnehmerstaaten prüften praktische Vorschläge für neue Maßnahmen, die auf eine bessere Durchführung der Verpflichtungen betreffend die menschliche Dimension der KSZE abzielen. In diesem Zusammenhang erörterten sie Vorschläge im Hinblick auf die Entsendung von Beobachtern zur Untersuchung von Situationen und konkreten Fällen, die Bestellung von Berichterstattern, die ermitteln und geeignete Lösungen vorschlagen sollen, die Einsetzung eines Komitees über die Menschliche Dimension der KSZE, die stärkere Einbeziehung von Personen, Organisationen und Institutionen in den Mechanismus der menschlichen Dimension sowie weitere bilaterale und multilaterale Bemühungen zur Förderung der Lösung einschlägiger Fragen.
 Sie beschließen, diese und andere Vorschläge, die den Mechanismus der menschlichen Dimension stärken sollen, in späteren einschlägigen KSZE-Foren eingehend weiter zu erörtern und zu erwägen, im Zuge der weiteren Entwicklung des KSZE-Prozesses geeignete neue Maßnahmen anzunehmen. Sie stimmen darin überein, daß diese Maßnahmen dazu beitragen sollten, weitere spürbare Fortschritte zu erzielen und Konfliktverhütung und Vertrauen im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE zu fördern.

* * *

- 4) Die Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung Dänemarks ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation des Kopenhagener Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.
- (45) In Übereinstimmung mit den Bestimmungen betreffend die Konferenz über die Menschlichen Dimension der KSZE des Abschließenden Dokuments des Wiener Folgetreffens der KSZE wird das dritte Treffen der Konferenz vom 10. September bis 4. Oktober 1991 in Moskau stattfinden.

Kopenhagen, den 29. Juni 1990

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN

ÜBER DEN ZUGANG VON NICHTSTAATLICHEN ORGANISATIONEN UND MEDIEN ZU DEN TREFFEN DER KONFERENZ ÜBER DIE MENSCHLICHE DIMENSION

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Praxis der Offenheit und des Zugangs zu den Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension, sowie sie beim Wiener Treffen gehandhabt wurde und wie sie in Anhang XI des Abschließenden Dokuments dieses Treffens festgelegt ist, für alle Teilnehmerstaaten von Bedeutung ist. Um dieser Praxis bei den nächsten KSZE-Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension zu folgen und auf ihr aufzubauen, stimmen die Teilnehmerstaaten überein, daß die folgende Praxis der Offenheit und des Zugangs gewährleistet werden sollte:

- Bewegungsfreiheit für Mitglieder interessierter nichtstaatlicher Organisationen innerhalb der Konferenzeinrichtungen, mit Ausnahme der den Delegationen und den Abteilungen des Exekutivsekretariats vorbehaltenen Bereiche. Zu diesem Zweck wird ihnen das Exekutivsekretariat auf Anfrage Akkreditierungsausweise ausstellen;
- Unbehinderte Kontakte zwischen den Mitgliedern der betreffenden nichtstaatlichen Organisationen und den Delegierten sowie mit akkreditierten Medienvertretern;
- Den Zugang zu den offiziellen Dokumenten der Konferenz in allen Arbeitssprachen sowie zu jedem Dokument, das die Delegierten den Mitgliedern der betreffenden nichtstaatlichen Organisationen zu übermitteln wünschen;
- Die Möglichkeit für die Mitglieder der betreffenden nichtstaatlichen Organisationen, den Delegierten Mitteilungen zur menschlichen Dimension der KSZE zu übermitteln. Zu diesem Zweck werden sie Zugang zu Fächern für jede Delegation haben;
- Den freien Zugang der Delegierten zu allen Dokumenten der betreffenden nichtstaatlichen Organisationen, die diese an das Exekutivsekretariat zur Information der Konferenz richten. Zu diesem Zwecke wird das Exekutivsekretariat einen in regelmäßigen Abständen aktualisierten Satz dieser Dokumente für die Delegierten bereithalten.

Sie verpflichten sich weiterhin, den Medienvertretern folgendes zu garantieren:

- Bewegungsfreiheit innerhalb der Konferenzeinrichtungen, mit Ausnahme der den Delegationen und den Abteilungen des Exekutivsekretariats vorbehaltenen Bereiche. Zu diesem Zweck wird ihnen das Exekutivsekretariat bei Vorlage der nötigen Dokumente Akkreditierungsausweise ausstellen;

- Ungehinderte Kontakte zu den Delegierten sowie zu den Mitgliedern der betreffenden nichtstaatlichen Organisationen;
- Zugang zu den offiziellen Dokumenten der Konferenz in allen Arbeitssprachen.

Der Vorsitzende stellt ferner fest, daß diese Erklärung als Anhang zum Dokument des Kopenhagener Treffens mit diesem veröffentlicht wird.

DOCUMENT

OF THE COPENHAGEN MEETING OF THE CONFERENCE ON THE HUMAN DIMENSION OF THE CSCE

The representatives of the participating States of the Conference on Security and Co-operation in Europe (CSCE), Austria, Belgium, Bulgaria, Canada, Cyprus, Czechoslovakia, Denmark, Finland, France, the German Democratic Republic, the Federal Republic of Germany, Greece, the Holy See, Hungary, Iceland, Ireland, Italy, Liechtenstein, Luxembourg, Malta, Monaco, the Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Romania, San Marino, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom, the United States of America and Yugoslavia, met in Copenhagen from 5 to 29 June 1990, in accordance with the provisions relating to the Conference on the Human Dimension of the CSCE contained in the Concluding Document of the Vienna Follow-up Meeting of the CSCE.

The representative of Albania attended the Copenhagen Meeting as observer.

The first Meeting of the Conference was held in Paris from 30 May to 23 June 1989.

The Copenhagen Meeting was opened and closed by the Minister for Foreign Affairs of Denmark.

The formal opening of the Copenhagen Meeting was attended by Her Majesty the Queen of Denmark and His Royal Highness the Prince Consort.

Opening statements were made by Ministers and Deputy Ministers of the participating States.

At a special meeting of the Ministers for Foreign Affairs of the participating States of the CSCE on 5 June 1990, convened on the invitation of the Minister for Foreign Affairs of Denmark, it was agreed to convene a Preparatory Committee in Vienna on 10 July 1990 to prepare a Summit Meeting in Paris of their Heads of State or Government.

The participating States welcome with great satisfaction the fundamental political changes that have occurred in Europe since the first Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE in Paris in 1989. They note that the CSCE process has contributed significantly to bringing about these changes and that these developments in turn have greatly advanced the implementation of the provisions of the Final Act and of the other CSCE documents.

They recognize that pluralistic democracy and the rule of law are essential for ensuring respect for all human rights and fundamental freedoms, the development of human contacts and the resolution of other issues of a related humanitarian character. They therefore welcome the commitment expressed by all participating States to the ideals of democracy and political pluralism as well as their common determination to build democratic societies based on free elections and the rule of law.

At the Copenhagen Meeting the participating States held a review of the implementation of their commitments in the field of the human dimension. They considered that the degree of compliance with the commitments contained in the relevant provisions of the CSCE documents had shown a fundamental improvement since the Paris Meeting. They also expressed the view, however, that further steps are required for the full realization of their commitments relating to the human dimension.

The participating States express their conviction that full respect for human rights and fundamental freedoms and the development of societies based on pluralistic democracy and the rule of law are prerequisites for progress in setting up the lasting order of peace, security, justice and co-operation that they seek to establish in Europe. They therefore reaffirm their commitment to implement fully all provisions of the Final Act and of the other CSCE documents relating to the human dimension and undertake to build on the progress they have made.

They recognize that co-operation among themselves, as well as the active involvement of persons, groups, organizations and institutions, will be essential to ensure continuing progress towards their shared objectives.

In order to strengthen respect for, and enjoyment of, human rights and fundamental freedoms, to develop human contacts and to resolve issues of a related humanitarian character, the participating States agree on the following:

I

- (1) The participating States express their conviction that the protection and promotion of human rights and fundamental freedoms is one of the basic purposes of government, and reaffirm that the recognition of these rights and freedoms constitutes the foundation of freedom, justice and peace.
- (2) They are determined to support and advance those principles of justice which form the basis of the rule of law. They consider that the rule of law does not mean merely a formal legality which assures regularity and consistency in the achievement and enforcement of democratic order, but justice based on the recognition and full acceptance of the supreme value of the human personality and guaranteed by institutions providing a framework for its fullest expression.
- (3) They reaffirm that democracy is an inherent element of the rule of law. They recognize the importance of pluralism with regard to political organizations.
- (4) They confirm that they will respect each other's right freely to choose and develop, in accordance with international human rights standards, their political, social, economic and cultural systems. In exercising this right, they will ensure that their laws, regulations, practices and policies conform with their obligations under international law and are brought into harmony with the provisions of the Declaration on Principles and other CSCE commitments.
- (5) They solemnly declare that among those elements of justice which are essential to the full expression of the inherent dignity and of the equal and inalienable rights of all human beings are the following:
 - (5.1) — free elections that will be held at reasonable intervals by secret ballot or by equivalent free voting procedure, under conditions which ensure in practice the free expression of the opinion of the electors in the choice of their representatives;
 - (5.2) — a form of government that is representative in character, in which the executive is accountable to the elected legislature or the electorate;
 - (5.3) — the duty of the government and public authorities to comply with the constitution and to act in a manner consistent with law;
 - (5.4) — a clear separation between the State and political parties; in particular, political parties will not be merged with the State;
 - (5.5) — the activity of the government and the administration as well as that of the judiciary will be exercised in accordance with the system established by law. Respect for that system must be ensured;
 - (5.6) — military forces and the police will be under the control of, and accountable to, the civil authorities;
 - (5.7) — human rights and fundamental freedoms will be guaranteed by law and in accordance with their obligations under international law;
 - (5.8) — legislation, adopted at the end of a public procedure, and regulations will be published, that being the condition for their applicability. Those texts will be accessible to everyone;

- (5.9) — all persons are equal before the law and are entitled without any discrimination to the equal protection of the law. In this respect, the law will prohibit any discrimination and guarantee to all persons equal and effective protection against discrimination on any ground;
- (5.10) — everyone will have an effective means of redress against administrative decisions, so as to guarantee respect for fundamental rights and ensure legal integrity;
- (5.11) — administrative decisions against a person must be fully justifiable and must as a rule indicate the usual remedies available;
- (5.12) — the independence of judges and the impartial operation of the public judicial service will be ensured;
- (5.13) — the independence of legal practitioners will be recognized and protected, in particular as regards conditions for recruitment and practice;
- (5.14) — the rules relating to criminal procedure will contain a clear definition of powers in relation to prosecution and the measures preceding and accompanying prosecution;
- (5.15) — any person arrested or detained on a criminal charge will have the right, so that the lawfulness of his arrest or detention can be decided, to be brought promptly before a judge or other officer authorized by law to exercise this function;
- (5.16) — in the determination of any criminal charge against him, or of his rights and obligations in a suit at law, everyone will be entitled to a fair and public hearing by a competent, independent and impartial tribunal established by law;
- (5.17) — any person prosecuted will have the right to defend himself in person or through prompt legal assistance of his own choosing or, if he does not have sufficient means to pay for legal assistance, to be given it free when the interests of justice so require;
- (5.18) — no one will be charged with, tried for or convicted of any criminal offence unless the offence is provided for by a law which defines the elements of the offence with clarity and precision;
- (5.19) — everyone will be presumed innocent until proved guilty according to law;
- (5.20) — considering the important contribution of international instruments in the field of human rights to the rule of law at a national level, the participating States reaffirm that they will consider acceding to the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and other relevant international instruments, if they have not yet done so;
- (5.21) — in order to supplement domestic remedies and better to ensure that the participating States respect the international obligations they have undertaken, the participating States will consider acceding to a regional or global international convention concerning the protection of human rights, such as the European Convention on Human Rights or the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, which provide for procedures of individual recourse to international bodies.

- (6) The participating States declare that the will of the people, freely and fairly expressed through periodic and genuine elections, is the basis of the authority and legitimacy of all government. The participating States will accordingly respect the right of their citizens to take part in the governing of their country, either directly or through representatives freely chosen by them through fair electoral processes. They recognize their responsibility to defend and protect, in accordance with their laws, their international human rights obligations and their international commitments, the democratic order freely established through the will of the people against the activities of persons, groups or organizations that engage in or refuse to renounce terrorism or violence aimed at the overthrow of that order or of that of another participating State.
- (7) To ensure that the will of the people serves as the basis of the authority of government, the participating States will
- (7.1) — hold free elections at reasonable intervals, as established by law;
 - (7.2) — permit all seats in at least one chamber of the national legislature to be freely contested in a popular vote;
 - (7.3) — guarantee universal and equal suffrage to adult citizens;
 - (7.4) — ensure that votes are cast by secret ballot or by equivalent free voting procedure, and that they are counted and reported honestly with the official results made public;
 - (7.5) — respect the right of citizens to seek political or public office, individually or as representatives of political parties or organizations, without discrimination;
 - (7.6) — respect the right of individuals and groups to establish, in full freedom, their own political parties or other political organizations and provide such political parties and organizations with the necessary legal guarantees to enable them to compete with each other on a basis of equal treatment before the law and by the authorities;
 - (7.7) — ensure that law and public policy work to permit political campaigning to be conducted in a fair and free atmosphere in which neither administrative action, violence nor intimidation bars the parties and the candidates from freely presenting their views and qualifications, or prevents the voters from learning and discussing them or from casting their vote free of fear of retribution;
 - (7.8) — provide that no legal or administrative obstacle stands in the way of unimpeded access to the media on a non-discriminatory basis for all political groupings and individuals wishing to participate in the electoral process;
 - (7.9) — ensure that candidates who obtain the necessary number of votes required by law are duly installed in office and are permitted to remain in office until their term expires or is otherwise brought to an end in a manner that is regulated by law in conformity with democratic parliamentary and constitutional procedures.

- (8) The participating States consider that the presence of observers, both foreign and domestic, can enhance the electoral process for States in which elections are taking place. They therefore invite observers from any other CSCE participating States and any appropriate private institutions and organizations who may wish to do so to observe the course of their national election proceedings, to the extent permitted by law. They will also endeavour to facilitate similar access for election proceedings held below the national level. Such observers will undertake not to interfere in the electoral proceedings.

II

- (9) The participating States reaffirm that
- (9.1) — everyone will have the right to freedom of expression including the right to communication. This right will include freedom to hold opinions and to receive and impart information and ideas without interference by public authority and regardless of frontiers. The exercise of this right may be subject only to such restrictions as are prescribed by law and are consistent with international standards. In particular, no limitation will be imposed on access to, and use of, means of reproducing documents of any kind, while respecting, however, rights relating to intellectual property, including copyright;
- (9.2) — everyone will have the right of peaceful assembly and demonstration. Any restrictions which may be placed on the exercise of these rights will be prescribed by law and consistent with international standards;
- (9.3) — the right of association will be guaranteed. The right to form and — subject to the general right of a trade union to determine its own membership — freely to join a trade union will be guaranteed. These rights will exclude any prior control. Freedom of association for workers, including the freedom to strike, will be guaranteed, subject to limitations prescribed by law and consistent with international standards;
- (9.4) — everyone will have the right to freedom of thought, conscience and religion. This right includes freedom to change one's religion or belief and freedom to manifest one's religion or belief, either alone or in community with others, in public or in private, through worship, teaching, practice and observance. The exercise of these rights may be subject only to such restrictions as are prescribed by law and are consistent with international standards;
- (9.5) — they will respect the right of everyone to leave any country, including his own, and to return to his country, consistent with a State's international obligations and CSCE commitments. Restrictions on this right will have the character of very rare exceptions, will be considered necessary only if they respond to a specific public need, pursue a legitimate aim and are proportionate to that aim, and will not be abused or applied in an arbitrary manner;
- (9.6) — everyone has the right peacefully to enjoy his property either on his own or in common with others. No one may be deprived of his property except in the public interest and subject to the conditions provided for by law and consistent with international commitments and obligations.
- (10) In reaffirming their commitment to ensure effectively the rights of the individual to know and act upon human rights and fundamental freedoms, and to contribute actively, individually or in association with others, to their promotion and protection, the participating States express their commitment to
- (10.1) — respect the right of everyone, individually or in association with others, to seek, receive and impart freely views and information on human rights and fundamental freedoms, including the rights to disseminate and publish such views and information;

- (10.2) — respect the rights of everyone, individually or in association with others, to study and discuss the observance of human rights and fundamental freedoms and to develop and discuss ideas for improved protection of human rights and better means for ensuring compliance with international human rights standards;
- (10.3) — ensure that individuals are permitted to exercise the right to association, including the right to form, join and participate effectively in non-governmental organizations which seek the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms, including trade unions and human rights monitoring groups;
- (10.4) — allow members of such groups and organizations to have unhindered access to and communication with similar bodies within and outside their countries and with international organizations, to engage in exchanges, contacts and co-operation with such groups and organizations and to solicit, receive and utilize for the purpose of promoting and protecting human rights and fundamental freedoms voluntary financial contributions from national and international sources as provided for by law.
- (11) The participating States further affirm that, where violations of human rights and fundamental freedoms are alleged to have occurred, the effective remedies available include
- (11.1) — the right of the individual to seek and receive adequate legal assistance;
- (11.2) — the right of the individual to seek and receive assistance from others in defending human rights and fundamental freedoms, and to assist others in defending human rights and fundamental freedoms;
- (11.3) — the right of individuals or groups acting on their behalf to communicate with international bodies with competence to receive and consider information concerning allegations of human rights abuses.
- (12) The participating States, wishing to ensure greater transparency in the implementation of the commitments undertaken in the Vienna Concluding Document under the heading of the human dimension of the CSCE, decide to accept as a confidence-building measure the presence of observers sent by participating States and representatives of non-governmental organizations and other interested persons at proceedings before courts as provided for in national legislation and international law; it is understood that proceedings may only be held *in camera* in the circumstances prescribed by law and consistent with obligations under international law and international commitments.
- (13) The participating States decide to accord particular attention to the recognition of the rights of the child, his civil rights and his individual freedoms, his economic, social and cultural rights, and his right to special protection against all forms of violence and exploitation. They will consider acceding to the Convention on the Rights of the Child, if they have not yet done so, which was opened for signature by States on 26 January 1990. They will recognize in their domestic legislation the rights of the child as affirmed in the international agreements to which they are Parties.
- (14) The participating States agree to encourage the creation, within their countries, of conditions for the training of students and trainees from other participating States, including persons taking vocational and technical courses. They also agree to promote travel by young people from their

countries for the purpose of obtaining education in other participating States and to that end to encourage the conclusion, where appropriate, of bilateral and multilateral agreements between their relevant governmental institutions, organizations and educational establishments.

- (15) The participating States will act in such a way as to facilitate the transfer of sentenced persons and encourage those participating States which are not Parties to the Convention on the Transfer of Sentenced Persons, signed at Strasbourg on 21 November 1983, to consider acceding to the Convention.
- (16) The participating States
 - (16.1) — reaffirm their commitment to prohibit torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, to take effective legislative, administrative, judicial and other measures to prevent and punish such practices, to protect individuals from any psychiatric or other medical practices that violate human rights and fundamental freedoms and to take effective measures to prevent and punish such practices;
 - (16.2) — intend, as a matter of urgency, to consider acceding to the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, if they have not yet done so, and recognizing the competences of the Committee against Torture under articles 21 and 22 of the Convention and withdrawing reservations regarding the competence of the Committee under article 20;
 - (16.3) — stress that no exceptional circumstances whatsoever, whether a state of war or a threat of war, internal political instability or any other public emergency, may be invoked as a justification of torture;
 - (16.4) — will ensure that education and information regarding the prohibition against torture are fully included in the training of law enforcement personnel, civil or military, medical personnel, public officials and other persons who may be involved in the custody, interrogation or treatment of any individual subjected to any form of arrest, detention or imprisonment;
 - (16.5) — will keep under systematic review interrogation rules, instructions, methods and practices as well as arrangements for the custody and treatment of persons subjected to any form of arrest, detention or imprisonment in any territory under their jurisdiction, with a view to preventing any cases of torture;
 - (16.6) — will take up with priority for consideration and for appropriate action, in accordance with the agreed measures and procedures for the effective implementation of the commitments relating to the human dimension of the CSCE, any cases of torture and other inhuman or degrading treatment or punishment made known to them through official channels or coming from any other reliable source of information;
 - (16.7) — will act upon the understanding that preserving and guaranteeing the life and security of any individual subjected to any form of torture and other inhuman or degrading treatment or punishment will be the sole criterion in determining the urgency and priorities to be accorded in taking appropriate remedial action; and, therefore, the consideration of any cases of torture and other inhuman or degrading treatment or punishment

within the framework of any other international body or mechanism may not be invoked as a reason for refraining from consideration and appropriate action in accordance with the agreed measures and procedures for the effective implementation of the commitments relating to the human dimension of the CSCE.

(17) The participating States

- (17.1) — recall the commitment undertaken in the Vienna Concluding Document to keep the question of capital punishment under consideration and to cooperate within relevant international organizations;
- (17.2) — recall, in this context, the adoption by the General Assembly of the United Nations, on 15 December 1989, of the Second Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, aiming at the abolition of the death penalty;
- (17.3) — note the restrictions and safeguards regarding the use of the death penalty which have been adopted by the international community, in particular article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights;
- (17.4) — note the provisions of the Sixth Protocol to the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, concerning the abolition of the death penalty;
- (17.5) — note recent measures taken by a number of participating States towards the abolition of capital punishment;
- (17.6) — note the activities of several non-governmental organizations on the question of the death penalty;
- (17.7) — will exchange information within the framework of the Conference on the Human Dimension on the question of the abolition of the death penalty and keep that question under consideration;
- (17.8) — will make available to the public information regarding the use of the death penalty.

(18) The participating States

- (18.1) — note that the United Nations Commission on Human Rights has recognized the right of everyone to have conscientious objections to military service;
- (18.2) — note recent measures taken by a number of participating States to permit exemption from compulsory military service on the basis of conscientious objections;
- (18.3) — note the activities of several non-governmental organizations on the question of conscientious objections to compulsory military service;
- (18.4) — agree to consider introducing, where this has not yet been done, various forms of alternative service, which are compatible with the reasons for conscientious objection, such forms of alternative service being in principle of a non-combatant or civilian nature, in the public interest and of a non-punitive nature;
- (18.5) — will make available to the public information on this issue;

- (18.6) — will keep under consideration, within the framework of the Conference on the Human Dimension, the relevant questions related to the exemption from compulsory military service, where it exists, of individuals on the basis of conscientious objections to armed service, and will exchange information on these questions.
- (19) The participating States affirm that freer movement and contacts among their citizens are important in the context of the protection and promotion of human rights and fundamental freedoms. They will ensure that their policies concerning entry into their territories are fully consistent with the aims set out in the relevant provisions of the Final Act, the Madrid Concluding Document and the Vienna Concluding Document. While reaffirming their determination not to recede from the commitments contained in CSCE documents, they undertake to implement fully and improve present commitments in the field of human contacts, including on a bilateral and multilateral basis. In this context they will
- (19.1) — strive to implement the procedures for entry into their territories, including the issuing of visas and passport and customs control, in good faith and without unjustified delay. Where necessary, they will shorten the waiting time for visa decisions, as well as simplify practices and reduce administrative requirements for visa applications;
- (19.2) — ensure, in dealing with visa applications, that these are processed as expeditiously as possible in order, *inter alia*, to take due account of important family, personal or professional considerations, especially in cases of an urgent, humanitarian nature;
- (19.3) — endeavour, where necessary, to reduce fees charged in connection with visa applications to the lowest possible level.
- (20) The participating States concerned will consult and, where appropriate, cooperate in dealing with problems that might emerge as a result of the increased movement of persons.
- (21) The participating States recommend the consideration, at the next CSCE Follow-up Meeting in Helsinki, of the advisability of holding a meeting of experts on consular matters.
- (22) The participating States reaffirm that the protection and promotion of the rights of migrant workers have their human dimension. In this context, they
- (22.1) — agree that the protection and promotion of the rights of migrant workers are the concern of all participating States and that as such they should be addressed within the CSCE process;
- (22.2) — reaffirm their commitment to implement fully in their domestic legislation the rights of migrant workers provided for in international agreements to which they are parties;
- (22.3) — consider that, in future international instruments concerning the rights of migrant workers, they should take into account the fact that this issue is of importance for all of them;
- (22.4) — express their readiness to examine, at future CSCE meetings, the relevant aspects of the further promotion of the rights of migrant workers and their families.

- (23) The participating States reaffirm their conviction expressed in the Vienna Concluding Document that the promotion of economic, social and cultural rights as well as of civil and political rights is of paramount importance for human dignity and for the attainment of the legitimate aspirations of every individual. They also reaffirm their commitment taken in the Document of the Bonn Conference on Economic Co-operation in Europe to the promotion of social justice and the improvement of living and working conditions. In the context of continuing their efforts with a view to achieving progressively the full realization of economic, social and cultural rights by all appropriate means, they will pay special attention to problems in the areas of employment, housing, social security, health, education and culture.
- (24) The participating States will ensure that the exercise of all the human rights and fundamental freedoms set out above will not be subject to any restrictions except those which are provided by law and are consistent with their obligations under international law, in particular the International Covenant on Civil and Political Rights, and with their international commitments, in particular the Universal Declaration of Human Rights. These restrictions have the character of exceptions. The participating States will ensure that these restrictions are not abused and are not applied in an arbitrary manner, but in such a way that the effective exercise of these rights is ensured.
Any restriction on rights and freedoms must, in a democratic society, relate to one of the objectives of the applicable law and be strictly proportionate to the aim of that law.
- (25) The participating States confirm that any derogations from obligations relating to human rights and fundamental freedoms during a state of public emergency must remain strictly within the limits provided for by international law, in particular the relevant international instruments by which they are bound, especially with respect to rights from which there can be no derogation. They also reaffirm that
- (25.1) — measures derogating from such obligations must be taken in strict conformity with the procedural requirements laid down in those instruments;
 - (25.2) — the imposition of a state of public emergency must be proclaimed officially, publicly, and in accordance with the provisions laid down by law;
 - (25.3) — measures derogating from obligations will be limited to the extent strictly required by the exigencies of the situation;
 - (25.4) — such measures will not discriminate solely on the grounds of race, colour, sex, language, religion, social origin or of belonging to a minority.

III

(26) The participating States recognize that vigorous democracy depends on the existence as an integral part of national life of democratic values and practices as well as an extensive range of democratic institutions. They will therefore encourage, facilitate and, where appropriate, support practical co-operative endeavours and the sharing of information, ideas and expertise among themselves and by direct contacts and co-operation between individuals, groups and organizations in areas including the following:

- constitutional law, reform and development,
- electoral legislation, administration and observation,
- establishment and management of courts and legal systems,
- the development of an impartial and effective public service where recruitment and advancement are based on a merit system,
- law enforcement,
- local government and decentralization,
- access to information and protection of privacy,
- developing political parties and their role in pluralistic societies,
- free and independent trade unions,
- co-operative movements,
- developing other forms of free associations and public interest groups,
- journalism, independent media, and intellectual and cultural life,
- the teaching of democratic values, institutions and practices in educational institutions and the fostering of an atmosphere of free enquiry.

Such endeavours may cover the range of co-operation encompassed in the human dimension of the CSCE, including training, exchange of information, books and instructional materials, co-operative programmes and projects, academic and professional exchanges and conferences, scholarships, research grants, provision of expertise and advice, business and scientific contacts and programmes.

(27) The participating States will also facilitate the establishment and strengthening of independent national institutions in the area of human rights and the rule of law, which may also serve as focal points for co-ordination and collaboration between such institutions in the participating States. They propose that co-operation be encouraged between parliamentarians from participating States, including through existing inter-parliamentary associations and, *inter alia*, through joint commissions, television debates involving parliamentarians, meetings and round-table discussions. They will also encourage existing institutions, such as organizations within the United Nations system and the Council of Europe, to continue and expand the work they have begun in this area.

(28) The participating States recognize the important expertise of the Council of Europe in the field of human rights and fundamental freedoms and agree to consider further ways and means to enable the Council of Europe to make a contribution to the human dimension of the CSCE. They agree that the nature of this contribution could be examined further in a future CSCE forum.

- (29) The participating States will consider the idea of convening a meeting or seminar of experts to review and discuss co-operative measures designed to promote and sustain viable democratic institutions in participating States, including comparative studies of legislation in participating States in the area of human rights and fundamental freedoms, *inter alia* drawing upon the experience acquired in this area by the Council of Europe and the activities of the Commission "Democracy through Law".

IV

- (30) The participating States recognize that the questions relating to national minorities can only be satisfactorily resolved in a democratic political framework based on the rule of law, with a functioning independent judiciary. This framework guarantees full respect for human rights and fundamental freedoms, equal rights and status for all citizens, the free expression of all their legitimate interests and aspirations, political pluralism, social tolerance and the implementation of legal rules that place effective restraints on the abuse of governmental power.

They also recognize the important role of non-governmental organizations, including political parties, trade unions, human rights organizations and religious groups, in the promotion of tolerance, cultural diversity and the resolution of questions relating to national minorities.

They further reaffirm that respect for the rights of persons belonging to national minorities as part of universally recognized human rights is an essential factor for peace, justice, stability and democracy in the participating States.

- (31) Persons belonging to national minorities have the right to exercise fully and effectively their human rights and fundamental freedoms without any discrimination and in full equality before the law.

The participating States will adopt, where necessary, special measures for the purpose of ensuring to persons belonging to national minorities full equality with the other citizens in the exercise and enjoyment of human rights and fundamental freedoms.

- (32) To belong to a national minority is a matter of a person's individual choice and no disadvantage may arise from the exercise of such choice.

Persons belonging to national minorities have the right freely to express, preserve and develop their ethnic, cultural, linguistic or religious identity and to maintain and develop their culture in all its aspects, free of any attempts at assimilation against their will. In particular, they have the right

- (32.1) — to use freely their mother tongue in private as well as in public;
- (32.2) — to establish and maintain their own educational, cultural and religious institutions, organizations or associations, which can seek voluntary financial and other contributions as well as public assistance, in conformity with national legislation;
- (32.3) — to profess and practise their religion, including the acquisition, possession and use of religious materials, and to conduct religious educational activities in their mother tongue;
- (32.4) — to establish and maintain unimpeded contacts among themselves within their country as well as contacts across frontiers with citizens of other States with whom they share a common ethnic or national origin, cultural heritage or religious beliefs;
- (32.5) — to disseminate, have access to and exchange information in their mother tongue;
- (32.6) — to establish and maintain organizations or associations within their country and to participate in international non-governmental organizations.

Persons belonging to national minorities can exercise and enjoy their rights individually as well as in community with other members of their group. No disadvantage may arise for a person belonging to a national minority on account of the exercise or non-exercise of any such rights.

- (33) The participating States will protect the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of national minorities on their territory and create conditions for the promotion of that identity. They will take the necessary measures to that effect after due consultations, including contacts with organizations or associations of such minorities, in accordance with the decision-making procedures of each State.

Any such measures will be in conformity with the principles of equality and non-discrimination with respect to the other citizens of the participating State concerned.

- (34) The participating States will endeavour to ensure that persons belonging to national minorities, notwithstanding the need to learn the official language or languages of the State concerned, have adequate opportunities for instruction of their mother tongue or in their mother tongue, as well as, wherever possible and necessary, for its use before public authorities, in conformity with applicable national legislation.

In the context of the teaching of history and culture in educational establishments, they will also take account of the history and culture of national minorities.

- (35) The participating States will respect the right of persons belonging to national minorities to effective participation in public affairs, including participation in the affairs relating to the protection and promotion of the identity of such minorities.

The participating States note the efforts undertaken to protect and create conditions for the promotion of the ethnic, cultural, linguistic and religious identity of certain national minorities by establishing, as one of the possible means to achieve these aims, appropriate local or autonomous administrations corresponding to the specific historical and territorial circumstances of such minorities and in accordance with the policies of the State concerned.

- (36) The participating States recognize the particular importance of increasing constructive co-operation among themselves on questions relating to national minorities. Such co-operation seeks to promote mutual understanding and confidence, friendly and good-neighbourly relations, international peace, security and justice.

Every participating State will promote a climate of mutual respect, understanding, co-operation and solidarity among all persons living on its territory, without distinction as to ethnic or national origin or religion, and will encourage the solution of problems through dialogue based on the principles of the rule of law.

- (37) None of these commitments may be interpreted as implying any right to engage in any activity or perform any action in contravention of the purposes and principles of the Charter of the United Nations, other obligations under international law or the provisions of the Final Act, including the principle of territorial integrity of States.

- (38) The participating States, in their efforts to protect and promote the rights of persons belonging to national minorities, will fully respect their undertakings under existing human rights conventions and other relevant international instruments and consider adhering to the relevant conventions, if they have not yet done so, including those providing for a right of complaint by individuals.

- (39) The participating States will co-operate closely in the competent international organizations to which they belong, including the United Nations and, as appropriate, the Council of Europe, bearing in mind their on-going work with respect to questions relating to national minorities.
They will consider convening a meeting of experts for a thorough discussion of the issue of national minorities.
- (40) The participating States clearly and unequivocally condemn totalitarianism, racial and ethnic hatred, anti-semitism, xenophobia and discrimination against anyone as well as persecution on religious and ideological grounds. In this context, they also recognize the particular problems of Roma (gypsies).
They declare their firm intention to intensify the efforts to combat these phenomena in all their forms and therefore will
- (40.1) — take effective measures, including the adoption, in conformity with their constitutional systems and their international obligations, of such laws as may be necessary, to provide protection against any acts that constitute incitement to violence against persons or groups based on national, racial, ethnic or religious discrimination, hostility or hatred, including anti-semitism;
- (40.2) — commit themselves to take appropriate and proportionate measures to protect persons or groups who may be subject to threats or acts of discrimination, hostility or violence as a result of their racial, ethnic, cultural, linguistic or religious identity, and to protect their property;
- (40.3) — take effective measures, in conformity with their constitutional systems, at the national, regional and local levels to promote understanding and tolerance, particularly in the fields of education, culture and information;
- (40.4) — endeavour to ensure that the objectives of education include special attention to the problem of racial prejudice and hatred and to the development of respect for different civilizations and cultures;
- (40.5) — recognize the right of the individual to effective remedies and endeavour to recognize, in conformity with national legislation, the right of interested persons and groups to initiate and support complaints against acts of discrimination, including racist and xenophobic acts;
- (40.6) — consider adhering, if they have not yet done so, to the international instruments which address the problem of discrimination and ensure full compliance with the obligations therein, including those relating to the submission of periodic reports;
- (40.7) — consider, also, accepting those international mechanisms which allow States and individuals to bring communications relating to discrimination before international bodies.

V

- (41) The participating States reaffirm their commitment to the human dimension of the CSCE and emphasize its importance as an integral part of a balanced approach to security and co-operation in Europe. They agree that the Conference on the Human Dimension of the CSCE and the human dimension mechanism described in the section on the human dimension of the CSCE of the Vienna Concluding Document have demonstrated their value as methods of furthering their dialogue and co-operation and assisting in the resolution of relevant specific questions. They express their conviction that these should be continued and developed as part of an expanding CSCE process.
- (42) The participating States recognize the need to enhance further the effectiveness of the procedures described in paragraphs 1 to 4 of the section on the human dimension of the CSCE of the Vienna Concluding Document and with this aim decide
- (42.1) — to provide in as short a time as possible, but no later than four weeks, a written response to requests for information and to representations made to them in writing by other participating States under paragraph 1;
- (42.2) — that the bilateral meetings, as contained in paragraph 2, will take place as soon as possible, as a rule within three weeks of the date of the request;
- (42.3) — to refrain, in the course of a bilateral meeting held under paragraph 2, from raising situations and cases not connected with the subject of the meeting, unless both sides have agreed to do so.
- (43) The participating States examined practical proposals for new measures aimed at improving the implementation of the commitments relating to the human dimension of the CSCE. In this regard, they considered proposals related to the sending of observers to examine situations and specific cases, the appointment of rapporteurs to investigate and suggest appropriate solutions, the setting up of a Committee on the Human Dimension of the CSCE, greater involvement of persons, organizations and institutions in the human dimension mechanism and further bilateral and multilateral efforts to promote the resolution of relevant issues.
- They decide to continue to discuss thoroughly in subsequent relevant CSCE fora these and other proposals designed to strengthen the human dimension mechanism, and to consider adopting, in the context of the further development of the CSCE process, appropriate new measures. They agree that these measures should contribute to achieving further effective progress, enhance conflict prevention and confidence in the field of the human dimension of the CSCE.

* * *

- (44) The representatives of the participating States express their profound gratitude to the people and Government of Denmark for the excellent organization of the Copenhagen Meeting and the warm hospitality extended to the delegations which participated in the Meeting.
- (45) In accordance with the provisions relating to the Conference on the Human Dimension of the CSCE contained in the Concluding Document of the Vienna Follow-up Meeting of the CSCE, the third Meeting of the Conference will take place in Moscow from 10 September to 4 October 1991.

Copenhagen, 29 June 1990

CHAIRMAN'S STATEMENT

ON THE ACCESS OF NON-GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS AND THE MEDIA TO MEETINGS OF THE CONFERENCE ON THE HUMAN DIMENSION

The Chairman notes that the practices of openness and access to the Meetings of the Conference on the Human Dimension, as they were applied at the Vienna Meeting and as contained in Annex XI of the Concluding Document of that Meeting, are of importance to all participating States. In order to follow and build upon those practices at forthcoming CSCE meetings of the Conference on the Human Dimension, the participating States agree that the following practices of openness and access should be respected:

- free movement by members of interested non-governmental organizations (NGOs) in the Conference premises, except for the areas restricted to delegations and to the services of the Executive Secretariat. Accordingly, badges will be issued to them, at their request, by the Executive Secretariat;
- unimpeded contacts between members of interested NGOs and delegates, as well as with accredited representatives of the media;
- access to official documents of the Conference in all the working languages and also to any document that delegates might wish to communicate to members of interested NGOs;
- the opportunity for members of interested NGOs to transmit to delegates communications relating to the human dimension of the CSCE. Mailboxes for each delegation will be accessible to them for this purpose;
- free access for delegates to all documents emanating from interested NGOs and addressed to the Executive Secretariat for the information of the Conference. Accordingly, the Executive Secretariat will make available to delegates a regularly updated collection of such documents.

They further undertake to guarantee to representatives of the media

- free movement in the Conference premises, except for the areas restricted to delegations and to the services of the Executive Secretariat. Accordingly, badges will be issued to them by the Executive Secretariat upon presentation of the requisite credentials;
- unimpeded contacts with delegates and with members of interested NGOs;
- access to official documents of the Conference in all the working languages.

The Chairman notes further that this statement will be an Annex to the Document of the Copenhagen Meeting and will be published with it.

DOCUMENTO

DE LA REUNION DE COPENHAGUE DE LA CONFERENCIA SOBRE LA DIMENSION HUMANA DE LA CSCE

De conformidad con las disposiciones relativas a la Dimensión Humana de la CSCE contenidas en el Documento de Clausura de la Reunión de Continuidad de la CSCE de Viena, los representantes de los Estados participantes en la Conferencia sobre la Seguridad y la Cooperación en Europa (CSCE) -República Federal de Alemania, República Democrática Alemana, Austria, Bélgica, Bulgaria, Canadá, Checoslovaquia, Chipre, Dinamarca, España, Estados Unidos de América, Finlandia, Francia, Grecia, Hungría, Irlanda, Islandia, Italia, Liechtenstein, Luxemburgo, Malta, Mónaco, Noruega, Países Bajos, Polonia, Portugal, Reino Unido, Rumania, San Marino, Santa Sede, Suecia, Suiza, Turquía, Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas y Yugoslavia- se reunieron en Copenhague del 5 al 29 de junio de 1990.

Asistió a la Reunión de Copenhague en calidad de observador un representante de Albania.

La primera Reunión de la Conferencia se celebró en París del 30 de mayo al 23 de junio de 1989.

La Reunión de Copenhague fue inaugurada y clausurada por el Ministro de Asuntos Exteriores de Dinamarca.

A la inauguración oficial de la Reunión de Copenhague asistieron Su Majestad la Reina de Dinamarca y su Alteza Real el Príncipe Consorte.

Hicieron declaraciones de apertura los Ministros y Viceministros de los Estados participantes.

En una reunión especial de Ministros de Asuntos Exteriores de los Estados participantes de la CSCE, convocada por invitación del Ministro de Asuntos Exteriores de Dinamarca y celebrada el 5 de junio de 1990, se acordó convocar una Comisión Preparatoria en Viena, el 10 de julio de 1990, para preparar una Conferencia de Máximo Nivel de sus jefes de Estado o de gobierno en París.

Los Estados participantes acogen con gran satisfacción los cambios políticos fundamentales que han tenido lugar en Europa desde la primera Reunión de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE, celebrada en París, en 1989. Señalan que el proceso de la CSCE ha contribuido de manera significativa a producir esos cambios y que, a su vez, esa evolución, ha contribuido grandemente a la aplicación de las disposiciones del Acta Final y demás documentos de la CSCE.

Los Estados participantes reconocen que una democracia pluralista y el Estado de Derecho son esenciales para garantizar el respeto de todos los derechos humanos y libertades fundamentales, el desarrollo de los contactos entre personas y la solución de otras cuestiones conexas de carácter humanitario. Por consiguiente, acogen con satisfacción el compromiso manifestado por todos los Estados participantes de

favorecer los ideales de democracia y de pluralismo político así como su determinación común de edificar sociedades democráticas basadas en elecciones libres y en el Estado de Derecho.

En la Reunión de Copenhague, los Estados participantes efectuaron un examen del cumplimiento de sus compromisos en el campo de la dimensión humana. Consideraron que el grado de aplicación de los compromisos contenidos en las disposiciones pertinentes de los documentos de la CSCE ha mostrado mejoras fundamentales desde la Reunión de París. Sin embargo, expresaron también la opinión de que son necesarias nuevas medidas para lograr la plena realización de sus compromisos en materia de dimensión humana.

Los Estados participantes expresan su convicción de que el pleno respeto de los derechos humanos y de las libertades fundamentales y el desarrollo de sociedades basadas en una democracia pluralista y en el Estado de Derecho son requisitos previos para progresar hacia la instauración del orden de paz, seguridad, justicia y cooperación duraderas que tratan de establecer en Europa. Por consiguiente, reafirman su compromiso de cumplir plenamente todas las disposiciones del Acta Final y demás documentos de la CSCE relativos a la dimensión humana y tratar de avanzar sobre la base de los progresos realizados.

Reconocen que la cooperación entre ellos, así como la activa participación de personas, grupos, organizaciones e instituciones es esencial para garantizar continuos progresos hacia el logro de sus objetivos comunes.

Con el fin de fortalecer el respeto y disfrute de los derechos humanos y las libertades fundamentales, de desarrollar los contactos entre personas y de solucionar las cuestiones conexas de carácter humanitario, los Estados participantes acuerdan lo siguiente:

I

- (1) Los Estados participantes expresan su convicción de que la protección y promoción de los derechos humanos y las libertades fundamentales es uno de los propósitos básicos de gobierno, y reafirman que el reconocimiento de esos derechos y libertades es la base de la libertad, la justicia y la paz.
- (2) Están determinados a apoyar y desarrollar tales principios de justicia que constituyen la base del Estado de Derecho. Consideran que el Estado de Derecho no significa simplemente una legalidad formal que destinada a asegurar la regularidad y la coherencia en la instauración y la aplicación del orden democrático, sino por encima de todo la justicia fundada en el reconocimiento y la plena aceptación del valor supremo de la persona humana garantizado por instituciones que ofrecen un marco para su más completa expresión.
- (3) Reafirman que la democracia es un elemento inherente al Estado de Derecho. Reconocen la importancia que reviste el pluralismo en relación con las organizaciones políticas.
- (4) Confirman que respetarán el derecho de cada uno de ellos a elegir y desarrollar libremente, de conformidad con las normas internacionales de derechos humanos, sus sistemas civiles, políticos, sociales, económicos y culturales. En el ejercicio de ese derecho, garantizarán que sus leyes, reglamentos, prácticas y políticas se ajusten a sus obligaciones según el derecho internacional y se armonicen con las disposiciones de la Declaración de Principios y otros compromisos contraídos en el marco de la CSCE.
- (5) Declaran solemnemente que entre los elementos de justicia que son esenciales para la plena expresión de la dignidad inherente y de los derechos iguales e inalienables de todos los seres humanos figuran los siguientes:
 - (5.1) — elecciones libres que se celebrarán a intervalos razonables por votación secreta o por un proceso equivalente de votación libre, en condiciones que aseguren, en la práctica, la libre expresión de la opinión de los electores en la elección de sus representantes;
 - (5.2) — una forma de gobierno de carácter representativo, en la que el poder ejecutivo sea responsable ante la legislatura elegida o el electorado.
 - (5.3) — el deber del gobierno y de las autoridades públicas de cumplir con la Constitución y de actuar de una manera compatible con la ley;
 - (5.4) — una clara separación entre el Estado y los partidos políticos; en particular, los partidos políticos no se fusionarán con el Estado;
 - (5.5) — las actividades del gobierno y de la administración, así como las de las autoridades judiciales, se ejercerán conforme al régimen establecido por la ley. Se garantizará el respeto de ese sistema;
 - (5.6) — las fuerzas militares y la policía estarán bajo el control de las autoridades civiles, y serán responsables ante ellas;
 - (5.7) — derechos humanos y libertades fundamentales serán garantizadas por la ley y habrán de conformarse a sus obligaciones en virtud del derecho internacional;

- (5.8) — las leyes adoptadas al término de un procedimiento público, y los reglamentos serán objeto de una publicación, que es la condición de su aplicabilidad. Esos textos serán accesibles a todos;
- (5.9) — todas las personas son iguales ante la ley y tienen derecho, sin ninguna discriminación, a una protección igual por parte de la ley. A este respecto, la ley prohibirá cualquier discriminación y garantizará a todas las personas una protección igual y efectiva contra discriminaciones por cualquier motivo;
- (5.10) — toda persona dispondrá de un recurso efectivo de reparación contra las decisiones administrativas, a fin de garantizar el respeto de los derechos fundamentales y asegurar la integridad jurídica;
- (5.11) — las decisiones administrativas contra una persona deberán ser plenamente justificables y se deberá indicar en ellas, como norma, los recursos disponibles habituales;
- (5.12) — deberá asegurarse la independencia de los jueces y el funcionamiento imparcial del servicio judicial público;
- (5.13) — la independencia de los abogados será reconocida y protegida, especialmente en lo que se refiere a las condiciones de contratación y de ejercicio de la profesión;
- (5.14) — las normas relativas al procedimiento penal incluirán una definición clara de las competencias por lo que se refiere a los enjuiciamientos y las medidas que precedan y acompañen dichos enjuiciamientos;
- (5.15) — toda persona arrestada o detenida por una acusación penal tendrá derecho, hasta que se decida la legalidad de su arresto o detención, a ser llevada inmediatamente ante un juez u otro funcionario autorizado por la ley para ejercer esa función;
- (5.16) — en la determinación de cualquier acusación penal contra ella o de sus derechos y obligaciones en un proceso legal, toda persona tendrá derecho a un juicio justo y público por parte de un tribunal competente, independiente e imparcial, establecido por la ley;
- (5.17) — toda persona enjuiciada tendrá derecho a defenderse personalmente o a ser asistida inmediatamente por un defensor de su propia elección o, si careciera de medios suficientes para pagar la asistencia legal, se le suministrará tal asistencia gratuitamente cuando los intereses de la justicia así lo requieran;
- (5.18) — nadie será acusado, juzgado o condenado por un delito penal cualquiera, salvo que tal delito esté establecido por una ley que defina los elementos del delito con claridad y precisión;
- (5.19) — toda persona será considerada inocente hasta que se pruebe su culpabilidad conforme a la ley;
- (5.20) — habida cuenta de la importante contribución de los instrumentos internacionales en el campo de los derechos humanos al Estado de Derecho a nivel nacional, los Estados participantes reafirman que estudiarán la manera de adherirse, si aún no lo hubieran hecho, al Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos, al Pacto Internacional de Derechos Económicos, Sociales y Culturales y a otros instrumentos internacionales pertinentes;

- (5.21) — a fin de complementar los recursos internos y de garantizar mejor el respeto por parte de los Estados participantes de las obligaciones internacionales por ellos asumidas, los Estados participantes estudiarán la manera de adherirse a una convención internacional de carácter regional o universal relativa a la protección de los derechos humanos, tal como el Convenio Europeo sobre Derechos Humanos o el Protocolo Facultativo del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos, que prevén procedimientos de recurso individual ante instancias internacionales.
- (6) Los Estados participantes declaran que la voluntad de los pueblos, libre y claramente manifestada mediante elecciones periódicas y auténticas, es la base de la autoridad y legitimidad de todo gobierno. Por consiguiente, los Estados participantes respetarán el derecho de sus ciudadanos a participar en el gobierno de su país, ya sea directamente o por conducto de representantes libremente elegidos por ellos mediante un proceso electoral justo. Reconocen su responsabilidad para defender y proteger, de conformidad con sus leyes, sus obligaciones y sus compromisos internacionales en materia de derechos humanos, el orden democrático libremente establecido por la voluntad del pueblo contra las actividades de personas, grupos u organizaciones que participen en actos de terrorismo o de violencia encaminados a derrocar ese orden o el de otro Estado participante o se nieguen a renunciar a ellos.
- (7) Para garantizar que la voluntad del pueblo sirva de base para la autoridad del Gobierno, los Estados participantes
- (7.1) — celebrarán elecciones libres a intervalos razonables, en las condiciones que establezca la ley;
- (7.2) — permitirán que todos los escaños de por lo menos de una de las cámaras de la legislatura nacional sean cubiertos libremente por votación popular;
- (7.3) — garantizarán el sufragio universal e igual a todos los ciudadanos adultos;
- (7.4) — garantizarán que las elecciones sean por votación secreta o por algún proceso equivalente de votación libre y que los votos sean contados y registrados limpiamente, dando a conocer al público los resultados oficiales;
- (7.5) — respetarán el derecho de los ciudadanos a aspirar a puestos políticos o cargos públicos electivos, individualmente o como representantes de partidos u organizaciones políticas, sin discriminación;
- (7.6) — respetarán el derecho de las personas y grupos a establecer, en plena libertad, sus propios partidos políticos u otras organizaciones políticas y facilitarán a esos partidos y organizaciones políticas las garantías jurídicas necesarias para permitirles competir sobre una base de igual trato ante la ley y por parte de las autoridades;
- (7.7) — garantizarán que la ley y la política oficial estén orientadas a permitir que la campaña política se lleve a cabo dentro de una atmósfera imparcial y libre en la que no haya acciones administrativas, violencia ni intimidación que impidan a los partidos y a los candidatos exponer libremente sus puntos de vista y valoraciones, o impidan a los electores conocerlas y discutir las o dar su voto sin miedo a represalias;

- (7.8) — procurarán que no haya obstáculo jurídico o administrativo que impida el libre acceso a los grandes medios de información sobre una base no discriminatoria para todos los grupos políticos y personas que deseen participar en el proceso electoral;
- (7.9) — garantizarán que los candidatos que obtengan el necesario número de votos exigido por la ley ocupen debidamente sus puestos y que se les permita permanecer en ellos hasta que expire el plazo de su mandato o se termine éste de un modo dispuesto por la ley, en conformidad con procedimientos democráticos parlamentarios y constitucionales.
- (8) Los Estados participantes consideran que la presencia de observadores, ya sean extranjeros o nacionales, puede realzar el proceso electoral de los Estados en que se celebren elecciones. Por consiguiente, permitirán a observadores de otros Estados participantes de la CSCE, así como a instituciones y organizaciones privadas adecuadas que lo deseen, observar el curso de sus procesos electorales nacionales, en la medida permitida por la ley. Asimismo, contribuirán a facilitar un acceso similar a los procesos electorales de nivel inferior al nacional. Dichos observadores no interferirán en los procesos electorales.

II

- (9) Los Estados participantes reafirman que
- (9.1) — toda persona tiene derecho a la libertad de expresión, incluido el derecho a la información. Este derecho incluirá la libertad de expresar opiniones y de recibir y comunicar informaciones e ideas sin injerencia por parte de las autoridades públicas y sin consideración de fronteras. El ejercicio de este derecho no estará sujeto más que a las limitaciones prescritas por la ley, que sean compatibles con las normas internacionales. En particular, no se impondrá limitación alguna al acceso y a la utilización de los medios materiales de reproducción de documentos de cualquier índole, aunque respetando, sin embargo, los derechos relativos a la propiedad intelectual, incluido el derecho de autor;
- (9.2) — toda persona tendrá el derecho de reunión y de manifestación pacíficas. Cualquier restricción que pueda imponerse al ejercicio de esos derechos será prescrita por la ley y habrá de ajustarse a las normas internacionales;
- (9.3) — se garantizará el derecho de asociación. Se garantizará el derecho a crear un sindicato y -con sujeción al derecho general de los sindicatos de determinar sus propias condiciones de adhesión- de adherirse libremente al mismo. Estos derechos excluirán todo control previo. Se garantizará la libertad de asociación de los trabajadores, inclusive el derecho de huelga, con sujeción a las limitaciones prescritas por la ley y que sea compatible con las normas internacionales;
- (9.4) — toda persona tendrá derecho a la libertad de pensamiento, conciencia y religión. Este derecho comprende la libertad de cambiar su propia religión o creencia, de manifestar su propia religión o creencia, individual o colectivamente, en público o en privado, mediante el culto, la enseñanza, la práctica y la celebración de ritos. El ejercicio de tales derechos sólo estará sujeto a las limitaciones previstas por la ley que sean compatibles con las normas internacionales;
- (9.5) — respetarán el derecho de toda persona a salir libremente de cualquier país, incluso del propio y de regresar a su país, de conformidad con las obligaciones internacionales de un Estado y los compromisos de la CSCE. Las limitaciones a este derecho tendrán carácter muy excepcional y sólo serán consideradas necesarias si responden a una necesidad pública determinada, prosiguen un objetivo legítimo y están en consonancia con dicho objetivo y no se aplicarán de manera arbitraria;
- (9.6) — cada persona tendrá derecho de gozar en paz de su propiedad, individualmente o en asociación con otras. Nadie podrá ser privado de su propiedad salvo por motivos de interés público y con sujeción a condiciones previstas por la ley que sean compatibles con los compromisos y obligaciones internacionales.
- (10) Al reafirmar su compromiso de garantizar efectivamente los derechos de la persona a conocer y actuar de conformidad con sus derechos y libertades fundamentales y a contribuir activamente, individualmente o en asociación con otros, a su promoción y protección, los Estados participantes expresan su compromiso de:

- (10.1) — respetar el derecho de cada persona, individualmente o en asociación con otros, de recabar, recibir y difundir libremente opiniones e información sobre derechos humanos y libertades fundamentales, inclusive los derechos de divulgar y publicar tales opiniones e información;
- (10.2) — respetar el derecho de cada persona, individualmente o en asociación con otros, a estudiar o debatir la observancia de los derechos humanos y de las libertades fundamentales y a elaborar y debatir ideas para el mejoramiento de la protección de los derechos humanos y buscar mejores medios de garantizar el cumplimiento de las normas internacionales relativas a los derechos humanos;
- (10.3) — velar por que cada persona pueda ejercer el derecho de asociación, inclusive el de crear organizaciones no gubernamentales que se esfuerzan por promover y proteger los derechos humanos y las libertades fundamentales, con inclusión de sindicatos y de grupos de vigilancia de los derechos humanos, así como el derecho de adherirse a esas organizaciones y de participar efectivamente en ellas;
- (10.4) — permitir a los miembros de esos grupos y organizaciones el libre acceso a organismos similares, dentro y fuera de sus países, y entrar en comunicación con ellos, así como con organizaciones internacionales, para iniciar intercambios, contactos y cooperación con dichos grupos y organizaciones, y solicitar, recibir y utilizar contribuciones financieras voluntarias de fuentes nacionales e internacionales, con el propósito de promover y proteger los derechos humanos y las libertades fundamentales, tal como dispone la ley.
- (11) Los Estados participantes afirman asimismo que, donde se aleguen violaciones de los derechos humanos y de las libertades fundamentales, los recursos efectivos disponibles incluirán
- (11.1) — el derecho de la persona a recabar y recibir asistencia jurídica adecuada;
- (11.2) — el derecho de la persona a recabar y recibir asistencia de otras personas para defender los derechos humanos y las libertades fundamentales, y para asistir a otros en la defensa de los derechos humanos y de las libertades fundamentales;
- (11.3) — el derecho de las personas o grupos que actúen en su nombre, a entrar en comunicación con organismos internacionales facultados para recibir y examinar la información relativa a alegaciones de violaciones de los derechos humanos.
- (12) Los Estados participantes, deseando asegurar una mayor transparencia en el cumplimiento de los compromisos contraídos en virtud de la sección relativa a la dimensión humana de la CSCE, que figura en el Documento de Clausura de Viena, deciden aceptar como medida para fomentar la confianza la presencia de observadores enviados por los Estados participantes y de representantes de organizaciones no gubernamentales y otras personas interesadas en las actuaciones ante los tribunales, conforme a lo previsto en la legislación nacional y en el derecho internacional; queda entendido que las actuaciones sólo podrán celebrarse *in camera* en las circunstancias prescritas por la ley y que sean compatibles con las obligaciones contraídas en virtud del derecho internacional y de los compromisos internacionales.

- (13) Los Estados participantes deciden prestar particular atención al reconocimiento de los derechos del niño, sus derechos civiles y sus libertades individuales, sus derechos económicos, sociales y culturales y su derecho a una protección especial contra todas las formas de violencia y explotación. Los Estados participantes examinarán la posibilidad de adherirse a la Convención sobre los Derechos del Niño, caso de que no lo hayan hecho todavía, que quedó abierta a la firma de los Estados el 26 de enero de 1990. Reconocerán, en sus legislaciones nacionales, los derechos del niño tal como se enuncian en los acuerdos internacionales de los que son parte.
- (14) Los Estados participantes convienen en fomentar, dentro de sus países, la creación de condiciones para capacitar estudiantes y cursillistas de otros Estados participantes, incluidas personas que siguen cursos profesionales y técnicos. Asimismo, convienen en promover los viajes de los jóvenes de sus países con miras a seguir cursos de enseñanza en otros Estados participantes y, a tal fin, alientan la conclusión, si procede, de acuerdos bilaterales y multilaterales entre sus instituciones gubernamentales, organizaciones y establecimientos educativos pertinentes.
- (15) Los Estados participantes facilitarán el traslado de personas condenadas, y alentarán a los Estados participantes, que aún no sean partes de la Convención sobre el traslado de personas condenadas, firmada en Estrasburgo el 21 de noviembre de 1983, a que estudien la posibilidad de adherirse a dicha convención.
- (16) Los Estados participantes
- (16.1) — reafirman su compromiso de prohibir el uso de la tortura y otros tratos o penas crueles, inhumanos o degradantes y de tomar efectivas medidas legislativas, administrativas, judiciales y de otra índole para prevenir y castigar tales prácticas, para proteger a las personas contra toda práctica psiquiátrica y otras prácticas médicas que violen los derechos humanos y las libertades fundamentales y tomar medidas efectivas para impedir y castigar dichas prácticas;
- (16.2) — intentarán examinar, como asunto urgente, la posibilidad de adherirse a la Convención contra la Tortura y otros Tratos o Penas Cruelles, Inhumanos o Degradantes, si aún no lo han hecho, y de reconocer la competencia del Comité contra la Tortura en virtud de los artículos 21 y 22 de la Convención, y de retirar las reservas relativas a la competencia del Comité en virtud del artículo 20;
- (16.3) — subrayan que no podrá invocarse como justificación para la tortura circunstancia excepcional alguna, estado de guerra o amenaza de guerra, inestabilidad política interna o cualquier otra emergencia pública;
- (16.4) — velarán por que la educación y la información relativas a la prohibición del uso de la tortura se incluyan plenamente en la capacitación del personal encargado de la aplicación de las leyes, personal civil o militar, personal médico, funcionarios públicos y otras personas que pudieran participar en la custodia, interrogatorio o trato de toda persona sujeta a cualquier forma de arresto, detención o prisión;
- (16.5) — examinarán sistemáticamente las normas, instrucciones, métodos y prácticas relativas a los interrogatorios, así como las disposiciones relativas a la custodia y trato dado a las personas sometidas a cualquier forma de arresto, detención o prisión en cualquier territorio de su jurisdicción, con miras a impedir todo caso de tortura;

- (16.6) — examinarán con carácter prioritario, de conformidad con las disposiciones y procedimientos convenidos para el cumplimiento efectivo de los compromisos relativos a la dimensión humana de la CSCE, cualquier caso de tortura y otras prácticas o castigos crueles, inhumanos o degradantes que se les señale por vías oficiales o cualquier otra fuente de información fidedigna, y adoptarán las medidas pertinentes;
- (16.7) — actuarán en el entendimiento de que la protección y la garantía de la vida y de la seguridad de cualquier persona o personas sometidas a cualquier forma de tortura y otras prácticas o castigos crueles, inhumanos o degradantes ha de ser el único criterio para determinar la urgencia y las prioridades cuando se trate de tomar medidas de reparación apropiadas y, en consecuencia, el examen de cualquier caso de tortura y de otras prácticas o castigos crueles, inhumanos o degradantes dentro del marco de cualquier otro órgano o mecanismo internacional, no podrá ser invocado como razón para dejar de examinar y de adoptar las medidas apropiadas, de conformidad con las disposiciones y procedimientos convenidos para el cumplimiento efectivo de los compromisos relativos a la dimensión humana de la CSCE.
- (17) Los Estados participantes
- (17.1) — recuerdan su compromiso, enunciado en el Documento de Clausura de Viena, de que la cuestión de la pena de muerte siga siendo objeto de consideración, y de cooperar con las organizaciones internacionales pertinentes.
- (17.2) — recuerdan, en este contexto, la adopción por la Asamblea General de las Naciones Unidas, el 15 de diciembre de 1989, del Segundo Protocolo Facultativo del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos encaminado a abolir la pena de muerte;
- (17.3) — toman nota de las restricciones y salvaguardias relativas a la aplicación de la pena de muerte adoptadas por la comunidad internacional, en particular, el artículo 6 del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos;
- (17.4) — toman nota de las disposiciones del Sexto Protocolo del Convenio Europeo para la Protección de los Derechos Humanos y de las Libertades Fundamentales relativo a la abolición de la pena de muerte;
- (17.5) — toman nota de las recientes medidas adoptadas por varios Estados participantes con miras a abolir la pena capital;
- (17.6) — toman nota de las actividades de varias organizaciones no gubernamentales sobre la cuestión de la pena de muerte;
- (17.7) — efectuarán intercambios de información, en el marco de la Conferencia sobre la Dimensión Humana, acerca de la cuestión de la abolición de la pena de muerte y mantendrán dicha cuestión en consideración;
- (17.8) — facilitarán al público información relativa a la aplicación de la pena de muerte.
- (18) Los Estados participantes

- (18.1) — toman nota de que la Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas ha reconocido el derecho de toda persona a formular objeciones de conciencia al servicio militar;
- (18.2) — toman nota de las recientes medidas adoptadas por varios Estados participantes para permitir la exención del servicio militar obligatorio sobre la base de objeciones de conciencia;
- (18.3) — toman nota de las actividades de varias organizaciones no gubernamentales sobre la cuestión de la objeción de conciencia al servicio militar obligatorio;
- (18.4) — convienen en considerar la posibilidad de introducir, donde no se ha hecho todavía, otras formas de servicio, compatibles con las razones de la objeción de conciencia; en principio, dichas formas de servicio serían de carácter no bélico o civil, en interés público y de índole no punitiva;
- (18.5) — facilitarán al público información sobre esta cuestión;
- (18.6) — mantendrán en examen, dentro del marco de la Conferencia sobre la Dimensión Humana, cuestiones pertinentes relacionadas con la exención del servicio militar obligatorio, donde exista, sobre la base de objeciones de conciencia al servicio de las armas, e intercambiarán información sobre tales cuestiones.
- (19) Los Estados participantes afirman que la mayor libertad de movimiento y los contactos entre sus ciudadanos son importantes en el contexto de la protección y la promoción de los derechos humanos y de las libertades fundamentales. Velarán por que sus políticas relativas a la entrada en sus territorios sean plenamente compatibles con los objetivos enunciados en las disposiciones pertinentes del Acta Final, del Documento de Clausura de Madrid y del Documento de Clausura de Viena. Reafirman su determinación de no apartarse de los compromisos enunciados en los documentos de la CSCE, y se comprometen a cumplir plenamente y a mejorar los presentes compromisos en la esfera de los contactos humanos, inclusive sobre una base bilateral y multilateral. En este contexto
- (19.1) — tratarán de aplicar, de buena fe y sin demoras injustificadas, los procedimientos relativos a la entrada en sus territorios, inclusive la concesión de visados, control de pasaportes y de aduanas. Cuando proceda, reducirán el tiempo de espera de las decisiones relativas a la concesión de visados, y también simplificarán las prácticas y reducirán los requisitos administrativos relativos a las solicitudes de visado;
- (19.2) — al tramitar las solicitudes de visados, velarán por que éstas sean tramitadas lo antes posible con objeto, entre otras cosas, de tomar debidamente en cuenta consideraciones importantes familiares, personales o profesionales, especialmente en los casos urgentes de carácter humanitario;
- (19.3) — tratarán de reducir, cuando proceda, los derechos relativos a las solicitudes de visado al nivel más bajo posible.
- (20) Los Estados participantes interesados celebrarán consultas y, cuando proceda, cooperarán al tratar de problemas que pudieran surgir como consecuencia del incremento del movimiento de personas.

- (21) Los Estados participantes recomiendan que, en la próxima reunión de continuidad de la CSCE de Helsinki, se examine la cuestión de la conveniencia de celebrar una reunión de expertos en temas consulares.
- (22) Los Estados participantes reafirman que la protección y la promoción de los derechos de los trabajadores migrantes tienen dimensión humana. En este contexto
- (22.1) — convienen en que la protección y promoción de los derechos de los trabajadores migrantes constituyen una preocupación de todos los Estados participantes y que como tal deben examinarse dentro del proceso de la CSCE;
- (22.2) — reafirman su compromiso de incorporar plenamente en su legislación nacional los derechos de los trabajadores migrantes previstos en los acuerdos internacionales de los que son parte;
- (22.3) — consideran que, en futuros instrumentos internacionales relativos a los derechos de los trabajadores migrantes, deberían tomarse en cuenta el hecho de que esta cuestión reviste importancia para todos ellos;
- (22.4) — expresan su disposición de examinar, en futuras reuniones de la CSCE, los aspectos pertinentes de la ulterior promoción de los derechos de los trabajadores migrantes y de sus familias.
- (23) Los Estados participantes reafirman su convicción, expresada en el Documento de Clausura de Viena, de que la promoción de los derechos económicos, sociales y culturales es, así como la de los derechos civiles y políticos, de suprema importancia para la dignidad humana y para la consecución de las legítimas aspiraciones de toda persona. También reafirman su compromiso, que figura en el Documento de la Conferencia de Bonn sobre Cooperación Económica en Europa, respecto de la promoción de la justicia social y la mejora de las condiciones de vida y de trabajo. En el contexto de los constantes esfuerzos que despliegan con miras a lograr progresivamente, por todos los medios apropiados, la plena realización de los derechos económicos, sociales y culturales, prestarán especial atención a los problemas en las esferas del empleo, la vivienda, la seguridad social, la salud, la educación y la cultura.
- (24) Los Estados participantes velarán por que el ejercicio de todos los derechos humanos y las libertades fundamentales, tal como se describe anteriormente, no esté sujeto a ninguna restricción, salvo a las previstas por la ley y sean compatibles con sus obligaciones en virtud del derecho internacional, en particular, del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos, y con sus compromisos internacionales, en particular, con la Declaración Universal de Derechos Humanos. Estas restricciones revisten carácter de excepciones. Los Estados participantes velarán por que esas restricciones no se presten a abusos y que no se apliquen arbitrariamente, sino de manera que se garantice el ejercicio efectivo de esos derechos.
- En una sociedad democrática, toda restricción de los derechos y de las libertades debe corresponder a uno de los objetivos de la ley aplicable y guardar estricta proporción con la finalidad perseguida por la misma.

- (25) Los Estados participantes confirman que toda derogación de las obligaciones relativas a los derechos humanos y a las libertades fundamentales durante un estado de emergencia pública debe quedar estrictamente dentro de los límites estipulados por el derecho internacional, en particular, por los instrumentos internacionales pertinentes por los que están vinculados, especialmente cuando se trata de derechos con respecto a los cuales no puede haber derogación. También reafirman que
- (25.1) — las medidas de derogación de tales obligaciones deben adoptarse en estricta conformidad con los requisitos de procedimiento estipulados en esos instrumentos;
 - (25.2) — la imposición de un estado de emergencia pública debe ser proclamado oficial, públicamente y de conformidad con las disposiciones estipuladas por la ley;
 - (25.3) — las medidas de derogación de las obligaciones se limitarán al alcance estrictamente requerido por las exigencias de la situación;
 - (25.4) — tales medidas no serán discriminatorias solamente por motivos de raza, color, sexo, idioma, religión, origen social o pertenencia a una minoría.

III

(26) Los Estados participantes reconocen que una sólida democracia depende de la existencia, como parte integrante de la vida nacional, de valores y prácticas democráticas, así como de una amplia gama de instituciones democráticas. En consecuencia, fomentarán, facilitarán y, cuando sea necesario, apoyarán actividades de cooperación prácticas y compartirán información, ideas y conocimientos prácticos, por medio de contactos directos y de cooperación entre personas, grupos y organizaciones en esferas que abarquen lo siguiente:

- derecho constitucional, su reforma y desarrollo,
- legislación, administración y observación electoral,
- creación y funcionamiento de tribunales y sistemas jurídicos,
- desarrollo de una administración pública imparcial y efectiva en la que la contratación y la promoción del personal se basen en un sistema de méritos,
- aplicación de la ley,
- gobierno local y descentralización,
- acceso a la información y protección de la vida privada,
- desarrollo de partidos políticos y su papel en sociedades pluralistas,
- sindicatos libres e independientes,
- movimientos cooperativos,
- desarrollo de otras formas de asociaciones libres y de grupos de interés público,
- periodismo, grandes medios de comunicación independientes, y vida intelectual y cultural,
- enseñanza en instituciones docentes de los valores, instituciones y prácticas democráticas, y fomento de un clima de libre investigación.

Tales actividades podrán abarcar la gama de cooperación comprendida en la dimensión humana de la CSCE, incluyendo la capacitación, el intercambio de información, libros y materiales de instrucción, programas y proyectos cooperativos, intercambios académicos y profesionales y conferencias, becas, subsidios para investigaciones, aportación de conocimientos técnicos y asesoramiento, contactos y programas de negocios y científicos.

(27) Los Estados participantes facilitarán también la creación y el fortalecimiento de instituciones nacionales independientes en la esfera de los derechos humanos y del imperio de la ley, que podrían servir asimismo como centros de enlace para la coordinación y la colaboración entre tales instituciones de los Estados participantes. Los Estados participantes proponen que se fomente la cooperación entre sus parlamentarios, inclusive mediante las asociaciones interparlamentarias existentes, y, entre otras formas, mediante comisiones mixtas, debates televisivos con participación de parlamentarios, reuniones y debates de mesa redonda. Alentarán también a las instituciones existentes, tales como las organizaciones pertenecientes al sistema de las Naciones Unidas y el Consejo de Europa, a que continúen y amplíen la labor que han empezado en esa esfera.

(28) Los Estados participantes reconocen la importante experiencia que el Consejo de Europa tiene en la esfera de los derechos humanos y las libertades fundamentales y convienen en estudiar nuevos medios para permitir que el Consejo de Europa aporte una contribución a la dimensión humana de la CSCE. Convienen en que la naturaleza de esa contribución podría examinarse ulteriormente en un futuro foro de la CSCE.

- (29) Los Estados participantes examinarán la posibilidad de convocar una reunión o un seminario de expertos para examinar y debatir medidas de cooperación destinadas a promover y a apoyar instituciones democráticas viables en los Estados participantes, inclusive la realización de estudios comparados de la legislación de los Estados participantes en materia de derechos humanos y de libertades fundamentales, entre otras cosas, utilizando la experiencia que el Consejo de Europa ha adquirido en este campo y de las actividades de la Comisión "La democracia por el derecho".

IV

- (30) Los Estados participantes reconocen que las cuestiones relativas a las minorías nacionales sólo pueden resolverse satisfactoriamente en un marco político democrático basado en el estado de derecho, con un funcionamiento independiente de la justicia. Este marco garantiza el pleno respeto de los derechos humanos y las libertades fundamentales, derechos y condición jurídica iguales para todos los ciudadanos, la libre expresión por parte de todos de sus intereses y aspiraciones legítimas, la aplicación de normas legales que fijen limitaciones efectivas contra abusos del poder gubernamental, pluralismo político y tolerancia social.
- Reconocen asimismo el importante papel de las organizaciones no gubernamentales, incluidos partidos políticos, sindicatos, organizaciones de derechos humanos, y grupos religiosos, en la promoción de la tolerancia, la diversidad cultural, y la solución de cuestiones relativas a minorías nacionales.
- Reafirman además que, el respeto de los derechos de las personas pertenecientes a minorías nacionales como parte de los derechos humanos universalmente reconocidos, es un factor esencial para la paz, la justicia, la estabilidad y la democracia en los Estados participantes.
- (31) Las personas pertenecientes a minorías nacionales tienen el derecho a ejercer plena y efectivamente sus derechos humanos y libertades fundamentales sin ninguna discriminación y en plena igualdad ante la ley.
- Los Estados participantes adoptarán, si procede, medidas especiales con el propósito de asegurar a las personas que pertenecen a minorías nacionales, plena igualdad con los demás ciudadanos en el ejercicio y el disfrute de los derechos humanos y las libertades fundamentales.
- (32) El pertenecer a una minoría nacional constituye un asunto de opción individual de toda persona y no puede acarrear ninguna desventaja el ejercicio de dicha opción.
- Las personas pertenecientes a minorías nacionales tienen el derecho de expresar, preservar y desarrollar libremente su identidad étnica, cultural, lingüística o religiosa y de mantener y desarrollar su cultura en todos sus aspectos, libres de cualquier tentativa de asimilación contra su voluntad. En particular, tienen el derecho de
- (32.1) — utilizar libremente su lengua materna tanto en privado como en público;
 - (32.2) — establecer y mantener sus propias instituciones, organizaciones o asociaciones educativas, culturales y religiosas que puedan solicitar contribuciones financieras voluntarias y de otro tipo, así como asistencia pública, de conformidad con la legislación nacional;
 - (32.3) — profesar y practicar su religión, incluida la adquisición, posesión y utilización de materiales religiosos, y de llevar a cabo actividades educativas religiosas en su lengua materna;
 - (32.4) — establecer y mantener contactos sin obstáculos entre ellos mismos dentro de su país así como contactos a través de fronteras con ciudadanos de otros Estados con quienes comparten un origen nacional o un patrimonio cultural o creencias religiosas comunes;
 - (32.5) — difundir, tener acceso a ella e intercambiar información en su lengua materna;

- (32.6) — establecer y mantener organizaciones o asociaciones dentro de su país y participar en organizaciones internacionales no gubernamentales.

Las personas pertenecientes a minorías nacionales pueden ejercer y disfrutar sus derechos individualmente así como en comunidad con otros miembros de su grupo. No puede surgir ninguna desventaja para una persona perteneciente a una minoría nacional a causa del ejercicio o no ejercicio de alguno de tales derechos.

- (33) Los Estados participantes protegerán la identidad étnica, cultural, lingüística y religiosa de las minorías nacionales en su territorio y crearán condiciones para la promoción de tal identidad. Tomarán las medidas necesarias a esos efectos tras debidas consultas, con inclusión de contactos con organizaciones o asociaciones de tales minorías, de conformidad con el procedimiento de adopción de decisiones de cada Estado.

Todas esas medidas serán compatibles con los principios de igualdad y no discriminación con respecto a los demás ciudadanos del Estado participante de que se trate.

- (34) Los Estados participantes harán lo posible para garantizar que las personas pertenecientes a minorías nacionales, a pesar de la necesidad de aprender el idioma o idiomas oficiales del Estado de que se trate, tengan oportunidades adecuadas de recibir instrucción en su lengua materna, así como de poder aprenderla y, siempre que sea posible y necesario, utilizarla ante las autoridades públicas, de conformidad con la legislación nacional.

En el contexto de la enseñanza de la historia y la cultura en los establecimientos educativos también tendrán en cuenta la historia y la cultura de las minorías nacionales.

- (35) Los Estados participantes respetarán el derecho de las personas pertenecientes a minorías nacionales a la participación efectiva en los asuntos públicos, incluida la participación en los asuntos relativos a la protección y promoción de la identidad de tales minorías.

Los Estados participantes toman nota de los esfuerzos emprendidos para proteger y crear condiciones para la promoción de la identidad étnica, cultural, lingüística y religiosa de algunas minorías nacionales, mediante el establecimiento, como uno de los medios posibles de lograr dichos objetivos, de administraciones apropiadas locales o autónomas, que correspondan a las circunstancias específicas, históricas y territoriales de dichas minorías y sean conformes a las políticas del Estado de que se trate.

- (36) Los Estados participantes reconocen la particular importancia de incrementar la constructiva cooperación entre ellos mismos sobre las cuestiones relativas a las minorías nacionales. Tal cooperación, trata de promover el entendimiento y la confianza mutuas, las relaciones amistosas y de buena vecindad, la paz, la seguridad y la justicia internacionales.

Todo Estado participante promoverá un clima de respeto, comprensión, cooperación y solidaridad mutuos entre todas las personas que viven en su territorio, sin distinción por origen étnico o nacional o por religión, y fomentará la solución de los problemas a través del diálogo basado en los principios del Estado de Derecho.

- (37) Ninguna de estas disposiciones podrá interpretarse como que implique ningún derecho a emprender actividades o llevar a cabo cualquier acción en contravención de los propósitos y principios de la Carta de las Naciones Unidas, otras obligaciones dimanantes del derecho internacional y las disposiciones del Acta Final, incluido el principio de la integridad territorial de los Estados.

- (38) Los Estados participantes, en sus esfuerzos para proteger y promover los derechos de personas pertenecientes a minorías nacionales respetarán plenamente sus compromisos en virtud de las convenciones de derechos humanos existentes y de otros instrumentos internacionales pertinentes, y estudiarán su adhesión a las convenciones pertinentes, si todavía no lo han hecho, incluidas las que prevén el derecho de los individuos a formular denuncias.
- (39) Los Estados participantes cooperarán estrechamente con las organizaciones internacionales competentes a que pertenezcan, inclusive con las Naciones Unidas y, si procede, con el Consejo de Europa, teniendo presente sus trabajos en curso con respecto a cuestiones relativas a minorías nacionales.
Examinarán la posibilidad de convocar una reunión de expertos para efectuar una discusión a fondo de la cuestión de las minorías nacionales.
- (40) Los Estados participantes condenan clara e inequívocamente el totalitarismo, el odio racial y étnico, el antisemitismo, xenofobia y discriminación contra cualquier persona, así como la persecución por motivos religiosos e ideológicos. En este contexto, también reconocen los problemas particulares de los romanís (gitanos).
Declaran su firme intención de intensificar los esfuerzos para combatir estos fenómenos en todas sus formas y por consiguiente
- (40.1) — tomarán medidas efectivas, incluida la adopción, de conformidad con sus sistemas constitucionales y sus obligaciones internacionales de las leyes que sean necesarias para prestar protección contra actos que constituyan incitación a la violencia contra personas o grupos basados en la discriminación nacional, racial, étnica o religiosa, en la hostilidad y el odio, incluido el antisemitismo;
- (40.2) — se comprometerán a adoptar medidas apropiadas y proporcionadas para proteger a las personas o grupos que puedan ser objeto de amenazas o de actos de discriminación, hostilidad o violencia como consecuencia de su identidad racial, étnica, cultural, lingüística y religiosa, y para proteger sus propiedades;
- (40.3) — adoptarán medidas efectivas, de conformidad con sus sistemas constitucionales, a niveles nacional, regional o local para promover la comprensión y la tolerancia, particularmente en las esferas de la educación, la cultura y la información;
- (40.4) — se esforzarán de asegurar que en los objetivos de la educación se preste especial atención al problema de los prejuicios y odios raciales y al desarrollo del respeto de las diferentes civilizaciones y culturas.
- (40.5) — reconocen el derecho del individuo a reparaciones efectivas y se ocuparán de reconocer, de conformidad con la legislación nacional, el derecho de personas y grupos interesados de iniciar y apoyar denuncias contra actos de discriminación, incluidos los actos racistas y de xenofobia.

- (40.6) — considerarán su adhesión, si todavía no la han efectuado, a los instrumentos internacionales que se ocupan del problema de la discriminación y asegurarán el pleno cumplimiento de las obligaciones en ellos contenidas, incluidas las relativas a la presentación de informes periódicos;
- (40.7) — considerarán, asimismo, la aceptación de los mecanismos internacionales que permitan a los Estados y a los individuos presentar comunicaciones relativas a discriminación ante organismos internacionales.

V

- (41) Los Estados participantes reafirman su compromiso con la dimensión humana de la CSCE y destacan su importancia como parte integrante de un enfoque equilibrado para la seguridad y la cooperación en Europa. Acuerdan que la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE y el mecanismo de la dimensión humana, descrito en la sección sobre la dimensión humana de la CSCE del Documento de Clausura de Viena, han demostrado su validez como métodos para proseguir su diálogo y cooperación, así como para contribuir a la solución de cuestiones específicas pertinentes. Expresan su convicción de que deberían continuarse y desarrollarse como parte de una ampliación del proceso de la CSCE.
- (42) Los Estados participantes reconocen la necesidad de reforzar aún más la eficacia de los procedimientos descritos en los párrafos 1 a 4 de la sección sobre la dimensión humana de la CSCE del Documento de Clausura de Viena, y con esta finalidad deciden
- (42.1) — proporcionar lo antes posible, pero como máximo en un lapso de cuatro semanas, una respuesta escrita a las solicitudes de información y a las representaciones que les hagan por escrito otros Estados participantes en virtud del párrafo 1;
- (42.2) — que las reuniones bilaterales, como figuran en el párrafo 2, tendrán lugar lo antes posible, como norma dentro de un período de tres semanas a contar desde la fecha de la solicitud;
- (42.3) — abstenerse en el curso de una reunión bilateral, celebrada en virtud del párrafo 2, de plantear situaciones y casos que no tengan relación con el tema de la reunión, salvo que ambas partes hayan acordado hacerlo.
- (43) Los Estados participantes examinaron propuestas prácticas de nuevas medidas destinadas a mejorar la aplicación de los compromisos relativos a la Dimensión Humana de la CSCE. A este respecto estudiaron propuestas relativas al envío de observadores para examinar situaciones y casos concretos, la designación de relatores para investigar y sugerir soluciones apropiadas, la creación de un comité sobre la dimensión humana de la CSCE, una mayor participación de personas, organizaciones e instituciones en el mecanismo de la dimensión humana así como ulteriores esfuerzos bilaterales y multilaterales para promover la solución de cuestiones pertinentes. Deciden continuar el examen detallado de éstas y otras propuestas encaminadas a fortalecer el mecanismo de la dimensión humana, en subsiguientes foros pertinentes de la CSCE, y considerar la posibilidad de adoptar, en el contexto del desarrollo ulterior del proceso de la CSCE, nuevas medidas apropiadas. Conviene en que tales medidas deberían contribuir al logro de un progreso más efectivo, mejorar la prevención de conflictos y la confianza en la esfera de la dimensión humana de la CSCE.

* * *

- (44) Los representantes de los Estados participantes expresan su profunda gratitud al pueblo y al Gobierno de Dinamarca por la excelente organización de la Reunión de Copenhague y la calurosa hospitalidad brindada a las delegaciones que en ella participaron.
- (45) De conformidad con las disposiciones relativas a la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE, que figuran en el Documento de Clausura de la Reunión de Continuidad de la CSCE de Viena, la tercera Reunión de la Conferencia se celebrará en Moscú del 10 de septiembre al 4 de octubre de 1991.

Copenhague, 29 de junio de 1990.

DECLARACION DEL PRESIDENTE

ACCESO DE LAS ORGANIZACIONES NO GUBERNAMENTALES Y DE LOS MEDIOS DE COMUNICACION DE MASAS A LAS REUNIONES DE LA CONFERENCIA SOBRE LA DIMENSION HUMANA

El Presidente observa que las prácticas de transparencia y de acceso a las reuniones de la Conferencia sobre la Dimensión Humana, que se aplicaron en la Reunión de Viena y que figuran en el Anejo XI al Documento de Clausura de esa Reunión, revisten importancia para todos los Estados participantes. A fin de seguir y desarrollar esas prácticas en las próximas reuniones de la Conferencia sobre la Dimensión Humana de la CSCE, los Estados participantes convienen en que deberían respetarse las siguientes prácticas de transparencia y acceso:

- libre circulación de los miembros de las organizaciones no gubernamentales interesadas en los locales de la Conferencia, salvo en las zonas reservadas a las delegaciones y a los servicios de la Secretaría Ejecutiva. A este efecto, la Secretaría Ejecutiva expedirá tarjetas de acreditación, previa solicitud de los interesados;
- contactos sin trabas entre los miembros de las organizaciones no gubernamentales interesadas y los delegados, así como con los representantes acreditados de los medios de comunicación de masas;
- acceso a los documentos oficiales de la Conferencia en todos los idiomas de trabajo, así como a todo documento que los delegados deseen comunicar a los miembros de las organizaciones no gubernamentales interesadas;
- posibilidad de que los miembros de las organizaciones no gubernamentales interesadas transmitan a los delegados comunicaciones relativas a la dimensión humana de la CSCE. Para este fin, cada delegación dispondrá de un casillero al que tendrán acceso los miembros de las organizaciones no gubernamentales;
- libre acceso de los delegados a todos los documentos procedentes de las organizaciones no gubernamentales interesadas y dirigidos a la Secretaría Ejecutiva para información de la Conferencia. A este efecto, la Secretaría Ejecutiva pondrá a disposición de los delegados una colección regularmente actualizada de tales documentos.

Los Estados participantes se comprometen, por otra parte, a garantizar a los representantes de los medios de comunicación de masas:

- libre circulación en los locales de la Conferencia, salvo en las zonas reservadas a las delegaciones y a los servicios de la Secretaría Ejecutiva. A este efecto, la Secretaría Ejecutiva expedirá a los interesados tarjetas de acreditación, previa presentación de los justificantes requeridos;

- contactos sin trabas con los delegados y con los miembros de las organizaciones no gubernamentales interesadas;
- acceso a los documentos oficiales de la Conferencia en todos los idiomas de trabajo.

El Presidente observa además que la presente declaración constituirá un anejo al Documento de la Reunión de Copenhague y se publicará junto a éste.

DOCUMENT

DE LA REUNION DE COPENHAGUE DE LA CONFERENCE SUR LA DIMENSION HUMAINE DE LA CSCE

Les représentants des Etats ayant participé à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) - République fédérale d'Allemagne, République démocratique allemande, Etats-Unis d'Amérique, Autriche, Belgique, Bulgarie, Canada, Chypre, Danemark, Espagne, Finlande, France, Grèce, Hongrie, Irlande, Islande, Italie, Liechtenstein, Luxembourg, Malte, Monaco, Norvège, Pays-Bas, Pologne, Portugal, Roumanie, Royaume-Uni, Saint-Marin, Saint-Siège, Suède, Suisse, Tchécoslovaquie, Turquie, Union des Républiques socialistes soviétiques et Yougoslavie - se sont réunis à Copenhague du 5 au 29 juin 1990 en vertu des dispositions relatives à la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE contenues dans le Document de clôture de la Réunion de Vienne tenue dans le cadre des Suites de la CSCE.

Le représentant de l'Albanie a assisté à la Réunion de Copenhague en tant qu'observateur.

La première Réunion de la Conférence a eu lieu à Paris du 30 mai au 23 juin 1989.

La Réunion de Copenhague a été ouverte et close par le Ministre des affaires étrangères du Danemark.

L'ouverture officielle de la Réunion de Copenhague a eu lieu en présence de Sa Majesté la Reine du Danemark et de Son Altesse Royale le Prince consort.

Des déclarations d'ouverture ont été prononcées par des ministres et des vice-ministres des Etats participants.

A une réunion spéciale des ministres des affaires étrangères des Etats participant à la CSCE, tenue le 5 juin 1990 sur l'invitation du Ministre des affaires étrangères du Danemark, il a été convenu de réunir une commission préparatoire à Vienne le 10 juillet 1990 pour préparer une réunion au sommet de leurs chefs d'Etat ou de gouvernement à Paris.

Les Etats participants expriment leur grande satisfaction devant les changements politiques fondamentaux intervenus en Europe depuis la première Réunion de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE tenue à Paris en 1989. Ils constatent que le processus de la CSCE a contribué dans une large mesure à ces changements et que, à son tour, cette évolution a fait progresser de manière significative l'application des dispositions de l'Acte final et des autres documents de la CSCE.

Ils reconnaissent que la démocratie pluraliste et l'Etat de droit sont essentiels pour garantir le respect de tous les droits de l'homme et de toutes les libertés fondamentales, le développement des contacts entre les personnes et la recherche de solutions à d'autres questions d'ordre humanitaire connexes. Par conséquent, ils se félicitent de l'engagement pris par tous les Etats participants de parvenir aux idéaux de la démocratie et du pluralisme politique, ainsi que de leur détermination commune d'instaurer des sociétés démocratiques reposant sur des élections libres et sur l'Etat de droit.

A la Réunion de Copenhague, les Etats participants ont procédé à un examen de la mise en oeuvre de leurs engagements dans le domaine de la dimension humaine. Ils ont estimé que le respect des engagements contenus dans les dispositions pertinentes des documents de la CSCE avait progressé de manière fondamentale depuis la Réunion de Paris. Ils ont cependant également exprimé l'opinion que des progrès supplémentaires étaient nécessaires pour la pleine réalisation de leurs engagements dans le domaine de la dimension humaine.

Les Etats participants expriment leur conviction que le respect total des droits de l'homme et des libertés fondamentales, le développement de sociétés se fondant sur une démocratie pluraliste et l'Etat de droit sont des conditions préalables nécessaires pour faire progresser la mise en place d'un ordre durable de paix, de sécurité, de justice et de coopération qu'ils cherchent à établir en Europe. Ils réaffirment en conséquence leur engagement de mettre pleinement en oeuvre toutes les dispositions de l'Acte final et des autres documents de la CSCE concernant la dimension humaine, et ils feront en sorte de pousser plus avant les progrès réalisés.

Ils reconnaissent que la coopération entre eux, ainsi que la participation active de personnes, groupes ou groupements, organisations et institutions seront essentielles pour assurer la poursuite des progrès permettant la réalisation de leurs objectifs communs.

Pour renforcer le respect et la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales, pour développer les contacts entre les personnes et trouver des solutions aux questions d'ordre humanitaire connexes, les Etats participants conviennent de ce qui suit :

I

- (1) Les Etats participants expriment leur conviction que la protection et la promotion des droits de l'homme et des libertés fondamentales sont une des tâches essentielles de l'Etat et réaffirment que la reconnaissance de ces droits et libertés est le fondement de la liberté, de la justice et de la paix.
- (2) Ils sont déterminés à soutenir et à promouvoir les principes de justice qui constituent les fondements de l'Etat de droit. Ils considèrent que l'Etat de droit ne signifie pas simplement une légalité formelle assurant régularité et cohérence dans l'instauration et la mise en oeuvre de l'ordre démocratique mais bien la justice fondée sur la reconnaissance et la pleine acceptation de la valeur suprême de la personne humaine et garantie par des institutions offrant un cadre pour son expression la plus complète.
- (3) Ils réaffirment que la démocratie est un élément inhérent à l'Etat de droit. Ils reconnaissent l'importance du pluralisme des organisations politiques.
- (4) Ils confirment qu'ils respecteront le droit de chacun d'entre eux de choisir et de développer librement son système politique, social, économique et culturel, conformément aux normes internationales communément admises en matière de droits de l'homme. Dans l'exercice de ce droit, ils veilleront à ce que leurs lois, règlements, pratiques et politiques soient conformes à leurs obligations découlant du droit international et soient harmonisés avec les dispositions de la Déclaration sur les principes et les autres engagements pris dans le cadre de la CSCE.
- (5) Ils déclarent solennellement que, parmi les principes de la justice essentiels à l'expression complète de la dignité inhérente à la personne humaine et des droits égaux et inaliénables de tous les êtres humains, il faut mentionner les suivants :
 - (5.1) — des élections libres qui seront organisées à intervalles raisonnables, au scrutin secret ou suivant une procédure équivalente assurant la liberté du vote, dans des conditions garantissant effectivement la libre expression de la volonté des électeurs dans le choix de leurs représentants;
 - (5.2) — une forme de gouvernement de type représentatif et dans laquelle le pouvoir exécutif est responsable devant le parlement élu ou le corps électoral;
 - (5.3) — le devoir du gouvernement et des autorités publiques de se conformer à la constitution et d'agir conformément à la loi;
 - (5.4) — une séparation claire entre l'Etat et les partis politiques; en particulier les partis politiques ne pourront se confondre avec l'Etat;
 - (5.5) — l'activité du gouvernement et de l'administration ainsi que celle des autorités judiciaires doit s'exercer conformément au régime établi par la loi. Le respect de celui-ci doit être assuré;
 - (5.6) — les forces militaires et la police doivent être placées sous le contrôle de l'autorité civile, devant laquelle elles sont responsables;
 - (5.7) — les droits de l'homme et les libertés fondamentales doivent être garantis par la loi et conformément aux obligations découlant du droit international;

- (5.8) — les lois - adoptées au terme d'une procédure publique - et les règlements font l'objet d'une publication qui est la condition de leur applicabilité. Ces textes seront accessibles à tous;
- (5.9) — tous les individus sont égaux devant la loi et ont droit sans aucune discrimination à une protection égale de la loi. A cet égard, la loi interdit toute discrimination et garantit à toutes les personnes une protection égale et effective contre toute discrimination, quels qu'en soient les motifs;
- (5.10) — tout individu disposera d'un recours effectif contre les décisions administratives de façon à garantir le respect des droits fondamentaux et à assurer la sécurité juridique;
- (5.11) — les décisions administratives à l'encontre d'une personne doivent être pleinement motivées et indiquer en général les voies de recours existantes;
- (5.12) — l'indépendance des juges et le fonctionnement impartial de la justice seront assurés;
- (5.13) — l'indépendance des avocats sera reconnue et protégée, notamment quant aux conditions de recrutement et d'exercice de leur activité;
- (5.14) — les règles relatives à la procédure pénale comporteront une définition claire des compétences concernant les poursuites et les actes les précédant et les accompagnant;
- (5.15) — toute personne arrêtée ou détenue pour une infraction pénale a le droit d'être aussitôt traduite devant un juge ou un autre magistrat habilité par la loi à exercer une telle fonction, qui statuera sur la légalité de son arrestation ou de sa détention;
- (5.16) — toute personne a droit à ce que sa cause soit entendue équitablement et publiquement par un tribunal compétent, indépendant et impartial, établi par la loi, qui décidera soit du bien fondé de toute accusation en matière pénale dirigée contre elle, soit des contestations sur ses droits et obligations de caractère civil;
- (5.17) — toute personne poursuivie aura le droit de se défendre elle-même ou d'avoir rapidement l'assistance d'un défenseur de son choix ou, si elle n'a pas les moyens de rémunérer un défenseur, de pouvoir être assistée gratuitement par un avocat d'office, lorsque les intérêts de la justice l'exigent;
- (5.18) — nul ne peut être accusé d'une infraction pénale, jugé ou reconnu coupable à moins que cette infraction ne soit prévue par une loi qui en définit les éléments avec clarté et précision;
- (5.19) — toute personne est présumée innocente aussi longtemps que sa culpabilité n'est pas prouvée conformément à la loi;
- (5.20) — considérant l'importance de la contribution des instruments internationaux concernant les droits de l'homme à l'Etat de droit au plan interne, les Etats participants réaffirment qu'ils envisageront d'adhérer au Pacte international relatif aux droits civils et politiques, au Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels et aux autres instruments internationaux pertinents, s'ils ne l'ont pas encore fait;

- (5.21) — afin de compléter les recours internes et de mieux garantir le respect par les Etats participants des obligations internationales souscrites par eux, les Etats participants envisageront d'adhérer à une convention internationale de caractère régional ou universel relative à la protection des droits de l'homme, tels la Convention européenne des droits de l'homme ou le Protocole facultatif se rapportant au Pacte international relatif aux droits civils et politiques, qui prévoient des procédures de recours individuels devant des instances internationales.
- (6) Les Etats participants déclarent que la volonté du peuple, exprimée librement et équitablement dans le cadre d'élections périodiques et honnêtes, est le fondement de l'autorité et de la légitimité de tout gouvernement. Les Etats participants respecteront en conséquence le droit de leurs citoyens de participer au gouvernement de leur pays, soit directement, soit par l'intermédiaire de représentants librement choisis par eux dans le cadre d'élections équitables. Ils reconnaissent la responsabilité qui leur incombe de défendre et de protéger, conformément à leurs lois, à leurs obligations internationales en matière de droits de l'homme et à leurs engagements internationaux, l'ordre démocratique librement établi par la volonté du peuple contre les activités de personnes, groupes ou groupements ou organisations qui prennent part ou qui refusent de renoncer à des actes de terrorisme ou de violence visant à renverser cet ordre ou celui d'un autre Etat participant.
- (7) Pour faire en sorte que la volonté du peuple soit le fondement des autorités publiques, les Etats participants
- (7.1) — organiseront des élections libres à intervalles raisonnables, comme le prévoit la loi;
- (7.2) — permettront que tous les sièges, dans au moins une des chambres du pouvoir législatif national, soient librement disputés dans le cadre d'un vote populaire;
- (7.3) — garantiront un suffrage universel et égal aux citoyens majeurs;
- (7.4) — veilleront à ce que les votes soient émis au scrutin secret ou suivant une procédure équivalente assurant la liberté du vote et à ce qu'ils soient recensés et présentés avec objectivité, les résultats officiels étant rendus publics;
- (7.5) — respecteront le droit des citoyens de solliciter des fonctions politiques ou publiques, à titre individuel ou en tant que représentants de partis politiques ou d'organisations, sans discrimination;
- (7.6) — respecteront le droit des individus ainsi que des groupes ou groupements de créer, en toute liberté, leurs propres partis ou autres organisations politiques, et fourniront à ces partis et organisations les garanties légales nécessaires pour leur permettre de se mesurer sur la base d'une égalité de traitement devant la loi et les autorités;
- (7.7) — veilleront à ce que la loi et l'ordre public de l'Etat contribuent à faire en sorte que les campagnes politiques se déroulent dans un climat d'équité et de liberté excluant toute pression administrative, violence ou intimidation qui interdirait aux partis et aux candidats d'exposer librement leurs opinions et leurs qualités, ou empêcherait les électeurs d'en prendre connaissance et d'en débattre ou de voter sans crainte de sanctions;

- (7.8) — veilleront à ce qu'aucun obstacle d'ordre juridique ou administratif ne s'oppose au libre accès aux médias sur la base de la non-discrimination pour tous les groupes ou groupements politiques et toutes les personnes désirant participer à des élections;
- (7.9) — veilleront à ce que les candidats qui obtiennent le nombre nécessaire de voix requis par la loi soient dûment investis de leur fonction, et qu'il leur soit permis de conserver celle-ci jusqu'à ce que leur mandat arrive à expiration ou qu'il y soit mis un terme pour toute autre raison d'une manière prescrite par la loi conformément à des procédures parlementaires et constitutionnelles démocratiques.
- (8) Les Etats participants estiment que la présence d'observateurs, étrangers et nationaux, est de nature à améliorer le déroulement des élections dans les Etats où elles ont lieu. En conséquence, ils invitent des observateurs de tout autre Etat participant à la CSCE, ainsi que de toute institution et organisation privée compétente qui le souhaiterait, à suivre le déroulement des opérations de leurs élections nationales, dans la mesure prévue par la loi. Ils s'appliqueront également à faciliter un accès analogue pour les élections organisées à un niveau inférieur au niveau national. Ces observateurs s'engageront à ne pas s'immiscer dans les opérations électorales.

II

- (9) Les Etats participants réaffirment que
- (9.1) — toute personne a droit à la liberté d'expression, y compris le droit de communiquer. Ce droit comprend la liberté d'exprimer des opinions ainsi que de recevoir et de transmettre des informations et des idées, sans ingérence de la part des autorités publiques et sans considération de frontières. L'exercice de ce droit ne peut faire l'objet de restrictions que si ces restrictions sont prévues par la loi et compatibles avec les normes internationales communément admises. En particulier, aucune limitation ne doit être apportée à l'accès et à l'utilisation des moyens de reproduction de documents de toute nature, sous réserve, toutefois, de respecter les droits relatifs à la propriété intellectuelle, y compris les droits d'auteur;
- (9.2) — toute personne a le droit d'organiser des réunions et des manifestations pacifiques. Toute restriction pouvant être apportée à l'exercice de ces droits doit être prévue par la loi et compatible avec les normes internationales communément admises;
- (9.3) — le droit d'association est garanti. Est garanti également le droit de former un syndicat et d'y adhérer librement, sous réserve du droit général dont jouit tout syndicat de déterminer ses propres conditions d'adhésion. Ces droits excluent tout contrôle préalable. La liberté d'association des travailleurs, y compris le droit de grève, est garantie, sous réserve des limites prévues par la loi et compatibles avec les normes internationales communément admises;
- (9.4) — toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion. Ce droit comprend la liberté de changer de religion ou de conviction et de manifester sa religion ou sa conviction, individuellement ou collectivement, en public ou en privé, par le culte, l'enseignement, les pratiques et l'accomplissement des rites. L'exercice de ces droits ne peut faire l'objet que des limitations prévues par la loi et conformes aux normes internationales communément admises;
- (9.5) — ils respectent le droit de toute personne de quitter tout pays, y compris le sien, et de revenir dans son pays, conformément aux obligations internationales de l'Etat et aux engagements contractés au titre de la CSCE. Les restrictions apportées à ce droit auront un caractère tout à fait exceptionnel et ne seront jugées nécessaires que si elles répondent à un besoin public spécifique, visent un objectif légitime et sont proportionnées à cet objectif et s'il n'en est pas fait un usage abusif ou arbitraire;
- (9.6) — toute personne a le droit de jouir en paix de sa propriété, à titre individuel ou en association avec d'autres. Nul ne peut être privé de sa propriété que pour cause d'utilité publique, et sous réserve des conditions prévues par la loi et conformément aux obligations et engagements internationaux.
- (10) Réaffirmant leur engagement de garantir effectivement les droits de chacun de connaître les droits de l'homme et les libertés fondamentales et d'agir en conséquence, et de contribuer activement, à titre individuel ou en association avec d'autres, à leur promotion et à leur protection, les Etats participants s'engagent :

- (10.1) — à respecter le droit de chacun, à titre individuel ou en association avec d'autres, de demander, recevoir et communiquer librement des opinions et des informations concernant les droits de l'homme et les libertés et ces informations;
 - (10.2) — à respecter les droits de chacun, à titre individuel ou en association avec d'autres, d'étudier et d'examiner comment les droits de l'homme et les libertés fondamentales sont respectés et d'élaborer et d'examiner des idées propres à améliorer la protection des droits de l'homme ainsi que des moyens plus efficaces pour garantir leur conformité avec les normes internationales communément admises en matière de droits de l'homme;
 - (10.3) — à veiller à ce que toute personne soit autorisée à exercer le droit d'association, y compris le droit effectif de créer des organisations non gouvernementales cherchant à promouvoir et à protéger les droits de l'homme et les libertés fondamentales, notamment des syndicats et des groupes de surveillance en matière de droits de l'homme, ainsi que d'adhérer à ces organisations et de participer à leurs activités;
 - (10.4) — à permettre aux membres de ces groupes et organisations d'avoir librement accès à des organismes similaires, à l'intérieur et hors des frontières de leur pays, ainsi qu'à des organisations internationales et de communiquer avec ceux-ci, de procéder à des échanges, de nouer des contacts et de coopérer avec ces groupements et organisations, de même que de solliciter, de recevoir et d'utiliser des contributions financières volontaires d'origine nationale et internationale dans la mesure prévue par la loi, afin de promouvoir et de protéger les droits de l'homme et les libertés fondamentales.
- (11) Les Etats participants affirment en outre qu'en cas de violations alléguées des droits de l'homme et des libertés fondamentales, les recours disponibles comprennent :
- (11.1) — le droit de toute personne de demander et de recevoir une assistance juridique appropriée;
 - (11.2) — le droit de toute personne de demander et de recevoir l'aide d'autrui pour défendre les droits de l'homme et les libertés fondamentales, ainsi que d'aider d'autres personnes à défendre ces droits et libertés;
 - (11.3) — le droit des personnes ou des groupes agissant en leur nom de communiquer avec des organismes internationaux ayant compétence pour recevoir et examiner des informations concernant des atteintes alléguées aux droits de l'homme.
- (12) Les Etats participants, désireux d'assurer une meilleure transparence dans la mise en oeuvre des engagements souscrits au titre de la dimension humaine de la CSCE dans le Document de clôture de Vienne, décident d'admettre, à titre de mesure de confiance, la présence d'observateurs envoyés par des Etats participants et de représentants d'organisations non gouvernementales ainsi que d'autres personnes intéressées lors de procédures engagées devant des tribunaux, comme prévu par la législation nationale et le droit international; il est entendu que le huis clos ne peut être prononcé que dans les circonstances prévues par la loi et conformément aux obligations découlant du droit international et aux engagements internationaux.

- (13) Les Etats participants décident d'attacher une attention particulière à la reconnaissance des droits de l'enfant, de ses droits civils et de ses libertés individuelles, de ses droits économiques, sociaux et culturels, et de son droit à une protection particulière contre toute forme de violence et d'exploitation. Ils envisageront d'adhérer à la Convention sur les droits de l'enfant, s'ils ne l'ont pas encore fait, qui a été ouverte à la signature des Etats le 26 janvier 1990. Ils reconnaîtront dans leur législation nationale les droits de l'enfant tels qu'ils sont consignés dans les accords internationaux auxquels ils sont parties.
- (14) Les Etats participants sont convenus d'encourager la création, dans leur pays, de conditions propres à assurer un enseignement aux étudiants et aux stagiaires originaires d'autres Etats participants, y compris à ceux qui suivent une formation professionnelle et technique. Ils sont également convenus de favoriser les voyages de jeunes de leur pays pour que ceux-ci reçoivent une formation dans d'autres Etats participants et, à cette fin, d'encourager la conclusion, lorsque cela est nécessaire, d'accords bilatéraux et multilatéraux entre leurs institutions et organisations publiques intéressées et leurs établissements d'enseignement.
- (15) Les Etats participants agiront de manière à faciliter le transfèrement des personnes condamnées et inviteront les Etats participants qui ne sont pas parties à la Convention sur le transfèrement des personnes condamnées, signée à Strasbourg le 21 novembre 1983, à envisager d'y adhérer.
- (16) Les Etats participants
- (16.1) — réaffirment leur engagement d'interdire la torture et les autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants et de prendre des mesures législatives, administratives, judiciaires ou autres pour prévenir et réprimer de telles pratiques, de protéger les personnes contre toute pratique psychiatrique ou autres pratiques médicales qui violent les droits de l'homme et les libertés fondamentales et de prendre des mesures efficaces pour prévenir et réprimer de telles pratiques;
- (16.2) — ont l'intention d'envisager d'urgence d'adhérer à la Convention contre la torture et les autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants, s'ils ne l'ont déjà fait, ainsi que de reconnaître la compétence de la Commission contre la torture en vertu des articles 21 et 22 de la Convention et de retirer les réserves concernant la compétence de la Commission en vertu de l'article 20;
- (16.3) — soulignent qu'aucune circonstance exceptionnelle quelle qu'elle soit, qu'il s'agisse d'un état de guerre ou d'une menace de guerre, d'instabilité politique intérieure, ou de tout autre état d'urgence, ne peut être invoquée pour justifier la torture;
- (16.4) — assureront que l'éducation et l'information concernant l'interdiction de la torture font partie intégrante du programme de formation des responsables de l'application de la loi, civils ou militaires, du personnel médical, des fonctionnaires et autres personnes qui peuvent participer à la garde, à l'interrogatoire ou au traitement de tout individu soumis à une forme quelconque d'arrestation, de détention ou d'emprisonnement;
- (16.5) — passeront systématiquement en revue, aux fins de prévenir tout cas de torture, les règles, les instructions, les méthodes et les pratiques concernant l'interrogatoire, ainsi que les dispositions applicables à la garde et au traitement des personnes soumises à toutes formes d'arrestation, de détention ou d'emprisonnement sur un territoire placé sous leur juridiction;

- (16.6) — se saisiront en priorité, aux fins d'examen et d'adoption de mesures appropriées conformément aux dispositions et procédures convenues pour la mise en oeuvre effective des engagements relatifs à la dimension humaine de la CSCE, de tous cas de torture et d'autres peines ou traitements inhumains ou dégradants portés à leur connaissance par des voies officielles ou par toute autre source fiable d'information;
- (16.7) — agiront dans l'idée que la sauvegarde et la garantie de la vie et de la sécurité de tout individu soumis à une forme quelconque de torture ou de peines ou traitements inhumains ou dégradants sera l'unique critère pour déterminer l'urgence et les priorités à observer dans l'adoption de mesures appropriées; en conséquence, l'examen de tous cas de torture et d'autres peines ou traitements inhumains ou dégradants dans le cadre de tout autre organe ou mécanisme international ne peut être invoqué comme prétexte pour s'abstenir de procéder à un examen et de prendre les mesures appropriées conformément aux dispositions et procédures convenues pour la mise en oeuvre effective des engagements relatifs à la dimension humaine de la CSCE.
- (17) Les Etats participants
- (17.1) — rappellent l'engagement qu'ils ont contracté dans le Document de clôture de Vienne de maintenir à l'étude la question de la peine de mort et de coopérer au sein des organisations internationales compétentes;
- (17.2) — rappellent, dans ce contexte, l'adoption par l'Assemblée générale des Nations Unies le 15 décembre 1989, du deuxième Protocole facultatif se rapportant au Pacte international relatif aux droits civils et politiques visant à abolir la peine de mort;
- (17.3) — notent les restrictions et les garanties concernant l'application de la peine de mort qui ont été adoptées par la communauté internationale, en particulier l'article 6 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques;
- (17.4) — notent les dispositions du sixième Protocole à la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, concernant l'abolition de la peine de mort;
- (17.5) — notent les récentes mesures prises par un certain nombre d'Etats participants en vue d'abolir la peine de mort;
- (17.6) — notent les activités menées par plusieurs organisations non gouvernementales concernant la question de la peine de mort;
- (17.7) — échangeront, dans le cadre de la Conférence sur la dimension humaine, des informations sur la question de la peine de mort, et maintiendront cette question à l'étude;
- (17.8) — rendront publiques les informations concernant l'application de la peine de mort.
- (18) Les Etats participants
- (18.1) — notent que la Commission des droits de l'homme des Nations Unies a reconnu le droit de chacun d'être objecteur de conscience;

- (18.2) — prennent note des mesures prises récemment par plusieurs Etats participants pour permettre l'exemption du service militaire obligatoire pour les individus qui se déclarent objecteurs de conscience;
- (18.3) — prennent note des activités de plusieurs organisations non gouvernementales sur la question de l'objection de conscience dans le cas de service militaire obligatoire;
- (18.4) — conviennent d'examiner la possibilité de mettre en place, quand cela n'a pas encore été fait, un service sous d'autres formes qui soient compatibles avec les motifs invoqués par l'objecteur de conscience, ces formes de service étant en principe de nature non belligérante ou civile, d'intérêt public et ne présentant aucun caractère répressif;
- (18.5) — rendront publiques des informations sur cette question;
- (18.6) — poursuivront l'examen, dans le cadre de la Conférence sur la dimension humaine, des questions pertinentes concernant l'exemption du service militaire obligatoire, là où il existe, pour les individus qui se déclarent objecteurs de conscience, et échangeront des informations sur ces questions.
- (19) Les Etats participants affirment qu'une plus grande liberté de mouvement et de contacts entre les citoyens est importante dans le contexte de la protection et de la promotion des droits de l'homme et des libertés fondamentales. Ils veilleront à ce que leurs politiques concernant l'entrée sur leur territoire soient parfaitement compatibles avec les objectifs fixés dans les dispositions pertinentes de l'Acte final et des Documents de clôture de la Réunion de Madrid et de la Réunion de Vienne. Tout en réaffirmant leur détermination à ne pas revenir sur les engagements qui figurent dans les documents de la CSCE, ils s'engagent à appliquer intégralement et à améliorer les procédures actuelles dans le domaine des contacts entre les personnes, y compris sur une base bilatérale et multilatérale. Dans ce contexte
- (19.1) — ils s'efforceront d'appliquer les procédures d'entrée sur leur territoire, y compris en ce qui concerne la délivrance des visas ainsi que le contrôle des passeports et le contrôle douanier, de bonne foi et sans retard injustifié. Si besoin est, ils raccourciront le délai d'attente pour les décisions concernant les visas et ils simplifieront les pratiques et réduiront les formalités administratives des demandes de visa;
- (19.2) — ils veilleront, en examinant les demandes de visa, à ce que celles-ci soient traitées avec diligence afin, entre autres, que des considérations familiales, personnelles ou professionnelles importantes puissent être dûment prises en considération, surtout dans les cas urgents à caractère humanitaire;
- (19.3) — ils s'efforceront, si nécessaire, d'abaisser les droits afférents à la délivrance des visas pour les ramener au niveau le plus bas possible.
- (20) Les Etats participants intéressés se consulteront et, le cas échéant, coopéreront à la recherche de solutions aux problèmes qui pourraient se poser à la suite d'une augmentation du mouvement des personnes.
- (21) Les Etats participants recommandent que la prochaine Réunion dans le cadre des Suites de la CSCE à Helsinki envisage la possibilité d'organiser une réunion d'experts sur les questions consulaires.

- (22) Les Etats participants réaffirment que la protection et la promotion des droits des travailleurs migrants ont leur dimension humaine. Dans ce contexte,
- (22.1) — ils conviennent que la protection et la promotion des droits des travailleurs migrants concernent tous les Etats participants, et qu'à ce titre ils devraient être examinés dans le processus de la CSCE;
 - (22.2) — ils réaffirment leur engagement d'appliquer intégralement dans leur législation nationale les droits des travailleurs migrants prévus dans les accords internationaux auxquels ils sont parties;
 - (22.3) — ils considèrent que, dans les futurs instruments internationaux concernant les droits des travailleurs migrants, ils devraient tenir compte du fait que cette question est importante pour eux tous;
 - (22.4) — ils se déclarent prêts à examiner, lors des futures réunions de la CSCE, les conditions d'une nouvelle promotion des droits des travailleurs migrants et de leurs familles.
- (23) Les Etats participants réaffirment leurs convictions exprimées dans le Document de clôture de Vienne que la promotion des droits économiques, sociaux et culturels ainsi que celle des droits civils et politiques est d'une importance capitale pour la dignité humaine et pour l'aboutissement des aspirations légitimes de chacun. Ils réaffirment également leur engagement, pris dans le Document de la Conférence de Bonn sur la coopération économique en Europe, de promouvoir la justice sociale et d'améliorer les conditions de vie et de travail. Dans le contexte de la poursuite de leurs efforts visant à parvenir progressivement, par tous les moyens appropriés, au plein exercice des droits économiques, sociaux et culturels, ils porteront une attention particulière aux problèmes qui se posent dans les domaines de l'emploi, du logement, de la sécurité sociale, de la santé, de l'éducation et de la culture.
- (24) Les Etats participants veilleront à ce que l'exercice de tous les droits de l'homme et libertés fondamentales énoncés plus haut ne soit l'objet de restrictions que si celles-ci sont prévues par la loi et compatibles avec les obligations qu'ils assument conformément au droit international, en particulier au Pacte international relatif aux droits civils et politiques, et avec leurs engagements internationaux, en particulier la Déclaration universelle des droits de l'homme. Ces restrictions auront un caractère exceptionnel. Les Etats participants feront en sorte qu'elles ne soient appliquées ni de façon abusive ni de façon arbitraire, mais de telle sorte que l'exercice effectif de ces droits soit garanti.
- Toute restriction à des droits et libertés doit, dans une société démocratique, correspondre à l'un des objectifs de la loi et être strictement proportionnée à l'objet de celle-ci.
- (25) Les Etats participants confirment que toute dérogation aux obligations relatives aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales pendant un état d'urgence doit rester strictement dans les limites prévues par le droit international, en particulier par les instruments internationaux pertinents par lesquels ils sont liés, spécialement en ce qui concerne les droits auxquels il ne peut être dérogé. Ils réaffirment que :
- (25.1) — les mesures dérogeant à de telles obligations doivent être prises strictement en conformité des règles procédurales définies dans ces instruments;

- (25.2) — l'état d'urgence doit être proclamé officiellement, publiquement et conformément aux modalités établies par la loi;
- (25.3) — les mesures dérogeant à des obligations seront strictement limitées aux exigences de la situation;
- (25.4) — ces mesures ne comporteront pas de discrimination uniquement fondée sur la race, la couleur, le sexe, la langue, la religion, l'origine sociale ou l'appartenance à une minorité.

III

(26) Les Etats participants reconnaissent qu'une démocratie vigoureuse dépend de l'existence, comme partie intégrante de la vie nationale, de valeurs et de pratiques démocratiques ainsi que d'une gamme étendue d'institutions démocratiques. A ces fins, ils encourageront, faciliteront et, le cas échéant, appuieront les efforts concrets de coopération et le partage d'informations, d'idées et d'expertise et les contacts directs ainsi que la coopération entre individus, groupes et organisations dans les domaines suivants :

- droit constitutionnel, réformes et développement en la matière,
- législation électorale, organisation et observation des élections,
- création et administration de cours et tribunaux et de systèmes juridiques,
- mise en place d'une administration publique impartiale et efficace dans laquelle le recrutement et l'avancement sont fondés sur le mérite,
- application de la loi,
- collectivités locales et décentralisation,
- accès à l'information et protection de la vie privée,
- création de partis politiques et leur rôle dans des sociétés pluralistes,
- liberté et indépendance des syndicats,
- mouvements coopératifs,
- création d'autres formes d'associations libres et de groupes d'intérêt public,
- presse, indépendance des médias, vie intellectuelle et culturelle,
- enseignement, dans les établissements éducatifs, portant sur les valeurs, les institutions et les pratiques démocratiques, et promotion d'une atmosphère de libre discussion.

Ces efforts comprendront toute l'étendue de la coopération dans le cadre de la dimension humaine de la CSCE, en s'attachant, entre autres, aux sujets suivants : formation, échange d'informations, d'ouvrages et de matériel pédagogique, programmes et projets de coopération, échanges et conférences d'universitaires et de spécialistes, bourses d'études, bourses de recherche, fourniture de services d'experts et de services consultatifs, contacts et programmes commerciaux et scientifiques.

(27) Les Etats participants faciliteront également la création et le renforcement d'institutions nationales indépendantes dans le cadre des droits de l'homme et de l'Etat de droit, qui puissent aussi servir de centres de coordination et de coopération entre ces institutions dans les Etats participants. Ils proposent que la coopération soit encouragée entre les parlementaires des Etats participants, notamment par les associations interparlementaires existantes et aussi par la création de commissions mixtes et l'organisation de débats télévisés avec la participation de parlementaires, de réunions et de tables rondes. Ils encourageront également les institutions existantes telles que les organisations du système des Nations Unies et le Conseil de l'Europe à poursuivre et à accroître les activités qu'elles ont entreprises dans ce domaine.

(28) Les Etats participants reconnaissent l'importance de l'expérience du Conseil de l'Europe dans le domaine des droits de l'homme et des libertés fondamentales et conviennent d'examiner des voies et moyens nouveaux pour permettre au Conseil de l'Europe d'apporter une contribution à la dimension humaine de la CSCE. Ils conviennent que la nature de cette contribution pourrait être examinée plus en détail lors d'un prochain forum de la CSCE.

(29) Les Etats participants envisageront l'idée de tenir une réunion ou un séminaire d'experts chargés d'examiner et de discuter des mesures de

coopération visant à promouvoir et à maintenir des institutions démocratiques viables et prévoyant la réalisation d'études de législation comparée dans le domaine des droits de l'homme et des libertés fondamentales, notamment en tirant parti de l'expérience acquise dans ce domaine par le Conseil de l'Europe et des activités de la Commission "Démocratie par le droit".

IV

- (30) Les Etats participants reconnaissent que les questions relatives aux minorités nationales ne peuvent être résolues de manière satisfaisante que dans un cadre politique démocratique se fondant sur l'Etat de droit, avec un système judiciaire indépendant efficace. Ce cadre garantit le respect total des droits de l'homme et des libertés fondamentales, l'égalité des droits et des conditions entre tous les citoyens, la libre expression de tous leurs intérêts et aspirations légitimes, l'application de règles juridiques permettant un contrôle efficace des abus de pouvoir exercés par le gouvernement, le pluralisme politique et la tolérance sociale.
- Ils reconnaissent en outre le rôle important que jouent les organisations non gouvernementales, y compris les partis politiques, les syndicats, les organisations des droits de l'homme et les groupements religieux, pour la promotion de la tolérance et de la diversité culturelle et pour la recherche de solutions aux problèmes concernant les minorités nationales.
- Ils réaffirment aussi que le respect des droits des personnes appartenant à des minorités nationales, considérés comme des droits de l'homme reconnus universellement, est un facteur essentiel de la paix, de la justice, de la stabilité et de la démocratie dans les Etats participants.
- (31) Les personnes appartenant à des minorités nationales ont le droit d'exercer pleinement et effectivement leurs droits de l'homme et leurs libertés fondamentales, sans aucune discrimination et en pleine égalité devant la loi.
- Les Etats participants adopteront, s'il y a lieu, des mesures particulières ayant pour but de garantir aux personnes appartenant à des minorités nationales la pleine égalité avec les autres citoyens dans l'exercice et la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales.
- (32) L'appartenance à une minorité nationale est une question relevant d'un choix personnel, et aucun désavantage ne peut résulter d'un tel choix.
- Les personnes appartenant à des minorités nationales ont le droit d'exprimer, de préserver et de développer en toute liberté leur identité ethnique, culturelle, linguistique ou religieuse et de maintenir et de développer leur culture sous toutes ses formes, à l'abri de toutes tentatives d'assimilation contre leur volonté. En particulier, elles ont le droit
- (32.1) — d'utiliser librement leur langue maternelle tant en privé qu'en public;
 - (32.2) — de créer et de maintenir leurs propres institutions, organisations ou associations éducatives, culturelles et religieuses, qui peuvent solliciter des contributions financières bénévoles et autres contributions, y compris une aide publique, conformément à la législation nationale;
 - (32.3) — de professer et de pratiquer leur religion, y compris de se procurer, de posséder et d'utiliser des objets religieux, ainsi que de dispenser un enseignement religieux dans leur langue maternelle;
 - (32.4) — d'établir et de maintenir des contacts sans entraves entre elles dans leur pays, ainsi que des contacts au-delà des frontières avec des citoyens d'autres Etats qui ont en commun une origine ethnique ou nationale, un patrimoine culturel ou des croyances religieuses;
 - (32.5) — de diffuser et d'échanger des informations dans leur langue maternelle et d'avoir accès à ces informations;

- (32.6) — de créer et de maintenir des organisations ou associations dans leur pays, et de participer aux activités d'organisations non gouvernementales internationales.

Les personnes appartenant à des minorités nationales peuvent, individuellement ainsi qu'en commun avec d'autres membres de leur groupe, exercer leurs droits et en jouir. L'exercice ou le non-exercice de ces droits ne peut entraîner un désavantage pour une personne appartenant à une minorité nationale.

- (33) Les Etats participants protégeront l'identité ethnique, culturelle, linguistique et religieuse des minorités nationales sur leur territoire et créeront des conditions propres à promouvoir cette identité. Ils prendront les mesures nécessaires à cet effet après avoir procédé à des consultations appropriées, et notamment après s'être mis en rapport avec les organisations ou associations de ces minorités, conformément à la procédure de décision de chaque Etat.

De telles mesures devront être conformes aux principes de l'égalité et de la non-discrimination à l'égard des autres citoyens de l'Etat participant concerné.

- (34) Les Etats participants s'efforceront de garantir que les personnes appartenant à des minorités nationales, indépendamment de la nécessité d'apprendre la ou les langues officielles de l'Etat concerné, auront la possibilité d'apprendre leur langue maternelle ou de recevoir un enseignement dans cette langue, ainsi que, si c'est possible et nécessaire, de l'utiliser dans leurs rapports avec les pouvoirs publics, conformément à la législation nationale en vigueur.

Dans l'enseignement de l'histoire et de la culture dans les établissements éducatifs, ils tiendront également compte de l'histoire et de la culture des minorités nationales.

- (35) Les Etats participants respecteront le droit des personnes appartenant à des minorités nationales de participer effectivement aux affaires publiques, notamment aux affaires concernant la protection et la promotion de l'identité de telles minorités.

Les Etats participants prennent note des efforts entrepris pour créer et favoriser des conditions permettant de promouvoir l'identité ethnique, culturelle, linguistique et religieuse de certaines minorités nationales en mettant en place, comme l'un des moyens de réaliser ces objectifs, des administrations locales ou autonomes appropriées, correspondant à la situation historique et territoriale spécifique de ces minorités, conformément à la politique de l'Etat concerné.

- (36) Les Etats participants reconnaissent l'importance particulière que revêt le renforcement d'une coopération constructive entre eux en ce qui concerne les questions relatives aux minorités nationales. Une telle coopération a pour but d'encourager une compréhension et une confiance mutuelles, des relations amicales et de bon voisinage, la paix, la sécurité et la justice internationales.

Chaque Etat participant favorisera l'instauration d'un climat propice à la compréhension et au respect mutuel, à la coopération et à la solidarité entre tous les citoyens résidant sur son territoire, sans distinction d'origine ethnique ou nationale ou de croyance religieuse, et il encouragera la recherche de solutions aux problèmes par un dialogue fondé sur les principes de l'Etat de droit.

- (37) Aucun des présents engagements ne peut être interprété comme comportant un droit quelconque d'entreprendre toute activité ou d'accomplir toute action contrevenant aux buts et principes de la Charte des Nations Unies, aux autres obligations découlant du droit international ou aux dispositions de l'Acte final, y compris le principe de l'intégrité territoriale des Etats.
- (38) Les Etats participants, dans leurs efforts visant à protéger et à promouvoir les droits des personnes appartenant à des minorités nationales, respecteront pleinement les engagements pris en vertu des conventions en vigueur dans le domaine des droits de l'homme et autres instruments internationaux, et ils examineront la possibilité d'adhérer aux conventions en la matière, s'ils ne l'ont pas encore fait, y compris celles accordant aux citoyens le droit de déposer une plainte.
- (39) Les Etats participants coopéreront étroitement au sein des organisations internationales compétentes auxquelles ils appartiennent, y compris l'Organisation des Nations Unies et, le cas échéant, le Conseil de l'Europe, compte tenu des travaux en cours concernant les questions relatives aux minorités nationales.
Ils examineront la possibilité de tenir une réunion d'experts pour procéder à une discussion approfondie de la question des minorités nationales.
- (40) Les Etats participants condamnent clairement et sans équivoque le totalitarisme, la haine raciale et ethnique, l'antisémitisme, la xénophobie et toute discrimination contre quiconque, ainsi que toute persécution pour des raisons religieuses et idéologiques. Dans ce contexte, ils reconnaissent en outre les problèmes spécifiques des Roms (gitans).
Ils déclarent qu'ils sont fermement décidés à intensifier leurs efforts pour lutter contre ces phénomènes sous toutes leurs formes et, par conséquent
- (40.1) — ils prendront des mesures efficaces, y compris l'adoption, conformément à leur système constitutionnel et à leurs obligations internationales, de lois nécessaires à assurer une protection contre tout acte constituant une incitation à la violence contre des personnes ou groupes de personnes fondée sur la discrimination nationale, raciale, ethnique ou religieuse, à l'hostilité ou à la haine, y compris l'antisémitisme;
- (40.2) — ils s'engageront à prendre toutes mesures appropriées et proportionnées à leur objet pour protéger les personnes ou groupes de personnes qui pourraient être victimes de menaces ou d'actes de discrimination, d'hostilité ou de violence en raison de leur identité raciale, ethnique, culturelle, linguistique et religieuse, et pour protéger leurs biens;
- (40.3) — ils prendront des mesures efficaces, conformément à leurs systèmes constitutionnels, aux niveaux national, régional et local pour favoriser la compréhension et la tolérance, particulièrement dans les domaines de l'enseignement, de la culture et de l'information;
- (40.4) — ils s'efforceront de garantir que l'enseignement dans ses buts mette l'accent sur le problème de la haine et des préjugés raciaux et sur le respect des différentes civilisations et cultures;
- (40.5) — ils reconnaîtront le droit qu'a toute personne de disposer effectivement d'un recours, et ils s'efforceront de reconnaître, conformément à la législation nationale, le droit qu'ont les personnes et groupes de personnes concernées de déposer des plaintes contre les actes de discrimination, y compris les actes racistes et xénophobes, et de soutenir de telles plaintes;

- (40.6) — ils envisageront d'adhérer, s'ils ne l'ont pas encore fait, aux instruments internationaux relatifs au problème de la discrimination, et ils garantiront qu'ils se conformeront pleinement aux obligations contenues dans ces instruments, y compris à celles prévoyant la présentation de rapports périodiques;
- (40.7) — ils examineront également la possibilité d'adopter les mécanismes internationaux qui permettent aux Etats et aux particuliers de soumettre à des organismes internationaux des communications concernant des actes de discrimination.

V

- (41) Les Etats participants réaffirment leur engagement à l'égard de la dimension humaine de la CSCE et soulignent son importance en tant que partie intégrante d'une approche équilibrée de la sécurité et de la coopération en Europe. Ils considèrent que la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE et le mécanisme de la dimension humaine décrit dans le chapitre relatif à la dimension humaine de la CSCE du Document de clôture de Vienne ont démontré leur utilité en tant que méthodes visant à promouvoir le dialogue et la coopération et à aider au règlement de questions spécifiques pertinentes. Ils expriment leur conviction qu'il faudrait continuer d'appliquer ces méthodes et les développer dans le cadre de l'évolution du processus de la CSCE.
- (42) Les Etats participants reconnaissent la nécessité d'améliorer davantage l'efficacité des procédures décrites aux paragraphes 1 à 4 du chapitre relatif à la dimension humaine de la CSCE du Document de clôture de Vienne et, dans cette perspective, décident
- (42.1) — de répondre par écrit, le plus rapidement possible et au plus tard dans un délai de quatre semaines, aux demandes d'informations et aux représentations qui leur sont faites par écrit par d'autres Etats participants en vertu du paragraphe 1;
- (42.2) — que les réunions bilatérales, telles que mentionnées au paragraphe 2, auront lieu dès que possible, en règle générale dans les trois semaines qui suivront la demande;
- (42.3) — de s'abstenir, lors d'une réunion bilatérale tenue conformément au paragraphe 2, d'évoquer des situations et des cas qui ne sont pas en rapport avec le sujet de la réunion, à moins que les deux parties n'aient donné leur accord.
- (43) Les Etats participants ont examiné des propositions concrètes de mesures nouvelles visant à améliorer la mise en oeuvre des engagements relatifs à la dimension humaine de la CSCE. A cet égard, ils ont étudié des propositions concernant l'envoi d'observateurs pour examiner des situations et des cas spécifiques, la nomination de rapporteurs pour enquêter et proposer des solutions appropriées, la création d'une Commission sur la dimension humaine de la CSCE, une plus grande participation des personnes, organisations et institutions au mécanisme de la dimension humaine et de nouveaux efforts, sur le plan bilatéral et multilatéral, pour favoriser le règlement de questions pertinentes.
- Ils décident de continuer à examiner de façon approfondie, dans des forums ultérieurs pertinents de la CSCE, ces propositions ainsi que d'autres propositions conçues pour renforcer le mécanisme de la dimension humaine, et d'envisager d'adopter, dans le cadre du développement ultérieur du processus de la CSCE, de nouvelles mesures appropriées. Ils conviennent que ces mesures devraient contribuer à la réalisation effective de nouveaux progrès ainsi qu'au renforcement de la prévention des conflits et de la confiance dans le domaine de la dimension humaine de la CSCE.

* * *

- (44) Les représentants des Etats participants expriment leur profonde gratitude au peuple et au Gouvernement danois pour l'excellente organisation de la Réunion de Copenhague et pour la chaleureuse hospitalité offerte aux délégations qui ont participé à la Réunion.
- (45) Conformément aux dispositions relatives à la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE, qui figurent dans le Document de clôture de la Réunion de Vienne tenue dans le cadre des Suites de la CSCE, la troisième Réunion de la Conférence se tiendra à Moscou du 10 septembre au 4 octobre 1991.

Copenhague, le 29 juin 1990

DECLARATION DU PRESIDENT

SUR L'ACCES DES ORGANISATIONS NON GOUVERNEMENTALES ET DES MEDIAS AUX SEANCES DE LA CONFERENCE SUR LA DIMENSION HUMAINE

Le Président note l'importance que revêt pour tous les Etats participants les pratiques en matière de transparence des réunions de la Conférence sur la dimension humaine et d'accès à ces réunions, telles qu'elles ont été appliquées à la Réunion de Vienne et sont exposées à l'annexe XI du Document de clôture de cette réunion. En vue de faciliter et de développer ces pratiques lors des prochaines réunions de la Conférence sur la dimension humaine de la CSCE, les Etats participants sont convenus que les pratiques ci-après en matière de transparence et d'accès devraient être respectées :

- la libre circulation des membres des organisations non gouvernementales concernées dans les locaux de la Conférence, à l'exception des zones réservées aux délégations et aux services du Secrétariat exécutif. A cet effet, des cartes d'accréditation leur seront délivrées à leur demande par le Secrétariat exécutif;
- des contacts sans entraves entre les membres des ONG concernées et les délégués, ainsi qu'avec les représentants accrédités des médias;
- l'accès aux documents officiels de la Conférence dans toutes les langues de travail, ainsi qu'à tout document que les délégués souhaiteraient communiquer aux membres des ONG concernées;
- la possibilité pour les membres des ONG concernées de transmettre aux délégués des communications relatives à la dimension humaine de la CSCE. A cet effet, des cases de courrier pour chacune des délégations leur seront accessibles;
- le libre accès des délégués à tous documents émanant des ONG concernées et adressés au Secrétariat exécutif pour informer la Conférence. Dans ce but, le Secrétariat exécutif tiendra à la disposition des délégués une collection régulièrement mise à jour de ces documents.

Ils s'engagent d'autre part à garantir aux représentants des médias :

- la libre circulation dans les locaux de la Conférence, à l'exception des zones réservées aux délégations et aux services du Secrétariat exécutif. A cet effet, des cartes d'accréditation leur seront délivrées par le Secrétariat exécutif sur présentation des justificatifs requis;

- des contacts sans entraves avec les délégués ainsi qu'avec les membres des ONG concernées;
- l'accès aux documents officiels de la Conférence dans toutes les langues de travail.

Le Président fait en outre observer que la présente déclaration figurera en annexe au Document de la Réunion de Copenhague, et sera publiée avec ce dernier.

DOCUMENTO

DELLA RIUNIONE DI COPENHAGEN DELLA CONFERENZA SULLA DIMENSIONE UMANA DELLA CSCE

I rappresentanti degli Stati partecipanti alla Conferenza sulla Sicurezza e la Cooperazione in Europa (CSCE), Austria, Belgio, Bulgaria, Canada, Cecoslovacchia, Cipro, Danimarca, Finlandia, Francia, Repubblica Federale di Germania, Grecia, Irlanda, Islanda, Italia, Jugoslavia, Liechtenstein, Lussemburgo, Malta, Monaco, Norvegia, Paesi Bassi, Polonia, Portogallo, Regno Unito, Repubblica Democratica Tedesca, Romania, San Marino, Santa Sede, Spagna, Stati Uniti d'America, Svezia, Svizzera, Turchia, Ungheria, Unione delle Repubbliche Socialiste Sovietiche, si sono riuniti a Copenhagen dal 5 al 29 giugno 1990, conformemente alle disposizioni relative alla Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE contenute nel Documento Conclusivo della Riunione dei Seguiti della CSCE di Vienna.

Il rappresentante dell'Albania ha assistito alla Riunione di Copenhagen in veste di osservatore.

La prima Riunione della Conferenza si è tenuta a Parigi dal 30 maggio al 23 giugno 1989.

La Riunione di Copenhagen è stata aperta e chiusa dal Ministro degli Affari Esteri della Danimarca.

All'apertura ufficiale della Riunione di Copenhagen hanno presenziato Sua Maestà la Regina di Danimarca e Sua Altezza Reale il Principe Consorte.

Dichiarazioni di apertura sono state rese da Ministri e da Vice Ministri degli Stati partecipanti.

In una riunione speciale dei Ministri degli Affari Esteri degli Stati partecipanti alla CSCE, tenutasi il 5 giugno 1990, convocata su invito del Ministro degli Affari Esteri della Danimarca, è stato concordato di convocare un Comitato Preparatorio a Vienna il 10 luglio 1990 incaricato di preparare un Incontro al Vertice a Parigi dei loro Capi di Stato o di Governo.

Gli Stati partecipanti accolgono con grande soddisfazione i mutamenti politici fondamentali verificatisi in Europa dopo la prima Riunione della Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE tenutasi a Parigi nel 1989. Essi rilevano che il processo CSCE ha contribuito significativamente a determinare questi mutamenti e che tali sviluppi hanno a loro volta favorito notevolmente l'attuazione delle disposizioni dell'Atto Finale e degli altri documenti CSCE.

Essi riconoscono che la democrazia pluralistica e lo Stato di diritto sono essenziali per garantire il rispetto di tutti i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali, lo sviluppo dei contatti fra le persone e la soluzione di altre questioni aventi un correlativo carattere umanitario. Essi pertanto accolgono con favore l'impegno espresso da tutti gli Stati partecipanti verso gli ideali della democrazia e del pluralismo politico nonché la loro comune determinazione di costruire società democratiche fondate su libere elezioni e sullo Stato di diritto.

Nella Riunione di Copenhagen gli Stati partecipanti hanno compiuto un'analisi dell'attuazione dei propri impegni nel campo della dimensione umana. Essi hanno rilevato che il grado di osservanza degli impegni contenuti nelle pertinenti disposizioni dei documenti CSCE ha dimostrato un fondamentale miglioramento dopo la Riunione di Parigi. Essi, tuttavia, hanno altresì espresso l'opinione che sono necessari ulteriori passi per la piena attuazione dei loro impegni relativi alla dimensione umana.

Gli Stati partecipanti esprimono la propria convinzione che il pieno rispetto dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali e lo sviluppo di società basate su una democrazia pluralistica e sullo Stato di diritto sono requisiti preliminari per progredire verso la costituzione di un ordine durevole di pace, sicurezza, giustizia e cooperazione che essi cercano di stabilire in Europa. Essi pertanto riaffermano il proprio impegno di attuare pienamente tutte le disposizioni dell'Atto Finale e degli altri documenti CSCE relativi alla dimensione umana e di consolidare i progressi compiuti.

Essi riconoscono che la cooperazione fra loro, nonché il coinvolgimento attivo di persone, gruppi, organizzazioni e istituzioni, sarà essenziale a garantire un progresso continuo verso gli obiettivi da loro condivisi.

Al fine di rafforzare il rispetto e il godimento dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, di sviluppare i contatti fra le persone e di risolvere le questioni aventi un correlativo carattere umanitario, gli Stati partecipanti concordano quanto segue:

I

- (1) Gli Stati partecipanti esprimono il proprio convincimento che la tutela e la promozione dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali costituiscono uno dei fini fondamentali dello Stato e riaffermano che il riconoscimento di tali diritti e libertà costituisce il fondamento della libertà, della giustizia e della pace.
- (2) Essi sono determinati a sostenere e promuovere i principi di giustizia che rappresentano la base dello Stato di diritto. Essi considerano che lo Stato di diritto non consiste in una mera legalità formale che assicuri regolarità e coerenza nel conseguimento e nell'attuazione dell'ordine democratico, ma comporta altresì l'affermazione della giustizia fondata sul riconoscimento e la piena accettazione del valore supremo della persona umana e garantita da istituzioni nel cui quadro essa trovi la sua più piena espressione.
- (3) Essi riaffermano che la democrazia è un elemento inerente dello Stato di diritto. Essi riconoscono l'importanza del pluralismo per quanto riguarda le organizzazioni politiche.
- (4) Essi confermano che rispetteranno il diritto di ciascuno degli Stati di scegliere e sviluppare liberamente, conformemente ai principi internazionali sui diritti dell'uomo, il proprio sistema politico, sociale, economico e culturale. Nell'esercizio di tale diritto, essi assicureranno che le loro leggi, regolamenti, prassi e politiche siano conformi ai loro obblighi di diritto internazionale, e vengano armonizzati con le disposizioni della Dichiarazione sui Principi e con gli altri impegni CSCE.
- (5) Essi dichiarano solennemente che fra gli elementi di giustizia, essenziali per la piena affermazione della dignità inerente alla persona umana e dei diritti uguali e inalienabili di tutti gli uomini, sono compresi i seguenti:
 - (5.1) — libere elezioni da svolgersi ad intervalli ragionevoli con voto segreto o con procedure equivalenti di libera votazione, in condizioni che assicurino in pratica la libera espressione dell'opinione degli elettori nella scelta dei loro rappresentanti,
 - (5.2) — una forma di governo a carattere rappresentativo, in base alla quale l'esecutivo sia responsabile di fronte al potere legislativo elettivo o all'elettorato,
 - (5.3) — l'obbligo del governo e delle pubbliche autorità di osservare la Costituzione e di agire in modo conforme alla legge,
 - (5.4) — una netta separazione tra Stato e partiti politici; in particolare, i partiti politici non devono confondersi con lo Stato,
 - (5.5) — l'attività del governo e dell'amministrazione nonché quella del potere giudiziario saranno esercitate conformemente al sistema stabilito dalla legge. Deve essere assicurato il rispetto di tale sistema,
 - (5.6) — le forze armate e la polizia saranno sotto il controllo e la responsabilità delle autorità civili,
 - (5.7) — i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali saranno garantiti dalla legge e conformi agli obblighi derivanti dal diritto internazionale,

- (5.8) — le leggi, da adottarsi mediante procedure pubbliche, e i regolamenti saranno pubblicati, e ciò deve essere la condizione della loro applicabilità. Tali testi saranno accessibili a tutti,
- (5.9) — tutte le persone sono uguali di fronte alla legge e hanno diritto, senza discriminazione, a un'uguale tutela da parte della legge. A tale riguardo, la legge vieta qualsiasi discriminazione e garantisce a tutte le persone una tutela uguale ed effettiva contro discriminazioni comunque giustificate,
- (5.10) — ciascuno disporrà di mezzi efficaci di ricorso contro le decisioni amministrative, affinché siano garantiti il rispetto dei diritti fondamentali e l'applicazione integrale della legge,
- (5.11) — le decisioni amministrative contro una persona devono essere pienamente giustificabili e devono di regola indicare gli usuali ricorsi disponibili,
- (5.12) — l'indipendenza dei giudici e l'imparzialità nel funzionamento dei servizi giudiziari pubblici saranno assicurate,
- (5.13) — l'indipendenza della professione forense, in particolare per quanto riguarda le condizioni di ammissione e di esercizio dell'attività sarà riconosciuta e tutelata,
- (5.14) — le norme di procedura penale definiranno in modo chiaro i poteri in relazione al procedimento e alle misure che lo precedono e che lo accompagnano,
- (5.15) — chiunque sia arrestato o detenuto a seguito di un'accusa penale avrà il diritto di adire senza indugi un giudice o altro pubblico ufficiale autorizzato dalla legge ad esercitare questa funzione, affinché possa essere stabilita la legittimità del suo arresto o detenzione,
- (5.16) — l'accusato, nei giudizi penali, o chi, in un procedimento giudiziario, debba veder accertati i suoi diritti ed obblighi avrà diritto ad un'udienza pubblica e imparziale dinnanzi ad un tribunale competente, indipendente ed imparziale, previsto dalla legge,
- (5.17) — l'imputato avrà il diritto di difendersi di persona o di scegliere senza indugi il proprio difensore legale o, se non ha mezzi sufficienti per pagare per l'assistenza legale, di ottenerla gratuitamente quando l'interesse della giustizia lo richieda,
- (5.18) — nessuno sarà accusato, processato o condannato per un reato penale non previsto da una legge che ne definisca gli elementi con chiarezza e precisione,
- (5.19) — ciascuno sarà presunto innocente fino a quando non venga provata la sua colpevolezza conformemente alla legge,
- (5.20) — considerando l'importante contributo apportato dagli strumenti internazionali nel campo dei diritti dell'uomo alla realizzazione dello Stato di diritto, gli Stati partecipanti riaffermano che essi prenderanno in considerazione l'opportunità di aderire al Patto Internazionale sui Diritti Civili e Politici, al Patto Internazionale sui Diritti Economici, Sociali e Culturali e ad altri strumenti internazionali pertinenti, se non l'hanno ancora fatto,

- (5.21) — al fine di integrare i ricorsi nazionali e di meglio garantire che gli Stati partecipanti rispettino gli obblighi internazionali sottoscritti, essi prenderanno in considerazione l'opportunità di aderire ad una convenzione internazionale, regionale o universale concernente la tutela dei diritti dell'uomo, quali la Convenzione Europea sui Diritti dell'Uomo o il Protocollo Opzionale al Patto Internazionale sui Diritti Civili e Politici, che prevedono procedure di ricorso individuale ad organismi internazionali.
- (6) Gli Stati partecipanti dichiarano che la volontà del popolo, liberamente e correttamente espressa mediante elezioni periodiche e oneste, costituisce la base dell'autorità e della legittimità di ogni governo. Gli Stati partecipanti rispetteranno, di conseguenza, il diritto dei propri cittadini di partecipare al governo del proprio paese sia direttamente sia tramite rappresentanti da essi liberamente eletti mediante procedure elettorali corrette. Essi riconoscono la responsabilità di garantire e proteggere, conformemente alle proprie leggi, agli obblighi internazionali relativi ai diritti dell'uomo e agli impegni internazionali assunti, l'ordinamento democratico liberamente stabilito attraverso la volontà del popolo contro le attività di persone, gruppi od organizzazioni impegnati in azioni terroristiche o che rifiutano di rinunciare al terrorismo o alla violenza miranti a rovesciare tale ordinamento o quello di un altro Stato partecipante.
- (7) Per garantire che la volontà del popolo sia alla base dell'autorità di governo, gli Stati partecipanti
- (7.1) — terranno libere elezioni ad intervalli ragionevoli, secondo quanto stabilito dalla legge,
- (7.2) — consentiranno che tutti i seggi di almeno una Camera della legislatura nazionale siano liberamente disputati in una votazione popolare,
- (7.3) — garantiranno il suffragio universale e in condizioni di uguaglianza ai cittadini maggiorenni,
- (7.4) — assicureranno votazioni segrete o equivalenti procedure di libera votazione e che i voti siano conteggiati e riportati onestamente e i loro risultati ufficiali resi pubblici ,
- (7.5) — rispetteranno il diritto dei cittadini di candidarsi a cariche politiche o pubbliche, personalmente o in rappresentanza di partiti o organizzazioni politiche, senza discriminazione alcuna,
- (7.6) — rispetteranno il diritto degli individui e dei gruppi di costituire, in piena libertà, propri partiti politici o altre organizzazioni politiche e offriranno a tali partiti e organizzazioni politiche le garanzie giuridiche necessarie per consentire loro di competere reciprocamente sulla base dell'uguaglianza di trattamento di fronte alla legge e da parte delle autorità,
- (7.7) — assicureranno che la legge e il sistema politico consentano di condurre le campagne elettorali in un'atmosfera corretta e libera, nella quale né misure amministrative, né la violenza, né l'intimidazione impediscano ai partiti e ai candidati di esporre liberamente le proprie opinioni e posizioni o impediscano agli elettori di conoscerle e discuterle nonché di dare il proprio voto senza timore di rappresaglie,

- 7.8) — faranno sì che nessun ostacolo legale o amministrativo limiti il libero accesso ai mezzi di informazione su base non discriminatoria per tutti i raggruppamenti politici e gli individui che intendono partecipare al processo elettorale,
- (7.9) — assicureranno che i candidati che ottengono il necessario numero di voti richiesti dalla legge assumano debitamente la carica e che sia loro consentito di rimanere in carica fino alla scadenza del mandato o, comunque, fino al termine dello stesso quale regolato dalla legge, conformemente alle procedure parlamentari, costituzionali e democratiche.
- (8) Gli Stati partecipanti ritengono che la presenza di osservatori, sia stranieri sia nazionali, può migliorare il processo elettorale per gli Stati nei quali si tengono elezioni. Pertanto essi inviteranno osservatori provenienti da altri Stati partecipanti alla CSCE e le istituzioni e organizzazioni private appropriate che lo desiderino ad osservare lo svolgimento delle loro procedure elettorali nazionali nella misura consentita dalla legge. Essi inoltre si sforzeranno di agevolare un analogo accesso nel caso di procedimenti elettorali svolti ad un livello inferiore a quello nazionale. Tali osservatori si impegneranno a non interferire nelle operazioni elettorali.

II

- (9) Gli Stati partecipanti riaffermano che:
- (9.1) — ogni persona avrà diritto alla libertà di espressione, ivi compreso il diritto alla comunicazione. Tale diritto include la libertà di opinione e la libertà di ricevere e di comunicare informazioni e idee senza interferenza dell'autorità pubblica e indipendentemente dalle frontiere. L'esercizio di tale diritto può essere soggetto alle sole limitazioni previste dalla legge e che siano conformi ai principi internazionali. In particolare nessuna limitazione sarà imposta all'accesso e all'utilizzazione dei mezzi di riproduzione di documenti di qualsiasi genere, rispettando tuttavia i diritti relativi alla proprietà intellettuale, ivi compreso il diritto d'autore,
 - (9.2) — ad ogni persona sarà riconosciuto il diritto di riunione e di dimostrare pacificamente. Qualsiasi restrizione all'esercizio di tali diritti sarà prevista dalla legge e dovrà essere conforme alle norme internazionali,
 - (9.3) — il diritto di associazione sarà garantito. Sarà garantito il diritto di creare un sindacato e, fatta riserva del diritto generale dei sindacati di stabilire le proprie condizioni di associazione, quello di aderire liberamente a un sindacato. Tali diritti escludono qualsiasi controllo preventivo. La libertà di associazione dei lavoratori, ivi compreso il diritto di sciopero, sarà garantita, fatte salve le limitazioni previste dalla legge e che siano conformi alle norme internazionali,
 - (9.4) — ogni persona avrà diritto alla libertà di pensiero, coscienza e religione. Tale diritto comprende la libertà di cambiare religione o convincimento e la libertà di manifestare la propria religione o il proprio convincimento, individualmente o congiuntamente con altri, in pubblico o in privato, mediante il culto, l'insegnamento, la pratica e l'osservanza. L'esercizio di tali diritti può essere soggetto alle sole limitazioni previste dalla legge e che siano conformi alle norme internazionali,
 - (9.5) — essi rispetteranno il diritto di ciascuno a lasciare qualsiasi paese, ivi compreso il proprio, e di fare ritorno nel proprio paese, conformemente agli obblighi internazionali dello Stato e agli impegni CSCE. Restrizioni a tale diritto devono costituire rarissime eccezioni, possono considerarsi necessarie solo se rispondono ad un'esigenza pubblica specifica, perseguono un obiettivo legittimo e sono ad esso proporzionate, e non ne viene fatto abuso né applicazione arbitraria,
 - (9.6) — ogni persona ha diritto al pacifico godimento della sua proprietà, individualmente o in comune con altri. Nessuno può essere privato della sua proprietà se non per motivi di utilità pubblica e nel rispetto delle condizioni previste dalla legge che siano conformi agli impegni e agli obblighi internazionali.
- (10) Riaffermando il proprio impegno di garantire efficacemente il diritto dell'individuo di conoscere i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali e di avvalersene e di contribuire attivamente, individualmente o in associazione con altri, alla loro promozione e tutela, gli Stati partecipanti esprimono il proprio impegno di:

- (10.1) — rispettare il diritto di ciascuno, individualmente o in associazione con altri, di ricercare, ricevere e comunicare liberamente opinioni e informazioni sui diritti dell'uomo e sulle libertà fondamentali, ivi compresi i diritti di diffondere e pubblicare tali opinioni e informazioni,
- (10.2) — rispettare i diritti di ciascuno, individualmente o in associazione con altri, di esaminare e discutere l'osservanza dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali nonché di sviluppare e discutere idee per una migliore tutela dei diritti dell'uomo e mettere in atto mezzi migliori per garantire l'osservanza delle norme internazionali sui diritti dell'uomo,
- (10.3) — assicurare che ad ognuno sia consentito di esercitare il diritto di associazione, ivi compreso il diritto di costituire, aderire e partecipare a tutti gli effetti alle organizzazioni non governative che si adoperano per promuovere e tutelare i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali, inclusi i sindacati e i gruppi di vigilanza sui diritti dell'uomo,
- (10.4) — consentire ai membri di tali gruppi e organizzazioni di accedere e di comunicare senza impedimenti con organismi analoghi all'interno e fuori dei propri paesi e con organizzazioni internazionali, di realizzare scambi, contatti e attività di cooperazione con tali gruppi e organizzazioni e di sollecitare, ricevere e utilizzare contributi finanziari volontari provenienti da fonti nazionali e internazionali, come previsto dalla legge, allo scopo di promuovere e tutelare i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali.
- (11) Gli Stati partecipanti affermano inoltre che, laddove vengano invocate violazioni dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, i ricorsi efficaci disponibili comprendono
- (11.1) — il diritto dell'individuo di chiedere e ricevere un'assistenza legale adeguata,
- (11.2) — il diritto dell'individuo di chiedere e ricevere l'assistenza di altri per difendere i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali e di assistere altri nella difesa dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali,
- (11.3) — il diritto degli individui o di gruppi che agiscono a loro nome di comunicare con gli organismi internazionali competenti a ricevere ed esaminare le informazioni concernenti i presunti abusi nell'ambito dei diritti dell'uomo.
- (12) Gli Stati partecipanti, desiderando assicurare una maggiore trasparenza nell'attuazione degli impegni assunti nel Documento Conclusivo di Vienna nel capitolo sulla Dimensione Umana della CSCE, decidono di accettare come misura mirante a rafforzare la fiducia, la presenza di osservatori inviati dagli Stati partecipanti e di rappresentanti di organizzazioni non governative e di altre persone interessate ai procedimenti giudiziari secondo quanto previsto dalla legislazione nazionale e dal diritto internazionale; resta inteso che i procedimenti si possono svolgere a porte chiuse solo nelle circostanze previste dalla legge e conformemente agli obblighi del diritto internazionale e agli impegni internazionali.
- (13) Gli Stati partecipanti decidono di prestare particolare attenzione al riconoscimento dei diritti del bambino, dei suoi diritti civili e delle sue libertà individuali, dei suoi diritti economici, sociali e culturali, nonché del suo diritto ad una particolare tutela contro qualsiasi forma di violenza e di sfruttamento. Essi considereranno la possibilità di aderire, se non l'abbiano ancora fatto, alla Convenzione sui Diritti del Bambino, aperta alla firma degli Stati il 26

gennaio 1990. Essi riconosceranno nelle loro leggi nazionali i diritti del bambino così come sono stati definiti negli accordi internazionali di cui sono parti.

- (14) Gli Stati partecipanti concordano di incoraggiare nei loro paesi la creazione di condizioni adatte per la formazione di alunni e studenti di altri Stati partecipanti, ivi compresi coloro che frequentano corsi di formazione professionale e tecnica. Essi inoltre concordano di promuovere i viaggi dei giovani dei propri paesi che si rechino in altri Stati partecipanti per motivi di studio e di incoraggiare a tal fine la conclusione, ove appropriato, di accordi bilaterali e multilaterali tra le proprie istituzioni, organizzazioni e istituti di istruzione governativi pertinenti.
- (15) Gli Stati partecipanti adotteranno i provvedimenti necessari per facilitare il trasferimento delle persone condannate ed esortano gli Stati partecipanti che non sono parti della Convenzione sul Trasferimento delle Persone Condannate, firmata a Strasburgo il 21 novembre 1983, ad esaminare la possibilità di aderire alla Convenzione.
- (16) Gli Stati partecipanti
- (16.1) — riaffermano il proprio impegno di proibire la tortura e altri trattamenti o pene crudeli, inumani o degradanti, di adottare efficaci misure legislative, amministrative, giudiziarie e altre per prevenire e punire tali pratiche, di proteggere gli individui contro qualsiasi pratica psichiatrica o altre pratiche mediche che violino i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali e di adottare misure efficaci per prevenire e punire tali pratiche,
- (16.2) — ritengono urgente che venga presa in considerazione l'adesione alla Convenzione contro la Tortura e contro altri Trattamenti o Pene Crudeli, Inumani o Degradanti, qualora non lo abbiano già fatto, e siano riconosciute le competenze della Commissione contro la Tortura di cui agli articoli 21 e 22 della Convenzione e ritirate le riserve relative alla competenza della Commissione di cui all'articolo 20,
- (16.3) — sottolineano che nessuna situazione eccezionale, di qualsiasi genere, sia uno stato di guerra sia una minaccia di guerra, di instabilità politica interna o qualsiasi altra emergenza pubblica può essere addotta a giustificazione della tortura,
- (16.4) — assicureranno che l'educazione e l'informazione riguardanti il divieto della tortura saranno incluse integralmente nella formazione del personale responsabile dell'applicazione delle leggi, del personale civile o militare, sanitario, dei funzionari pubblici e di altre persone incaricate della custodia, degli interrogatori o del trattamento di qualsiasi individuo soggetto a qualsiasi forma di arresto, detenzione o incarcerazione,
- (16.5) — sottoporranno ad una revisione sistematica le norme, le istruzioni, i metodi e le prassi per l'interrogatorio, nonché le relative disposizioni alla custodia e al trattamento delle persone soggette a qualsiasi forma di arresto, detenzione o incarcerazione in qualsiasi territorio sotto la propria giurisdizione, al fine di prevenire qualsiasi caso di tortura,

- (16.6) — considereranno con priorità al fine di attuare gli interventi appropriati, conformemente alle misure e procedure convenute per l'effettiva attuazione degli impegni relativi alla dimensione umana della CSCE, qualsiasi caso di tortura e di altri trattamenti o pene inumani o degradanti di cui siano venuti a conoscenza tramite canali ufficiali o che provengano da qualsiasi altra fonte di informazione attendibile,
- (16.7) — opereranno in base al principio che la salvaguardia e la garanzia della vita e della sicurezza di qualsiasi individuo soggetto a qualsiasi forma di tortura e di altri trattamenti o pene inumani o degradanti saranno l'unico criterio per determinare l'urgenza e le priorità nell'adozione di rimedi appropriati; conseguentemente, l'esame di qualsiasi caso di tortura e di altri trattamenti o pene inumani o degradanti nell'ambito di qualsiasi altro organo o meccanismo internazionale non può essere invocato quale motivo per astenersi dall'esaminare o dall'agire in modo appropriato conformemente alle misure e procedure concordate per l'efficace attuazione degli impegni relativi alla dimensione umana della CSCE,
- (17) Gli Stati partecipanti
- (17.1) — ricordano l'impegno assunto nel Documento Conclusivo di Vienna di continuare a tenere in considerazione la questione della pena capitale e di cooperare nell'ambito delle organizzazioni internazionali competenti,
- (17.2) — in tale contesto ricordano l'adozione, da parte dell'Assemblea Generale delle Nazioni Unite del 15 dicembre 1989, del Secondo Protocollo Facoltativo della Convenzione Internazionale sui Diritti Civili e Politici mirante all'abolizione della pena capitale,
- (17.3) — rilevano le restrizioni e le salvaguardie riguardanti l'uso della pena capitale che sono state adottate dalla comunità internazionale, in particolare l'articolo 6 del Patto Internazionale sui Diritti Civili e Politici,
- (17.4) — rilevano le disposizioni del Sesto Protocollo della Convenzione Europea per la Tutela dei Diritti dell'Uomo e delle Libertà Fondamentali concernenti l'abolizione della pena capitale,
- (17.5) — rilevano le recenti misure adottate da diversi Stati partecipanti per l'abolizione della pena capitale,
- (17.6) — rilevano le attività di diverse organizzazioni non governative riguardanti la questione della pena capitale,
- (17.7) — si scambieranno informazioni nell'ambito della Conferenza sulla Dimensione Umana sulla questione dell'abolizione della pena capitale e continueranno a tenere in considerazione tale questione,
- (17.8) — renderanno accessibili all'opinione pubblica le informazioni riguardanti il ricorso alla pena capitale.
- (18) Gli Stati partecipanti
- (18.1) — rilevano che la Commissione delle Nazioni Unite sui Diritti dell'Uomo ha riconosciuto il diritto di ciascuno di manifestare obiezioni di coscienza al servizio militare,

- (18.2) — rilevano le recenti misure adottate da diversi Stati partecipanti per consentire l'esenzione dal servizio militare obbligatorio in base ad obiezioni di coscienza,
- (18.3) — rilevano le attività svolte da diverse organizzazioni non governative sulla questione delle obiezioni di coscienza al servizio militare obbligatorio,
- (18.4) — concordano di prendere in considerazione l'introduzione, ove ciò non sia ancora avvenuto, di varie forme di servizio sostitutivo, compatibili con i motivi dell'obiezione di coscienza e che in linea di massima non comportino attività di natura bellica ovvero siano di natura civile, di interesse pubblico e prive di carattere punitivo,
- (18.5) — metteranno a disposizione del pubblico informazioni su tale questione,
- (18.6) — terranno in considerazione, nell'ambito della Conferenza sulla Dimensione Umana, le pertinenti questioni relative all'esenzione delle persone dal servizio militare obbligatorio, ove esista, in base ad obiezioni di coscienza al servizio militare, e scambieranno informazioni su tali questioni.
- (19) Gli Stati partecipanti affermano che movimenti e contatti più liberi tra i propri cittadini sono importanti nel contesto della tutela e della promozione dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali. Essi assicureranno che le proprie politiche concernenti l'ingresso nei rispettivi territori siano pienamente conformi ai fini enunciati nelle disposizioni pertinenti dell'Atto Finale, del Documento Conclusivo di Madrid e del Documento Conclusivo di Vienna. Mentre riaffermano la propria determinazione di non recedere dagli impegni contenuti nei documenti CSCE, essi intendono realizzare pienamente e migliorare gli attuali impegni nel campo dei contatti fra le persone, ivi compresi quelli assunti su una base bilaterale e multilaterale. In tale contesto essi
- (19.1) — si adopereranno affinché le procedure di ingresso nei propri territori, inclusi il rilascio di visti, nonché il controllo dei passaporti e doganali, siano effettuati in buona fede e senza ingiustificati ritardi. Ove necessario, essi ridurranno il tempo d'attesa per il rilascio dei visti nonché provvederanno a snellire le pratiche e ridurranno i requisiti amministrativi riguardanti le domande di visto,
- (19.2) — nell'esaminare le domande di visto, essi faranno in modo che queste siano evase il più speditamente possibile tenendo debito conto, fra l'altro, di importanti motivi di ordine familiare, personale o professionale, particolarmente nei casi di urgente carattere umanitario,
- (19.3) — cercheranno, ove necessario, di ridurre al minimo livello i costi relativi alle domande di visto.
- (20) Gli Stati partecipanti interessati si consulteranno e, ove appropriato, coopereranno nell'affrontare i problemi che potrebbero emergere a seguito di un maggiore movimento delle persone.
- (21) Gli Stati partecipanti raccomandano di prendere in considerazione, nella prossima Riunione dei Seguiti della CSCE di Helsinki, l'opportunità di tenere una riunione di esperti su questioni consolari.
- (22) Gli Stati partecipanti riaffermano che la tutela e la promozione dei diritti dei lavoratori migranti hanno una propria dimensione umana. In tale contesto, essi

- (22.1) — concordano che la tutela e la promozione dei diritti dei lavoratori migranti riguardano tutti gli Stati partecipanti e, in quanto tali, esse dovrebbero essere considerate nel quadro del processo CSCE,
- (22.2) — riaffermano il proprio impegno di attuare pienamente nelle legislazioni nazionali i diritti dei lavoratori migranti previsti dagli accordi internazionali di cui essi sono parti,
- (22.3) — considerano che nei futuri strumenti internazionali concernenti i diritti dei lavoratori migranti essi dovrebbero tener conto del fatto che tale questione è importante per tutti gli Stati partecipanti,
- (22.4) — esprimono la propria disponibilità ad esaminare, nelle future riunioni della CSCE, gli aspetti pertinenti dell'ulteriore promozione dei diritti dei lavoratori migranti e delle loro famiglie.
- (23) Gli Stati partecipanti riaffermano la propria convinzione espressa nel Documento Conclusivo di Vienna che la promozione dei diritti economici, sociali, culturali nonché dei diritti civili e politici ha un'importanza primaria per la dignità umana e per il raggiungimento delle legittime aspirazioni di ciascun individuo. Essi pertanto riaffermano il proprio impegno assunto nel Documento della Conferenza di Bonn sulla Cooperazione Economica in Europa per la promozione della giustizia sociale e il miglioramento delle condizioni di vita e di lavoro. Nel proseguire i propri sforzi al fine di assicurare progressivamente la piena realizzazione dei diritti economici, sociali e culturali con tutti i mezzi appropriati, essi presteranno particolare attenzione ai problemi esistenti nel campo dell'occupazione, della casa, della sicurezza sociale, della sanità, dell'istruzione e della cultura.
- (24) Gli Stati partecipanti assicureranno che l'esercizio di tutti i summenzionati diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali non sarà soggetto ad alcuna restrizione, eccetto quelle che sono previste dalla legge e che sono conformi ai loro obblighi derivanti dal diritto internazionale, in particolare dal Patto Internazionale sui Diritti Civili e Politici, e dai loro impegni internazionali, in particolare dalla Dichiarazione Universale dei Diritti dell'Uomo. Tali restrizioni hanno carattere di eccezione. Gli Stati partecipanti devono assicurare che dette restrizioni non siano applicate in maniera abusiva né arbitraria, ma in modo tale da salvaguardare l'effettivo esercizio di questi diritti.
- Qualsiasi restrizione dei diritti e delle libertà deve, in una società democratica, riferirsi ad una delle finalità perseguite dalla legge applicabile ed essere rigorosamente proporzionata alle finalità di tale legge.
- (25) Gli Stati partecipanti confermano che qualsiasi deroga dagli obblighi relativi ai diritti dell'uomo e alle libertà fondamentali in una situazione di emergenza pubblica deve rientrare rigorosamente nei limiti previsti dal diritto internazionale, in particolare dagli strumenti internazionali pertinenti dai quali gli Stati sono vincolati, soprattutto rispetto ai diritti inderogabili. Essi inoltre riaffermano che:
- (25.1) — le misure che derogano da tali obblighi devono essere adottate in rigorosa conformità con i requisiti procedurali formulati in quegli strumenti,
- (25.2) — l'imposizione dello stato di emergenza pubblica deve essere proclamato ufficialmente, pubblicamente e in conformità con le condizioni previste dalla legge,

- (25.3) — le misure che derogano dagli obblighi devono essere limitate all'ambito rigorosamente richiesto dalle esigenze della situazione,
- (25.4) — tali misure non devono operare discriminazioni esclusivamente per motivi di razza, colore, sesso, lingua, religione, origine sociale o appartenenza a una minoranza.

III

(26) Gli Stati partecipanti riconoscono che una democrazia forte dipende dall'esistenza, quale parte integrante della vita nazionale, di valori e pratiche democratiche, nonché da un'ampia gamma di istituzioni democratiche. Essi pertanto devono incoraggiare, facilitare e, ove appropriato, apportare il loro sostegno agli sforzi concreti diretti ad attuare la cooperazione e lo scambio reciproco di informazioni, idee e conoscenze nonché contatti diretti e cooperazione tra persone, gruppi e organizzazioni in settori che comprendono:

- diritto costituzionale, riforma e sviluppo,
- legislazione, amministrazione e osservazione elettorale,
- istituzione e gestione di tribunali e sistemi giuridici,
- sviluppo di un servizio pubblico imparziale ed efficace, in cui le assunzioni e la carriera si basino sui meriti,
- applicazione della legge,
- governo locale e decentramento,
- accesso all'informazione e tutela della vita privata,
- sviluppo dei partiti politici e loro ruolo nelle società pluralistiche,
- sindacati liberi e indipendenti,
- movimenti cooperativi,
- sviluppo di altre forme di libera associazione e di gruppi di pubblico interesse,
- giornalismo, mezzi di informazione indipendenti e vita intellettuale e culturale,
- insegnamento dei valori democratici, istituzioni e prassi negli istituti d'istruzione e promozione di un'atmosfera favorevole ad una libera indagine.

Tali sforzi possono abbracciare i settori della cooperazione riguardanti la dimensione umana della CSCE, inclusi la formazione, lo scambio di informazioni, di libri e di materiale didattico, i programmi e progetti di cooperazione, gli scambi e le conferenze accademiche e professionali, le borse di studio, le sovvenzioni per la ricerca, la prestazione di perizie e consulenze, i contatti e programmi scientifici e commerciali.

(27) Gli Stati partecipanti devono inoltre facilitare la creazione e il rafforzamento di istituzioni nazionali indipendenti nel campo dei diritti dell'uomo e dello Stato di diritto, che possano altresì servire da punti focali per il coordinamento e la collaborazione fra tali istituzioni negli Stati partecipanti. Essi propongono che venga incoraggiata la cooperazione fra parlamentari degli Stati partecipanti, anche mediante le esistenti associazioni interparlamentari e, tra l'altro, mediante commissioni miste, dibattiti televisivi con la partecipazione di parlamentari, incontri e tavole rotonde. Essi incoraggeranno inoltre le istituzioni esistenti, quali le organizzazioni in seno al sistema delle Nazioni Unite e il Consiglio d'Europa, a continuare e ad espandere l'opera che essi hanno iniziato in questo settore.

(28) Gli Stati partecipanti riconoscono l'esperienza importante del Consiglio d'Europa nel campo dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali e concordano di prendere in considerazione ulteriori modi e mezzi per mettere in grado il Consiglio d'Europa di apportare un contributo alla dimensione umana della CSCE. Essi concordano che la natura di tale contributo potrebbe essere ulteriormente esaminata in un futuro forum della CSCE.

- (29) Gli Stati partecipanti prenderanno in considerazione l'idea di convocare una riunione o un seminario di esperti per riesaminare e discutere misure di cooperazione atte a promuovere e sostenere istituzioni democratiche vitali negli Stati partecipanti, ivi compresi gli studi comparativi delle legislazioni negli Stati partecipanti nel campo dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, fra l'altro, basandosi sull'esperienza acquisita in tale settore dal Consiglio d'Europa e sulle attività della Commissione "Democrazia attraverso il diritto".

IV

- (30) Gli Stati partecipanti riconoscono che le questioni relative alle minoranze nazionali possono essere risolte in maniera soddisfacente solo in un quadro politico democratico basato sullo Stato di diritto, con un sistema giudiziario indipendente e funzionante. Tale quadro garantisce il pieno rispetto dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali, diritti e condizioni uguali per tutti i cittadini, la libera espressione di tutti i loro interessi ed aspirazioni legittimi, il pluralismo politico, la tolleranza sociale e l'applicazione di norme giuridiche che pongano efficaci limitazioni all'abuso del potere governativo.
- Essi riconoscono inoltre l'importante ruolo delle organizzazioni non governative, ivi compresi i partiti politici, i sindacati, le organizzazioni e i gruppi religiosi, che si occupano dei diritti dell'uomo, per la promozione della tolleranza, delle diversità culturali, e per la soluzione delle questioni relative alle minoranze nazionali.
- Essi inoltre riaffermano che il rispetto dei diritti delle persone appartenenti a minoranze nazionali, in quanto parte dei diritti dell'uomo universalmente riconosciuti, è un fattore essenziale per la pace, la giustizia, la stabilità e la democrazia negli Stati partecipanti.
- (31) Le persone appartenenti a minoranze nazionali hanno il diritto di esercitare pienamente ed effettivamente i diritti dell'uomo e le libertà fondamentali senza discriminazioni di alcun genere e in piena eguaglianza dinanzi alla legge.
- Gli Stati partecipanti adotteranno, ove necessario, misure speciali allo scopo di garantire alle persone appartenenti a minoranze nazionali piena eguaglianza rispetto agli altri cittadini nell'esercizio e nel godimento dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali.
- (32) L'appartenenza ad una minoranza nazionale costituisce una scelta propria di ciascuna persona e nessuno svantaggio può derivare dall'esercizio di tale scelta.
- Le persone appartenenti a minoranze nazionali hanno il diritto di esprimere liberamente, preservare e sviluppare la propria identità etnica, culturale, linguistica o religiosa e di mantenere e sviluppare la propria cultura in tutti i suoi aspetti, al riparo da ogni tentativo di assimilazione contro la loro volontà. In particolare esse hanno il diritto:
- (32.1) — di usare liberamente la propria madrelingua nella vita privata nonché in quella pubblica,
 - (32.2) — di creare e conservare proprie istituzioni, organizzazioni o associazioni educative, culturali e religiose, che possono richiedere contributi finanziari volontari e di altro genere, nonché l'assistenza pubblica, conformemente alla legislazione nazionale,
 - (32.3) — di professare e praticare la propria religione, ivi compresi l'acquisizione, il possesso e l'uso di materiali religiosi, nonché di svolgere attività educative religiose nella propria lingua,
 - (32.4) — di stabilire e mantenere liberi contatti fra loro nel proprio paese nonché oltre frontiera con i cittadini degli altri Stati con i quali essi hanno in comune l'origine nazionale o etnica, il retaggio culturale o le convinzioni religiose,

- (32.5) — di diffondere, avere accesso e scambiare informazioni nella propria madrelingua,
- (32.6) — di costituire e mantenere organizzazioni o associazioni all'interno del proprio paese e di partecipare ad organizzazioni internazionali non governative.

Le persone appartenenti a minoranze nazionali possono esercitare e godere dei propri diritti individualmente nonché in associazione con altri membri del loro gruppo. Nessuno svantaggio può derivare ad una persona appartenente ad una minoranza nazionale a seguito dell'esercizio o del non esercizio di tali diritti.

- (33) Gli Stati partecipanti tuteleranno l'identità etnica, culturale, linguistica e religiosa delle minoranze nazionali sul loro territorio e creeranno condizioni per la promozione di tale identità. Essi adotteranno le misure necessarie a tale scopo una volta effettuate le debite consultazioni, ivi compresi i contatti con organizzazioni o associazioni di tali minoranze, conformemente alla procedura decisionale di ciascuno Stato.
Tali misure saranno conformi ai principi di eguaglianza e non discriminazione nei confronti degli altri cittadini dello Stato partecipante interessato.
- (34) Gli Stati partecipanti si adopereranno per assicurare che le persone appartenenti a minoranze nazionali, ferma restando l'esigenza di apprendere la lingua o le lingue ufficiali dello Stato in questione, dispongano di opportunità adeguate per fruire dell'istruzione della loro madrelingua o nella loro madrelingua, nonché, laddove possibile e necessario, nei rapporti con le pubbliche autorità, conformemente alla legislazione nazionale applicabile.
Nel contesto dell'insegnamento della storia e della cultura nelle istituzioni educative essi terranno conto, inoltre, della storia e della cultura delle minoranze nazionali.
- (35) Gli Stati partecipanti rispettano il diritto delle persone appartenenti a minoranze nazionali di partecipare effettivamente agli affari pubblici, ivi compresa la partecipazione alle questioni relative alla tutela e alla promozione dell'identità di tali minoranze.
Gli Stati partecipanti rilevano gli sforzi intrapresi per tutelare e creare condizioni idonee alla promozione dell'identità etnica, culturale, linguistica e religiosa di determinate minoranze nazionali mediante la costituzione, come uno dei mezzi possibili per conseguire tali finalità, di amministrazioni locali o autonome adeguate, rispondenti ai fattori specifici storici e territoriali relativi a tali minoranze e conformi alle politiche dello Stato in questione.
- (36) Gli Stati partecipanti riconoscono la particolare importanza di una maggiore cooperazione costruttiva tra loro sulle questioni relative a minoranze nazionali. Tale cooperazione cerca di promuovere la comprensione e la fiducia reciproche, relazioni amichevoli e di buon vicinato, la pace, la sicurezza e la giustizia internazionali.
Ciascuno Stato partecipante promuove un clima di mutuo rispetto, comprensione, cooperazione e solidarietà tra tutte le persone che vivono sul suo territorio, senza distinzione di origine etnica o nazionale o di religione e incoraggia la soluzione dei problemi attraverso il dialogo fondato sui principi dello Stato di diritto.
- (37) Nessuno di questi impegni può essere interpretato nel senso che da esso derivi un diritto a svolgere qualsiasi attività o compiere qualsiasi azione in contrasto con i fini e i principi dello Statuto delle Nazioni Unite, gli altri

obblighi di diritto internazionale o le disposizioni dell'Atto Finale, incluso il principio dell'integrità territoriale degli Stati.

- (38) Gli Stati partecipanti, nei loro sforzi volti a tutelare e promuovere i diritti delle persone appartenenti a minoranze nazionali, rispetteranno pienamente i propri impegni in base alle convenzioni esistenti sui diritti dell'uomo e agli altri strumenti internazionali pertinenti e prendono in considerazione l'adesione alle convenzioni pertinenti, qualora non lo abbiano ancora fatto, ivi comprese quelle che prevedono il diritto di ricorso da parte dei singoli.
- (39) Gli Stati partecipanti coopereranno strettamente in seno alle organizzazioni internazionali competenti di cui essi sono parti, ivi comprese le Nazioni Unite e, come appropriato, il Consiglio d'Europa, tenendo presente le attività da essi svolte per quanto concerne le questioni relative alle minoranze nazionali.
Essi considereranno l'opportunità di convocare una riunione di esperti per una discussione approfondita sul tema delle minoranze nazionali.
- (40) Gli Stati partecipanti condannano chiaramente e inequivocabilmente il totalitarismo, l'odio razziale ed etnico, l'antisemitismo, la xenofobia e la discriminazione contro qualsiasi persona, nonché le persecuzioni per motivi religiosi o ideologici. In tale contesto, essi riconoscono inoltre i particolari problemi dei Rom (zingari).
Essi dichiarano la propria ferma intenzione di intensificare gli sforzi per combattere questi fenomeni in tutte le loro forme e pertanto essi :
- (40.1) — prenderanno misure efficaci, inclusa l'adozione, conformemente ai propri sistemi costituzionali e ai loro obblighi internazionali, delle leggi che si rendano necessarie per assicurare la tutela contro qualsiasi atto che costituisca incitamento alla violenza contro persone o gruppi sulla base di discriminazione, ostilità od odio nazionale, razziale, etnico o religioso, ivi compreso l'antisemitismo,
- (40.2) — si impegneranno ad adottare misure appropriate e adeguate per tutelare persone o gruppi che possono essere soggetti a minacce o ad atti di discriminazione, di ostilità o di violenza a seguito della loro identità razziale, etnica, culturale, linguistica o religiosa e a proteggerne la proprietà,
- (40.3) — adotteranno, conformemente ai loro sistemi costituzionali, misure efficaci, a livello nazionale, regionale e locale, per favorire la comprensione e la tolleranza, particolarmente nei settori dell'educazione, della cultura e dell'informazione,
- (40.4) — si adopereranno per assicurare che tra i fini dell'educazione sia compreso quello di prestare particolare attenzione al problema del pregiudizio e dell'odio razziale e dello sviluppo del rispetto delle culture e civiltà diverse,
- (40.5) — riconosceranno il diritto degli individui a ricorsi efficaci e si adopereranno per riconoscere, conformemente alla legislazione nazionale, il diritto delle persone e dei gruppi interessati ad avviare e sostenere ricorsi contro atti di discriminazione, ivi compresi atti razzisti e xenofobi,

- (40.6) — prenderanno in considerazione l'adesione, qualora non lo abbiano ancora fatto, agli strumenti internazionali che contemplano il problema della discriminazione e garantiranno la piena attuazione degli obblighi ivi contenuti, compresi quelli relativi alla presentazione di rapporti periodici,
- (40.7) — considereranno inoltre l'opportunità di accettare i meccanismi internazionali che consentono agli Stati e agli individui di presentare comunicazioni concernenti la discriminazione dinnanzi ad organismi internazionali.

V

- (41) Gli Stati partecipanti riaffermano il proprio impegno nei confronti della Dimensione Umana della CSCE e sottolineano la sua importanza in quanto parte integrante di un approccio equilibrato alla sicurezza e alla cooperazione in Europa. Essi concordano che la Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE e il meccanismo della dimensione umana descritto nella sezione sulla Dimensione Umana della CSCE nel Documento Conclusivo di Vienna hanno dimostrato la loro validità quali metodi atti a promuovere il dialogo e la cooperazione tra di loro e a contribuire alla soluzione delle pertinenti questioni specifiche. Essi esprimono il proprio convincimento che tali iniziative dovrebbero essere continuate e sviluppate quali parte di un processo CSCE in espansione.
- (42) Gli Stati partecipanti riconoscono l'esigenza di accrescere ulteriormente l'efficacia delle procedure descritte nei paragrafi da 1 a 4 della sezione sulla Dimensione Umana della CSCE del Documento Conclusivo di Vienna e a questo scopo decidono:
- (42.1) — di fornire nel più breve tempo possibile, ma non oltre quattro settimane, una risposta scritta alle richieste di informazioni e alle istanze loro rivolte per iscritto da altri Stati partecipanti, in base al paragrafo 1,
- (42.2) — che le riunioni bilaterali, come previsto nel paragrafo 2, devono avere luogo il più presto possibile, di norma entro tre settimane dalla data della richiesta,
- (42.3) — di astenersi, nel corso di una riunione bilaterale tenuta in base al paragrafo 2, dal sollevare situazioni e casi non collegati con il soggetto della riunione stessa, a meno che entrambe le parti non abbiano concordato di farlo.
- (43) Gli Stati partecipanti hanno esaminato proposte pratiche per nuove misure miranti al miglioramento dell'attuazione degli impegni relativi alla Dimensione Umana della CSCE. A questo proposito essi hanno considerato proposte relative all'invio di osservatori per esaminare situazioni e casi specifici, la nomina di relatori per indagare e suggerire soluzioni appropriate, la creazione di una Commissione sulla Dimensione Umana della CSCE, un maggiore coinvolgimento di persone, organizzazioni e istituzioni nel meccanismo della dimensione umana e ulteriori sforzi bilaterali e multilaterali per promuovere la soluzione delle questioni pertinenti.
- Essi decidono di continuare a discutere in modo approfondito nei futuri fori pertinenti della CSCE queste ed altre proposte destinate a rafforzare il meccanismo della dimensione umana e a prendere in considerazione l'adozione, nel contesto dell'ulteriore sviluppo del processo CSCE, di misure nuove ed appropriate. Essi concordano che tali misure dovrebbero contribuire al conseguimento di ulteriori ed effettivi progressi, e rafforzare la prevenzione dei conflitti e la fiducia nell'ambito della Dimensione Umana della CSCE.

* * *

- (44) I rappresentanti degli Stati partecipanti esprimono la loro profonda gratitudine al popolo e al Governo della Danimarca per la perfetta organizzazione della Riunione di Copenhagen e per la calorosa ospitalità riservata alle delegazioni che hanno partecipato alla Riunione.
- (45) Conformemente alle disposizioni relative alla Conferenza sulla Dimensione Umana della CSCE contenute nel Documento Conclusivo della Riunione dei Seguiti di Vienna della CSCE, la terza Riunione della Conferenza si terrà a Mosca dal 10 settembre al 4 ottobre 1991.

Copenhagen, 29 giugno 1990

DICHIARAZIONE DEL PRESIDENTE

**SULL'ACCESSO DELLE ORGANIZZAZIONI
NON GOVERNATIVE E DEI MEZZI DI INFORMAZIONE
ALLE RIUNIONI DELLA CONFERENZA
SULLA DIMENSIONE UMANA**

Il Presidente rileva che le prassi di trasparenza e accessibilità alle Riunioni della Conferenza sulla Dimensione Umana, come sono state applicate nella Riunione di Vienna e come sono contenute nell'Allegato XI del Documento Conclusivo di tale Riunione, sono importanti per tutti gli Stati partecipanti. Al fine di continuare e sviluppare tali prassi nelle prossime riunioni CSCE della Conferenza sulla Dimensione Umana, gli Stati partecipanti concordano che dovrebbero essere rispettate le seguenti prassi di trasparenza e accessibilità:

- la libera circolazione dei membri delle organizzazioni non governative interessate nei locali della Conferenza, salvo nelle zone riservate alle delegazioni e ai servizi del Segretariato Esecutivo. Di conseguenza, il Segretariato Esecutivo rilascerà loro, su richiesta, tesserini di riconoscimento,
- liberi contatti fra i membri delle organizzazioni non governative interessate e i delegati, nonché con i rappresentanti dei mezzi di informazione accreditati,
- l'accesso ai documenti ufficiali della Conferenza in tutte le lingue di lavoro nonché a qualsiasi documento che i delegati possano desiderare di portare a conoscenza dei membri delle organizzazioni non governative interessate,
- l'opportunità per i membri delle organizzazioni non governative interessate di trasmettere ai delegati comunicazioni relative alla dimensione umana della CSCE. A tale scopo saranno loro accessibili caselle postali per ciascuna delegazione,
- il libero accesso dei delegati a tutti i documenti emanati dalle organizzazioni non governative interessate e indirizzati al Segretariato Esecutivo per informarne la Conferenza. Di conseguenza, il Segretariato Esecutivo metterà a disposizione dei delegati una raccolta regolarmente aggiornata di tali documenti.

Essi inoltre si impegnano a garantire ai rappresentanti dei mezzi di informazione:

- la libera circolazione nei locali della Conferenza, salvo nelle zone riservate alle delegazioni e ai servizi del Segretariato Esecutivo. Di conseguenza, il Segretariato Esecutivo rilascerà loro, dietro presentazione delle credenziali richieste, tesserini di riconoscimento,

- liberi contatti con i delegati e con i membri delle organizzazioni non governative interessate,
- l'accesso ai documenti ufficiali della Conferenza in tutte le lingue di lavoro.

Il Presidente rileva inoltre che la presente dichiarazione costituirà un allegato al Documento della Riunione di Copenhagen, unitamente al quale sarà pubblicata.

ДОКУМЕНТ

КОПЕНГАГЕНСКОГО СОВЕЩАНИЯ КОНФЕРЕНЦИИ ПО ЧЕЛОВЕЧЕСКОМУ ИЗМЕРЕНИЮ СБСЕ

Представители государств - участников Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе (СБСЕ) Австрии, Бельгии, Болгарии, Венгрии, Германской Демократической Республики, Федеративной Республики Германии, Греции, Дании, Ирландии, Исландии, Испании, Италии, Канады, Кипра, Лихтенштейна, Люксембурга, Мальты, Монако, Нидерландов, Норвегии, Польши, Португалии, Румынии, Сан-Марино, Святейшего Престола, Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик, Турции, Финляндии, Франции, Чехословакии, Швейцарии, Швеции и Югославии провели Совещание в Копенгагене с 5 по 29 июня 1990 года в соответствии с относящимися к Конференции по человеческому измерению СБСЕ положениями, содержащимися в Итоговом документе Венской встречи СБСЕ.

Представитель Албании присутствовал на Копенгагенском совещании в качестве наблюдателя.

Первое Совещание Конференции проводилось в Париже с 30 мая по 23 июня 1989 года.

Копенгагенское совещание было открыто и закрыто министром иностранных дел Дании.

На официальном открытии Копенгагенского совещания присутствовали Ее Величество королева Дании и Его Королевское Высочество принц.

Вступительные заявления были сделаны министрами и заместителями министров государств-участников.

На специальном заседании министров иностранных дел государств-участников СБСЕ 5 июня 1990 года, созванном по предложению министра иностранных дел Дании, было решено создать подготовительный комитет в Вене 10 июля 1990 года для подготовки встречи на высшем уровне в Париже их глав государств и правительств.

Государства-участники с большим удовлетворением приветствуют коренные политические изменения, которые произошли в Европе после проведения в Париже в 1989 году первого Совещания Конференции по человеческому измерению СБСЕ. Они отмечают, что процесс СБСЕ существенно содействовал этим изменениям и что эти события, в свою очередь, в значительной степени продвинули выполнение положений Заключительного акта и других документов СБСЕ.

Они признают, что плюралистическая демократия и правовое государство являются существенно необходимыми для обеспечения уважения всех прав человека и основных свобод, развития контактов между людьми и решения других связанных с этим вопросов гуманитарного характера. Поэтому они приветствуют выраженную всеми государствами-участниками

приверженность идеалам демократии и политическому плюрализму, а также их общую решимость строить демократические общества на основе свободных выборов и верховенства закона.

На Копенгагенском совещании государства-участники рассмотрели вопрос о выполнении своих обязательств в сфере человеческого измерения. Они выразили мнение, что степень соблюдения обязательств, содержащихся в соответствующих положениях документов СБСЕ, существенно возросла после проведения Парижского совещания. Они, однако, также выразили мнение о том, что необходимо предпринять дальнейшие шаги для полного выполнения своих обязательств, относящихся к человеческому измерению.

Государства-участники выражают свою убежденность в том, что полное уважение прав человека и основных свобод и развитие обществ, основанных на плюралистической демократии и верховенстве закона, является необходимым условием для обеспечения прогресса в деле создания стабильной обстановки прочного мира, безопасности, справедливости и сотрудничества, которую они стремятся утвердить в Европе. Поэтому они подтверждают свое обязательство в полной мере выполнять все положения Заключительного акта и других документов СБСЕ, относящихся к сфере человеческого измерения, и берут на себя обязательство наращивать и далее уже достигнутый прогресс.

Они признают, что сотрудничество между ними, а также активное участие отдельных лиц, групп, организаций и учреждений существенно необходимы для обеспечения постоянного продвижения к их общим целям.

В целях содействия уважению прав человека и основных свобод и их осуществлению, развитию контактов между людьми и решению других связанных с этим вопросов гуманитарного характера государства-участники пришли к согласию относительно следующего:

I

- (1) Государства-участники выражают свою убежденность в том, что защита и поощрение прав человека и основных свобод является одной из основополагающих целей правления, и подтверждают, что признание этих прав и свобод является основой свободы, справедливости и мира.
- (2) Они преисполнены решимости поддерживать и развивать эти принципы справедливости, которые составляют основу правового государства. Они считают, что правовое государство означает не просто формальную законность, которая обеспечивает регулярность и последовательность в достижении и поддержании демократического порядка, но и справедливость, основанную на признании и полном принятии высшей ценности человеческой личности и гарантируемую учреждениями, образующими структуры, обеспечивающие ее наиболее полное выражение.
- (3) Они подтверждают, что демократия является неотъемлемым элементом правового государства. Они признают важность плюрализма в отношении политических организаций.
- (4) Они подтверждают, что будут уважать право друг друга свободно выбирать и развивать в соответствии с международными стандартами в области прав человека свои политические, социальные, экономические и культурные системы. Осуществляя это право, они будут обеспечивать, чтобы их законы, административные правила, практика и политика соотношались с их обязательством по международному праву и были гармонизированы с положениями Декларации принципов и другими обязательствами по СБСЕ.
- (5) Они торжественно заявляют, что к числу элементов справедливости, которые существенно необходимы для полного выражения достоинства, присущего человеческой личности, и равных и неотъемлемых прав всех людей, относятся следующие:
 - (5.1) — свободные выборы, проводимые через разумные промежутки времени путем тайного голосования или равноценной процедуры свободного голосования в условиях, которые обеспечивают на практике свободное выражение мнения избирателями при выборе своих представителей;
 - (5.2) — представительная по своему характеру форма правления, при которой исполнительная власть подотчетна избранным законодательным органам или избирателям;
 - (5.3) — обязанность правительства и государственных властей соблюдать конституцию и действовать совместимым с законом образом;
 - (5.4) — четкое разделение между государством и политическими партиями; в частности, политические партии не будут сливаться с государством;

- (5.5) — деятельность правительства и администрации, а также судебных органов осуществляется в соответствии с системой, установленной законом. Уважение такой системы должно быть обеспечено;
- (5.6) — вооруженные силы и полиция находятся под контролем гражданских властей и подотчетны им;
- (5.7) — права человека и основные свободы будут гарантироваться законом и соответствовать обязательствам по международному праву;
- (5.8) — законы, принятые по завершении соответствующей гласной процедуры, и административные положения публикуются, что является условием их применения. Эти тексты будут доступны для всех;
- (5.9) — все люди равны перед законом и имеют право без какой бы то ни было дискриминации на равную защиту со стороны закона. В этой связи закон запрещает любую дискриминацию и гарантирует всем лицам равную и эффективную защиту от дискриминации по какому бы то ни было признаку;
- (5.10) — каждый человек будет обладать эффективными средствами правовой защиты против административных решений, с тем чтобы гарантировалось уважение основных прав и обеспечивалось ненанесение ущерба правовой системе;
- (5.11) — административные решения, направленные против какого-либо лица, будут полностью обоснованными и должны, как правило, содержать указание на имеющиеся обычные средства правовой защиты;
- (5.12) — независимость судей и беспристрастное функционирование государственной судебной службы обеспечиваются;
- (5.13) — независимость адвокатов признается и защищается, в частности в том что касается условий их приема на работу и практики;
- (5.14) — нормы, касающиеся уголовного процесса, будут содержать четкое определение компетенции в отношении разбирательства и мер, которые предшествуют и сопровождают такое разбирательство;
- (5.15) — каждое арестованное или задержанное по уголовному обвинению лицо имеет право, с тем чтобы можно было вынести решение относительно законности его ареста или задержания, быть в срочном порядке доставленным к судье или другому должностному лицу, уполномоченному законом осуществлять такую функцию;
- (5.16) — каждый человек имеет право при рассмотрении любого предъявленного ему уголовного обвинения или при определении его прав и обязанностей в каком-либо гражданском процессе на справедливое и открытое разбирательство компетентным, независимым и беспристрастным судом, созданным на основании закона;

- (5.17) — любое лицо, преследуемое в судебном порядке, имеет право защищать себя лично или без промедления через посредство выбранного им самим защитника, или, если это лицо не располагает достаточными средствами для оплаты услуг защитника, на безвозмездное получение таких услуг, когда этого требуют интересы правосудия;
- (5.18) — никто не будет обвинен, судим или осужден за какое-либо уголовное преступление, если только оно не предусмотрено законом, который ясно и четко определяет элементы этого преступления;
- (5.19) — каждый считается невиновным, пока виновность его не будет доказана согласно закону;
- (5.20) — считая важным вклад международно-правовых инструментов в области прав человека в обеспечение верховенства закона на национальном уровне, государства-участники подтверждают, что они рассмотрят вопрос о присоединении к Международному пакту о гражданских и политических правах, к Международному пакту об экономических, социальных и культурных правах и к другим соответствующим международно-правовым инструментам, если они еще не сделали этого;
- (5.21) — с тем, чтобы дополнить внутренние меры правовой защиты и лучше обеспечивать уважение государствами-участниками принятых на себя международных обязательств, государства-участники рассмотрят вопрос о присоединении к региональной или универсальной международной конвенции, касающейся защиты прав человека, такой как Европейская конвенция о правах человека или Факультативный протокол к Международному пакту о гражданских и политических правах, которые предусматривают процедуры правовой защиты отдельных лиц в международных органах.
- (6) Государства-участники заявляют, что воля народа, выражаемая свободно и честно в ходе периодических и подлинных выборов, является основой власти и законности любого правительства. Государства-участники соответственно уважают право своих граждан принимать участие в управлении страной непосредственно или через представителей, избираемых ими свободно в ходе честного избирательного процесса. Они признают свою ответственность за защиту и охрану в соответствии со своими законами, своими обязательствами по международному праву в области прав человека и своими международными обязательствами свободно установленный путем волеизъявления народа демократический порядок от деятельности отдельных лиц, групп или организаций, которые используют или отказываются отвергнуть терроризм или насилие, направленные на свержение этого порядка или такого порядка в другом государстве-участнике.
- (7) Для того чтобы воля народа служила основой власти правительства, государства-участники
- (7.1) — проводят свободные выборы с разумной периодичностью, как это установлено законом;

- (7.2) — допускают, чтобы все мандаты по крайней мере в одной палате национального законодательного органа были объектом свободной состязательности кандидатов в ходе всенародных выборов;
- (7.3) — гарантируют взрослым гражданам всеобщее и равное избирательное право;
- (7.4) — обеспечивают, чтобы голосование проводилось тайно или применялась равноценная процедура свободного голосования и чтобы подсчет голосов и сообщение о нем были честными, а официальные результаты были опубликованы;
- (7.5) — уважают право граждан добиваться политических или государственных постов в личном качестве или в качестве представителей политических партий или организаций без дискриминации;
- (7.6) — уважают право отдельных лиц и групп лиц создавать в условиях полной свободы свои политические партии или другие политические организации и предоставляют таким политическим партиям и организациям необходимые юридические гарантии, позволяющие им соревноваться друг с другом на основе равенства перед законом и органами власти;
- (7.7) — обеспечивают, чтобы закон и государственная политика допускали проведение политических кампаний в атмосфере свободы и честности, в которой никакие административные действия, насилие или запугивание не удерживали бы партии и кандидатов от свободного изложения своих взглядов и оценок, а также не мешали бы избирателям знакомиться с ними и обсуждать их или голосовать свободно, не опасаясь наказания;
- (7.8) — обеспечивают, чтобы не устанавливались какие-либо юридические или административные барьеры для беспрепятственного доступа к средствам массовой информации на недискриминационной основе для всех политических группировок и отдельных лиц, желающих принять участие в избирательном процессе;
- (7.9) — обеспечивают, чтобы кандидаты, получившие необходимое число голосов, определенное законом, надлежащим образом вступали в должность и могли оставаться в должности до истечения срока своих полномочий или до их прекращения иным образом, который регулируется законом в соответствии с демократическими парламентскими и конституционными процедурами.

- (8) Государства-участники считают, что присутствие наблюдателей, как иностранных, так и национальных, может повысить авторитетность избирательного процесса для государств, в которых проводятся выборы. Поэтому они приглашают наблюдателей от любых других государств-участников СБСЕ и любых соответствующих частных учреждений и организаций, которые пожелают этого, наблюдать за ходом их национальных выборов в объеме, допускаемом законом. Они также будут стремиться содействовать такому же доступу к избирательным процессам, проводимым на более низком, чем общенациональный, уровне. Такие наблюдатели будут брать на себя обязательство не вмешиваться в избирательный процесс.

II

- (9) Государства-участники подтверждают, что
- (9.1) — каждый человек имеет право на свободу выражения своего мнения, включая право на общение. Это право включает свободу придерживаться своего мнения и получать и распространять информацию и идеи без вмешательства со стороны государственных властей и независимо от государственных границ. Осуществление этого права может быть предметом лишь таких ограничений, которые предписаны законом и соответствуют международным стандартам. В частности, не будет установлено никаких ограничений на доступ к средствам для размножения документов всех видов и на их использование при соблюдении, тем не менее, прав, касающихся интеллектуальной собственности, включая авторское право;
 - (9.2) — каждый человек имеет право на мирные собрания и демонстрации. Любые ограничения, которые могут быть установлены в отношении осуществления этих прав, предписываются законом и соответствуют международным стандартам;
 - (9.3) — право на ассоциацию гарантируется. Право создавать и, в зависимости от общего права профсоюза определять свое членство, свободно вступать в профсоюз, гарантируется. Эти права исключают любой предварительный контроль. Свобода ассоциации для рабочих, включая свободу забастовок, гарантируется с ограничениями, предписанными законом и соответствующими международным стандартам;
 - (9.4) — каждый человек имеет право на свободу мысли, совести и религии. Это право включает свободу менять религию или убеждения и свободу исповедовать свою религию или веру как индивидуально, так и совместно с другими, публично или частным образом путем отправления культа, обучения и выполнения религиозных и ритуальных обрядов. Осуществление этих прав подлежит лишь таким ограничениям, которые предписаны законом и соответствуют международным стандартам;
 - (9.5) — они будут уважать право каждого человека покидать любую страну, включая свою собственную, и возвращаться в свою страну в соответствии с международными обязательствами государства по международному праву и обязательствами по СБСЕ. Ограничения этого права будут носить характер весьма редких исключений, будут считаться необходимыми лишь в тех случаях, когда они отвечают конкретной общественной потребности, преследуют законную цель и соразмерны этой цели и не будут предметом злоупотребления или произвольного применения;
 - (9.6) — каждый человек имеет право на мирное использование своей собственности индивидуально либо совместно с другими. Никто не может быть лишен своей собственности, за исключением случаев, определяемых общественными

интересами, и на условиях, предусмотренных законом и соответствующих международным обязательствам и обязательствам по международному праву.

- (10) Подтверждая свое обязательство эффективно обеспечивать право отдельного лица знать права человека и основные свободы и поступать в соответствии с ними и самостоятельно или совместно с другими вносить активный вклад в их развитие и защиту, государства-участники заявляют о своем обязательстве:
- (10.1) — уважать право каждого самостоятельно или совместно с другими запрашивать, получать и передавать свободно мнения и информацию о правах человека и основных свободах, включая право распространять и публиковать такие мнения и информацию;
 - (10.2) — уважать право каждого самостоятельно или совместно с другими изучать и обсуждать вопросы соблюдения прав человека и основных свобод и готовить и обсуждать соображения относительно улучшения защиты прав человека и более совершенных средств обеспечения соблюдения международных стандартов в области прав человека;
 - (10.3) — обеспечивать, чтобы отдельным лицам было разрешено осуществлять право на ассоциацию, включая право создавать, присоединяться и эффективно участвовать в деятельности неправительственных организаций, которые стремятся поощрять и защищать права человека и основные свободы, включая профсоюзы и группы по наблюдению за соблюдением прав человека;
 - (10.4) — разрешать членам таких групп и организаций иметь беспрепятственный доступ и поддерживать связь с подобными органами в своих странах и за их пределами и с международными организациями, обмениваться мнениями, поддерживать контакты и сотрудничать с такими группами и организациями и испрашивать, получать и использовать с целью поощрения и защиты прав человека и основных свобод добровольные финансовые взносы из национальных и международных источников, как это предусматривается законом;
- (11) Государства-участники заявляют далее, что в случаях, когда, как утверждается, имело место нарушение прав человека и основных свобод, имеющиеся эффективные средства правовой защиты включают
- (11.1) — право отдельного лица запрашивать и получать адекватную юридическую помощь;
 - (11.2) — право отдельного лица запрашивать и получать помощь от других в защите прав человека и основных свобод и помогать другим в защите прав человека и основных свобод;
 - (11.3) — право отдельных лиц или групп, действующих от их имени, поддерживать связь с международными органами, наделенными компетенцией получать и рассматривать информацию, касающуюся утверждений о нарушении прав человека.

- (12) Государства-участники, желая обеспечить большую открытость в выполнении обязательств, взятых на себя в разделе о человеческом измерении СБСЕ венского Итогового документа, постановляют принять в качестве меры по укреплению доверия присутствие наблюдателей, направляемых государствами-участниками, и представителей неправительственных организаций и других заинтересованных лиц на судебных процессах, как это предусматривается в национальном законодательстве и международном праве; при этом понимается, что судебные процессы могут быть закрытыми (in camera) лишь при наличии обстоятельств, предписанных законом и соответствующих обязательствам по международному праву и международным обязательствам.
- (13) Государства-участники принимают решение уделять особое внимание признанию прав ребенка, его гражданских прав и личных свобод, его экономических, социальных и культурных прав и его права на особую защиту от всех видов насилия и эксплуатации. Они рассмотрят вопрос о присоединении, если они еще не сделали этого, к Конвенции о правах ребенка, которая была открыта для подписания государствами 26 января 1990 года. Они признают в своем внутреннем законодательстве права ребенка, зафиксированные в международных соглашениях, сторонами которых они являются.
- (14) Государства-участники соглашаются поощрять создание в своих странах условий для обучения студентов и учащихся из других государств-участников, включая лиц, проходящих профессионально-техническую подготовку. Они также соглашаются содействовать поездкам молодежи из своих стран для получения образования в других государствах-участниках и в этих целях поощрять заключение, где это необходимо, двусторонних и многосторонних соглашений между их соответствующими правительственными учреждениями, организациями и учебными заведениями.
- (15) Государства-участники будут действовать таким образом, чтобы облегчать передачу осужденных лиц и побуждать те государства-участники, которые не являются сторонами Конвенции о передаче осужденных лиц, подписанной в Страсбурге 21 ноября 1983 года, рассмотреть вопрос о присоединении к этой Конвенции.
- (16) Государства-участники
- (16.1) — подтверждают свое обязательство запретить пытки и другие жестокие, бесчеловечные или унижающие достоинство виды обращения и наказания, принять эффективные законодательные, административные, судебные и другие меры для предотвращения такой практики и наказания за нее, защищать отдельных лиц от какой-либо психиатрической или иной медицинской практики, которая нарушает права человека и основные свободы, и принять эффективные меры для предотвращения такой практики и наказания за нее;
- (16.2) — намереваются в срочном порядке рассмотреть вопрос о присоединении к Конвенции против пыток и других жестоких, бесчеловечных или унижающих достоинство видов обращения и наказания, если они еще не сделали этого, и признании

компетенции Комитета против пыток в соответствии со статьями 21 и 22 Конвенции и снятии оговорок относительно компетенции Комитета в соответствии со статьей 20;

- (16.3) — подчеркивают, что никакие исключительные обстоятельства, будь то состояние войны или угроза войны, внутренняя политическая нестабильность или любое другое чрезвычайное положение, не могут служить оправданием пыток;
 - (16.4) — будут обеспечивать, чтобы образование и информация относительно запрещения пыток полностью включались в подготовку работников гражданских и военных правоохранительных органов, медицинского персонала, государственных служащих и других лиц, которые могут иметь дело с содержанием под стражей, ведением допроса или обращением с любым лицом, подвергшимся какой-либо форме ареста, задержания или тюремного заключения;
 - (16.5) — будут систематически рассматривать правила, инструкции, методы и практику ведения допроса, а также условия содержания под стражей и обращения с лицами, подвергшимися какой-либо форме ареста, задержания или тюремного заключения на любой территории под их юрисдикцией, с тем чтобы не допустить каких-либо случаев пыток;
 - (16.6) — будут в первоочередном порядке принимать для рассмотрения и проведения надлежащих действий, отвечающих согласованным мерам и процедурам эффективного выполнения обязательств, относящихся к человеческому измерению СБСЕ, любые случаи пыток и других бесчеловечных или унижающих достоинство видов обращения и наказания, о которых им стало известно по официальным каналам или из какого-либо иного надежного источника информации;
 - (16.7) — будут действовать при том понимании, что сохранение и гарантия жизни и безопасности любого лица, подвергающегося какой-либо форме пыток и других бесчеловечных или унижающих человеческое достоинство видов обращения и наказания, будет единственным критерием при определении срочности и первоочередности при применении надлежащих средств для исправления положения; и поэтому рассмотрение любых случаев пыток и других бесчеловечных или унижающих достоинство видов обращения и наказания в рамках любого другого международного органа или механизма не может служить основанием для того, чтобы воздержаться от рассмотрения и проведения надлежащих действий в соответствии с согласованными мерами и процедурами эффективного выполнения обязательств, относящихся к человеческому измерению СБСЕ.
- (17) Государства-участники
- (17.1) — напоминают о принятом по венскому Итоговому документу обязательстве оставить вопрос о смертной казни на рассмотрении и сотрудничать в рамках соответствующих международных организаций;

- (17.2) — напоминают в этом контексте о принятии Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций 15 декабря 1989 года второго Факультативного протокола к Международному пакту о гражданских и политических правах, имеющего целью отмену смертной казни;
- (17.3) — отмечают ограничения и гарантии в отношении применения смертной казни, которые были приняты международным сообществом, в частности в статье 6 Международного пакта о гражданских и политических правах;
- (17.4) — отмечают положения шестого Протокола к Европейской конвенции о защите прав человека и основных свобод, касающиеся отмены смертной казни;
- (17.5) — отмечают принятые в последнее время рядом государств-участников меры по отмене смертной казни;
- (17.6) — отмечают деятельность некоторых неправительственных организаций по вопросу о смертной казни;
- (17.7) — будут обмениваться информацией в рамках Конференции по человеческому измерению по вопросу об отмене смертной казни и продолжать рассматривать этот вопрос;
- (17.8) — будут предоставлять общественности информацию относительно применения смертной казни.
- (18) Государства-участники
 - (18.1) — отмечают, что Комиссия по правам человека Организации Объединенных Наций признала право каждого отказываться от военной службы по убеждениям совести;
 - (18.2) — отмечают меры, принятые в последнее время рядом государств-участников, с тем чтобы разрешать освобождать от обязательной военной службы на основании отказа по убеждениям совести;
 - (18.3) — отмечают деятельность некоторых неправительственных организаций в связи с отказом от обязательной военной службы по убеждениям совести;
 - (18.4) — соглашаются рассмотреть вопрос о введении, где это еще не было сделано, различных форм альтернативной службы, которые совместимы с мотивами отказа по убеждениям совести, причем такие формы альтернативной службы в принципе не будут связаны со службой в боевых частях или будут иметь гражданский характер, будут общественно полезными и не будут носить характера какого-либо наказания;
 - (18.5) — сделать информацию по этому вопросу доступной общественности;
 - (18.6) — оставят на рассмотрении в рамках Конференции по человеческому измерению соответствующие вопросы, связанные с освобождением от обязательной военной службы, где таковая существует, отдельных лиц на основании отказа от

службы в вооруженных силах по убеждениям совести и будут обмениваться информацией по этим вопросам.

- (19) Государства-участники подтверждают, что более свободное передвижение и контакты между их гражданами имеют важное значение в контексте защиты и развития прав человека и основных свобод. Они будут обеспечивать, чтобы их политика в отношении въезда на их территории в полной мере соответствовала целям, изложенным в соответствующих положениях Заключительного акта, мадридского Итогового документа и венского Итогового документа. Подтверждая свою решимость не отступать от обязательств, содержащихся в документах СБСЕ, они обязуются полностью выполнять и совершенствовать нынешние обязательства в области контактов между людьми, в том числе на двусторонней и многосторонней основе. В этом контексте они будут:
- (19.1) — стремиться осуществлять процедуры въезда на их территории, включая выдачу виз, паспортный и таможенный контроль, добросовестно и без неоправданных задержек. Там, где это необходимо, они будут сокращать сроки принятия решений о выдаче виз, а также упрощать практику и сокращать административные требования в отношении ходатайств о получении виз;
- (19.2) — обеспечивать при рассмотрении ходатайств о получении виз, чтобы этот процесс проходил как можно быстрее для того, чтобы, в частности, должным образом учитывались важные семейные, личные или профессиональные соображения, особенно в случаях срочного гуманитарного характера;
- (19.3) — стараться, там где это необходимо, снижать сборы, связанные с ходатайствами о выдаче виз до самого низкого возможного уровня;
- (20) Заинтересованные государства-участники будут консультироваться и, где это целесообразно, сотрудничать при рассмотрении проблем, которые могут возникнуть в результате возросшего передвижения людей.
- (21) Государства-участники рекомендуют рассмотреть на следующей встрече СБСЕ в Хельсинки вопрос о целесообразности проведения совещания экспертов по консульской тематике.
- (22) Государства-участники подтверждают, что защита и поощрение прав рабочих-мигрантов имеют свое человеческое измерение. В этом контексте они
- (22.1) — соглашаются, что защита и поощрение прав рабочих-мигрантов является задачей всех государств-участников и как таковые они должны рассматриваться в рамках процесса СБСЕ;
- (22.2) — подтверждают свое обязательство полностью обеспечивать в своем внутреннем законодательстве права рабочих-мигрантов, предусмотренные международными соглашениями, участниками которых они являются;

- (22.3) — считают, что в будущих международных инструментах, касающихся прав рабочих-мигрантов, они должны учитывать тот факт, что данный вопрос важен для них всех;
- (22.4) — выражают свою готовность изучить на будущих совещаниях СБСЕ соответствующие аспекты дальнейшего поощрения прав рабочих-мигрантов и их семей.
- (23) Государства-участники подтверждают выраженную ими в венском Итоговом документе уверенность в том, что поощрение экономических, социальных и культурных прав, а также гражданских и политических прав имеет первостепенное значение для обеспечения человеческого достоинства и реализации законных чаяний каждого человека. Они также подтверждают принятое ими в Документе боннской Конференции по экономическому сотрудничеству в Европе обязательство относительно содействия поощрению социальной справедливости и улучшения условий жизни и труда. В контексте продолжения своих усилий в целях постепенного достижения полной реализации экономических, социальных и культурных прав всеми надлежащими способами они будут уделять особое внимание проблемам в области занятости, обеспечения жильем, социального обеспечения, здравоохранения, образования и культуры.
- (24) Государства-участники будут обеспечивать, чтобы осуществление всех прав человека и основных свобод, изложенных выше, не могло быть объектом никаких ограничений, кроме тех, которые предусмотрены законом и соответствуют их обязательствам по международному праву, в частности по Международному пакту о гражданских и политических правах, и их международными обязательствами, в частности по Всеобщей декларации прав человека. Эти ограничения носят характер исключений. Государства-участники будут обеспечивать, чтобы этими ограничениями не злоупотребляли и чтобы они применялись не произвольно, а так, чтобы обеспечивалось эффективное осуществление этих прав.
Любое ограничение прав и свобод в демократическом обществе должно быть увязано с одной из целей применяемого закона и должно быть строго соразмерно предназначению этого закона.
- (25) Государства-участники подтверждают, что любое отступление от обязательств, относящихся к правам человека и основным свободам, в условиях чрезвычайного положения должно оставаться строго в пределах, предусмотренных международным правом, в частности, соответствующими международными инструментами, участниками которых они являются, особенно в том, что касается прав, от которых не может быть отступлений. Они также подтверждают, что
- (25.1) — меры, представляющие собой отступление от таких обязательств, должны приниматься в строгом соответствии с процедурными требованиями, изложенными в этих инструментах;
- (25.2) — введение чрезвычайного положения должно быть объявлено официально, публично и в соответствии с положениями, закрепленными законом;

- (25.3) — меры, представляющие собой отступление от обязательств, будут строго ограничиваться рамками, которых требует острота положения;
- (25.4) — такие меры не повлекут за собой дискриминации исключительно на основе расовой принадлежности, цвета кожи, пола, языка, религии, социального происхождения или принадлежности к меньшинству.

III

(26) Государства-участники признают, что жизнеспособная демократия зависит от существования как составной части национальной жизни демократических ценностей и практики, а также широкого круга демократических институтов. Они будут поэтому поощрять, облегчать и, там где это целесообразно, поддерживать совместные практические усилия и обмен информацией, идеями и опытом между ними и в рамках прямых контактов и сотрудничества между отдельными лицами, группами и организациями в областях, включающих следующее:

- конституционные право, реформы и развитие,
- законодательство о выборах, проведении выборов и наблюдении за ними,
- создание судов и правовых систем и управление ими,
- развитие беспристрастной и эффективной государственной службы, в рамках которой прием на работу и продвижение по службе основываются на системе учета личных достоинств работников,
- проведение законов в жизнь,
- местное управление и децентрализация,
- доступ к информации и обеспечение конфиденциальности,
- формирующиеся политические партии и их роль в плюралистических обществах,
- свободные и независимые профсоюзы,
- кооперативные движения,
- развитие других форм свободной ассоциации и групп, преследующих общественные интересы,
- журналистика, независимые средства массовой информации, интеллектуальная и культурная жизнь,
- преподавание знаний о демократических ценностях, институтах и практике в учебных заведениях, а также обеспечение атмосферы свободного познания.

Такие усилия могут охватывать спектр сотрудничества в рамках человеческого измерения СБСЕ, включая обучение, обмен информацией, книгами и учебными материалами, совместные программы и проекты, научные и профессиональные обмены и конференции, стипендии, субсидии на научные исследования, предоставление экспертных знаний и консультативных услуг, деловые и научные контакты и программы.

(27) Государства-участники будут также содействовать созданию и укреплению независимых национальных институтов в области прав человека и верховенства закона, которые могут также выступать в качестве центров координации и сотрудничества между такими институтами в государствах-участниках. Они предлагают поощрять сотрудничество между парламентариями государств-участников, в том числе через существующие межпарламентские ассоциации и, в частности, через совместные комиссии, телевизионные дебаты с участием парламентариев, встречи и обсуждения за "круглым столом". Они будут также поощрять существующие учреждения, такие как организации системы Организации Объединенных Наций и Совет Европы, к продолжению и расширению начатой ими работы в этой области.

- (28) Государства-участники признают важный опыт Совета Европы в области прав человека и основных свобод и соглашаются изучить дальнейшие пути и средства, позволяющие Совету Европы внести свой вклад в человеческое измерение СБСЕ. Они соглашаются, что характер этого вклада мог бы быть изучен в дальнейшем на одном из будущих форумов СБСЕ.
- (29) Государства-участники рассмотрят идею созыва совещания или семинара экспертов для рассмотрения и обсуждения мер сотрудничества по сохранению и развитию жизнеспособных демократических институтов в государствах-участниках, включая сравнительное изучение законодательства в государствах-участниках в области прав человека и основных свобод, с использованием, в частности, опыта, накопленного в этой области Советом Европы, и деятельности Комиссии "Демократия через закон".

IV

- (30) Государства-участники признают, что вопросы, относящиеся к национальным меньшинствам, могут быть удовлетворительным образом решены только в демократических политических рамках, основанных на верховенстве закона, в условиях функционирования независимой судебной системы. Эти рамки гарантируют полное уважение прав человека и основных свобод, равные права и положение всех граждан, свободное выражение всех их законных интересов и чаяний, политический плюрализм, социальную терпимость и выполнение правовых норм, ставящих эффективные препятствия на пути злоупотребления государственной властью.
- Они также признают важную роль неправительственных организаций, включая политические партии, профсоюзы, организации по правам человека и религиозные группы, в поощрении терпимости, культурного многообразия и в решении вопросов, относящихся к национальным меньшинствам.
- Они далее подтверждают, что уважение прав лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, как части общепризнанных прав человека, является существенным фактором мира, справедливости, стабильности и демократии в государствах-участниках.
- (31) Лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, имеют право полностью и эффективно осуществлять свои права человека и основные свободы без какой-либо дискриминации и в условиях полного равенства перед законом.
- Государства-участники примут, в случае необходимости, специальные меры с целью гарантировать лицам, принадлежащим к национальным меньшинствам, полное равенство с другими гражданами в осуществлении прав человека и основных свобод и пользовании ими.
- (32) Принадлежность лица к национальному меньшинству является предметом его личного выбора, и никакие неблагоприятные последствия не могут возникать из осуществления такого выбора.
- Лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, имеют право свободно выражать, сохранять и развивать свою этническую, культурную, языковую или религиозную самобытность и поддерживать и развивать свою культуру во всех ее аспектах, не подвергаясь каким-либо попыткам ассимиляции вопреки своей воле. В частности, они имеют право:
- (32.1) — свободно пользоваться своим родным языком в личной и общественной жизни;
 - (32.2) — создавать и поддерживать свои собственные образовательные, культурные и религиозные учреждения, организации или ассоциации, которые могут искать добровольную финансовую и другую помощь, а также государственную поддержку в соответствии с национальным законодательством;
 - (32.3) — исповедовать свою религию, в том числе приобретать, обладать и использовать религиозные материалы и осуществлять религиозную деятельность в области образования на своем родном языке;

- (32.4) — устанавливать и поддерживать беспрепятственные контакты между собой в пределах своей страны, а также через границы с гражданами других государств, с которыми они имеют общее этническое или национальное происхождение, культурное наследие или религиозные верования;
- (32.5) — распространять информацию, иметь доступ к ней и обмениваться информацией на своем родном языке;
- (32.6) — создавать и поддерживать организации или ассоциации в пределах своей страны и участвовать в деятельности международных неправительственных организаций.

Лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, могут осуществлять свои права и пользоваться ими на индивидуальной основе, а также совместно с другими членами своей группы. Для лица, принадлежащего к национальному меньшинству, не может возникать никаких неблагоприятных последствий по причине осуществления или неосуществления любого из таких прав.

- (33) Государства-участники будут защищать этническую, культурную, языковую и религиозную самобытность национальных меньшинств на своей территории и создавать условия для поощрения этой самобытности. Они будут принимать необходимые меры с этой целью после проведения надлежащих консультаций, включая контакты с организациями или ассоциациями таких меньшинств, в соответствии с процедурой принятия решений каждого государства.

Любые такие меры будут соответствовать принципам равенства и недискриминации в отношении других граждан соответствующих государств-участников.

- (34) Государства-участники будут стремиться гарантировать, чтобы лица, принадлежащие к национальным меньшинствам, вне зависимости от необходимости изучать официальный язык или официальные языки соответствующего государства, имели надлежащие возможности для обучения своему родному языку или на своем родном языке, а также, там где это возможно и необходимо, для его использования в государственных органах в соответствии с применяемым национальным законодательством.

В контексте преподавания истории и культуры в учебных заведениях они также будут учитывать историю и культуру национальных меньшинств.

- (35) Государства-участники будут уважать право лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, на эффективное участие в государственных делах, включая участие в делах, относящихся к защите и поощрению самобытности таких меньшинств.

Государства-участники отмечают усилия, предпринятые с целью защиты и создания условий для поощрения этнической, культурной, языковой и религиозной самобытности определенных национальных меньшинств путем создания в качестве одного из возможных средств для достижения этих целей, в соответствии с политикой заинтересованного государства, надлежащих местных или автономных органов управления, отвечающих конкретным историческим и территориальным условиям таких меньшинств.

- (36) Государства-участники признают особую важность развития конструктивного сотрудничества между ними по вопросам

национальных меньшинств. Такое сотрудничество имеет своей целью содействие взаимопониманию и доверию, дружественным и добрососедским отношениям, международному миру, безопасности и справедливости.

Каждое государство-участник будет содействовать климату взаимного уважения, понимания, сотрудничества и солидарности между всеми лицами, проживающими на его территории, без различия этнического или национального происхождения или религии и будут поощрять решение проблем с помощью диалога, основанного на принципах верховенства закона.

- (37) Ни одно из этих положений не может толковаться как подразумевающее какое-либо право заниматься любой деятельностью или осуществлять любое действие вопреки целям и принципам Устава Организации Объединенных Наций, другим обязательствам по международному праву или положениям Заключительного акта, включая принцип территориальной целостности государств.
- (38) Государства-участники в своих усилиях по защите и поощрению прав лиц, принадлежащих к национальным меньшинствам, будут в полной мере соблюдать свои обязательства согласно существующим конвенциям по правам человека и другим соответствующим международным инструментам и рассмотрят вопрос о присоединении к соответствующим конвенциям, если они этого еще не сделали, включая конвенции, предусматривающие право отдельных лиц на жалобу.
- (39) Государства-участники будут тесно сотрудничать в компетентных международных организациях, членами которых они являются, включая Организацию Объединенных Наций и, в соответствующих случаях, Совет Европы, с учетом проводимой ими работы в отношении вопросов, касающихся национальных меньшинств.
Они рассмотрят вопрос о созыве совещания экспертов для всестороннего обсуждения вопроса о национальных меньшинствах.
- (40) Государства-участники четко и безоговорочно осуждают тоталитаризм, расовую и этническую ненависть, антисемитизм, ксенофобию и дискриминацию против кого бы то ни было, а также преследование по религиозным и идеологическим мотивам. В этом контексте они также признают особые проблемы рома (цыган)
Они заявляют о своем твердом намерении активизировать усилия по борьбе с этими явлениями во всех их формах и поэтому
- (40.1) — будут принимать эффективные меры, включая, в соответствии с их конституционными системами и их международными обязательствами, принятие таких законов, которые могут быть необходимы для обеспечения защиты от любых актов, которые представляют собой подстрекательство к насилию против лиц или групп, основанное на национальной, расовой, этнической или религиозной дискриминации, враждебности или ненависти, включая антисемитизм;
- (40.2) — возьмут на себя обязательство принять надлежащие и соответствующие меры для защиты лиц или групп, которые могут подвергаться угрозам или актам дискриминации, враждебности или насилия в результате их расовой,

этнической, культурной, языковой или религиозной самобытности, и для защиты их собственности;

- (40.3) — будут принимать эффективные меры в соответствии с их конституционными системами, на национальном, региональном и местном уровнях для содействия взаимопониманию и терпимости, особенно в областях образования, культуры и информации;
- (40.4) — будут стремиться обеспечивать, чтобы в рамках задач по образованию уделялось особое внимание проблеме расовых предрассудков и ненависти и укреплению уважения к различным цивилизациям и культурам;
- (40.5) — будут признавать право каждого лица на эффективные средства правовой защиты и будут стремиться признавать, в соответствии с национальным законодательством, право заинтересованных лиц и групп выступать с жалобами и поддерживать жалобы по поводу актов дискриминации, включая акты расизма и ксенофобии;
- (40.6) — рассмотрят вопрос о присоединении, если они этого еще не сделали, к международным инструментам, в которых рассматривается проблема дискриминации, и будут обеспечивать полное выполнение взятых по ним обязательств, включая обязательства, касающиеся представления периодических докладов;
- (40.7) — рассмотрят также вопрос о признании тех международных механизмов, которые позволяют государствам и отдельным лицам направлять сообщения, касающиеся дискриминации, в международные органы.

- (41) Государства-участники подтверждают свою приверженность человеческому измерению СБСЕ и подчеркивают его важность как составной части сбалансированного подхода к безопасности и сотрудничеству в Европе. Они согласны в том, что Конференция по человеческому измерению СБСЕ и механизм человеческого измерения, как они определены в разделе о человеческом измерении СБСЕ венского Итогового документа, продемонстрировали свою ценность как методы продвижения их диалога и сотрудничества и содействия решению соответствующих конкретных вопросов. Они выражают свою убежденность в том, что эти методы должны получить свое продолжение и развитие как составная часть углубляющегося процесса СБСЕ.
- (42) Государства-участники признают необходимость дальнейшего повышения эффективности процедур, как они определены в пунктах 1-4 раздела о человеческом измерении СБСЕ венского Итогового документа, и с этой целью постановляют:
- (42.1) — давать в как можно более короткие сроки, но не позднее чем через четыре недели, письменные ответы на запросы об информации и на представления, сделанные им в письменном виде другими государствами-участниками в соответствии с пунктом 1;
- (42.2) — что двусторонние встречи, предусмотренные пунктом 2, будут проводиться по возможности скорее, как правило, в течение трех недель со дня представления запроса;
- (42.3) — воздерживаться в ходе двусторонних встреч, проводимых в соответствии с пунктом 2, от постановки вопроса о ситуациях и случаях, не связанных с предметом этих встреч, если только обе стороны не договорятся об этом.
- (43) Государства-участники изучили практические предложения о новых мерах, направленных на улучшение выполнения обязательств, относящихся к человеческому измерению СБСЕ. В этой связи они рассмотрели предложения, касающиеся направления наблюдателей для изучения ситуаций и конкретных случаев, назначения докладчиков для проведения расследования и внесения предложений относительно соответствующих решений, создания Комитета по человеческому измерению СБСЕ, расширения участия отдельных лиц, организаций и учреждений в механизме человеческого измерения и развития двусторонних и многосторонних усилий с целью содействия решению соответствующих вопросов.
- Они решают продолжить всестороннее обсуждение на последующих соответствующих форумах СБСЕ этих и других предложений, направленных на укрепление механизма человеческого измерения, и рассмотреть вопрос о принятии, в контексте дальнейшего развития процесса СБСЕ, надлежащих новых мер. Они согласны в том, что эти меры должны способствовать достижению дальнейшего эффективного прогресса, содействовать предотвращению конфликтов и доверию в области человеческого измерения СБСЕ.

* * *

- (44) Представители государств-участников выражают свою глубокую признательность народу и правительству Дании за прекрасную организацию Копенгагенского совещания и за сердечное гостеприимство, оказанное делегациям, которые участвовали в Совещании.
- (45) В соответствии с положениями относительно Конференции по человеческому измерению СБСЕ, содержащимися в Итоговом документе Венской встречи, третье совещание Конференции будет проходить в Москве с 10 сентября по 4 октября 1991 года.

Копенгаген, 29 июня 1990 года

ЗАЯВЛЕНИЕ ПРЕДСЕДАТЕЛЯ

**ПО ВОПРОСУ О ДОСТУПЕ НЕПРАВИТЕЛЬСТВЕННЫХ ОРГАНИЗАЦИЙ И СРЕДСТВ
МАССОВОЙ ИНФОРМАЦИИ НА СОВЕЩАНИЯ КОНФЕРЕНЦИИ ПО ЧЕЛОВЕЧЕСКОМУ
ИЗМЕРЕНИЮ**

Председатель отмечает, что практика открытости и предоставления доступа на совещания Конференции по человеческому измерению, в том виде, как она применялась на Венской встрече и содержится в приложении XI Итогового документа этой Встречи важна для всех государств-участников. С тем чтобы следовать этой практике и расширять ее применение на предстоящих совещаниях СБСЕ Конференции по человеческому измерению, государства-участники соглашаются соблюдать следующую практику открытости и предоставления доступа:

- свободное передвижение членов соответствующих неправительственных организаций в помещениях Конференции, за исключением частей здания, отведенных для делегаций и служб Исполнительного секретариата. С этой целью по их просьбе Исполнительным секретариатом им будут выдаваться аккредитационные карточки;
- беспрепятственные контакты между членами соответствующих неправительственных организаций и делегатами, а также с аккредитованными представителями средств массовой информации;
- доступ к официальным документам Конференции на всех рабочих языках, а также к любому документу, который делегаты пожелают направить членам соответствующих неправительственных организаций;
- возможность для членов соответствующих неправительственных организаций передавать делегатам сообщения, касающиеся человеческого измерения СБСЕ. С этой целью им будет обеспечен доступ к ячейкам для корреспонденции каждой делегации;
- свободный доступ делегатов ко всем документам, выпускаемым соответствующими неправительственными организациями и направляемым в Исполнительный секретариат для информации Конференции. С этой целью Исполнительный секретариат будет предоставлять в распоряжение делегатов регулярно обновляемую подборку таких документов.

Они обязуются далее гарантировать представителям средств массовой информации

- свободное передвижение в помещениях Конференции, за исключением тех частей здания, которые отведены для делегаций и служб Исполнительного секретариата. С этой целью Исполнительным секретариатом им будут выдаваться аккредитационные карточки по представлении необходимых удостоверяющих документов;
- беспрепятственные контакты с делегатами, а также с членами соответствующих неправительственных организаций;
- доступ к официальным документам Конференции на всех рабочих языках.

Председатель далее отмечает, что это заявление войдет в качестве приложения в Документ Копенгагенского совещания и будет опубликовано вместе с ним.

